

Bismarck und wir

von

Paul Rohrbach



1 * 9 * 1 * 5

F. Bruckmann A. = G., München

Gesetzliche Formel für den Urheberschutz in Amerika:

Copyright by F. Bruckmann A.=G., München 1915

Druck von F. Bruckmann A.=G., München

32143
R 638

Vorwort

Die vorstehende Schrift fordert vom Leser einen gewissen Mut des Mitdenkens und eine gewisse Bereitschaft, an gefährlichen Tatsachen nicht vorbei, sondern ihnen ins Gesicht zu sehen. Darum erscheint sie auch zum hundertsten Geburtstag Bismarcks. Flaumacher und ängstliche Gemüter, wenn es solche nach den Taten unseres Heeres und nach allen Erweisen nationalen Opferwillens in unserm Volke noch geben sollte, könnten vielleicht Bedenkliches darin finden. Ich gebe zu: Für Flaumacher und Furchtsame ist Einiges bedenklich; für die Nation aber, deren größter Sohn selbst zu ihr gesagt hat, sie fürchte Gott, sonst nichts in der Welt, ist nichts davon bedenklich.

Die Stunde fordert von uns den Mut, nicht morgen oder zur sogenannten gelegenen Zeit, sondern heute auszusprechen, was uns der Krieg über die zukünftigen Bedingungen unserer nationalen Entwicklungsfreiheit gelehrt hat. Wer uns Zaghaftigkeit predigen, wer uns den Rat geben will, die Gefahren, von denen wir bedroht sind, lieber zu verschleiern, dem halten wir den Schild Bismarckscher Furchtlosigkeit entgegen und decken uns mit ihm gegen alle wohlgemeinte falsche Klugheit und gegen alle Regungen, die uns vielleicht in schwachen Stunden im eigenen Herzen beschleichen wollen.

Hätte ich in England, in Frankreich, in Rußland von der Zukunft zu reden, so wüßte ich freilich wohl, weshalb ich den Rat annehmen müßte, lieber zu schweigen. Weil ich aber als Deutscher zu Deutschen reden darf, so kann ich solchen Rates spotten und zu der Bedenklichkeit, die ihn geben möchte, sprechen: Fort von uns am Bismarcktage, im Bismarckjahr, das nach hundert Jahren wieder das ganze Volk im Waffenschall geeint hat!

M i n c h e n, den 1. April 1915

Paul Rohrbach

P 38827

Titelbild: Bismarck

Nach letzter Originalaufnahme nach dem Leben
des Kgl. Hofphotographen E. Vieber, Hamburg

Das Bild ist in Handpressen-Kupferdruck auf
Bütten, im Verlag von F. Bruckmann A. & G.,

München, in folgenden Größen erschienen:

Imperial (Platte 64 × 49 cm) Kniestück M. 15.—

Folio (Platte 32,5 × 25 cm) Kopf . . M. 3.—

Der Druck des Titelbildes erfolgte in

Bruckmanns Mezzotinto-Verfahren


(Schnellpressen-Kupferdruck)

*

Inhaltsübersicht:

1. Kapitel: Bismarckgeist Seite 7
2. Kapitel: Sprengt die englische Weltfessel.. .. Seite 27
3. Kapitel: Beschwörung der russischen Gefahr .. Seite 46
4. Kapitel: Deutschland als Befreier Seite 79

Digitized by
Internet Archive
2016



Digitized by the Internet Archive
in 2016 with funding from
University of Illinois Urbana-Champaign

Erstes Kapitel

Bismarckgeist



Von Bismarck wollen wir zur Wiederkehr des Tages, da er vor hundert Jahren der Zukunft des Vaterlandes geschenkt wurde, auf diesen Blättern nicht dazu reden, um uns an seiner Größe und allem, was er für uns getan hat, zu begeistern. Das tun wir nicht, weil kaum jemand ein Bedürfnis empfinden wird, zur Begeisterung erst aufgerufen zu werden. Auch eine Darstellung seines menschlichen und politischen Entwicklungsganges wollen wir nicht geben, denn dieser Aufgabe ist von mehr als einer Seite durch berufene Autoren genügt. Was wir wollen ist vielmehr: beim Geiste Bismarcks uns Klarheit holen für das Begreifen der ungeheuren Gegenwart, in der wir stehen, und Verständnis für die Aufgabe, das Fahrzeug unseres nationalen Staats durch die Wogen hindurchzusteuern, die sich ihm entgegen türmen. Dazu wollen wir uns ein Bild der geistigen Persönlichkeit Bismarcks in der Weise zu gestalten versuchen, daß wir die innern Grundlagen, die treibenden Kräfte und die Elemente seelischer Stärke, die in ihm wirksam waren, uns vor Augen führen. Wenn wir das getan, und wenn wir die entscheidenden Vergleichspunkte der Epoche Bismarcks und unserer Tage gefunden haben, dann können wir es auch unternehmen, für all die großen Fragen, in denen die Zukunft des deutschen Volkes nach dem Kriege beschlossen liegt, eine Antwort im Sinne Bismarcks zu suchen.

Zweimal im Lauf der Geschichte hat das deutsche Volk die gewaltigste und fruchtbarste Personifizierung hervorgebracht, durch die sich innerhalb unserer menschlichen Entwicklung der Fortschrittsgedanke zu verkörpern imstande ist: den konservativen Revolutionär im großen Stil. Statt dessen könnte man auch sagen: den Revolutionär des Tatsachensinns, des seelischen wie des realen, denn beide zusammen machen die Geschichte. Der erste von ihnen war Luther, der zweite Bismarck.

Was macht das Wesen eines solchen Menschen aus? Alle die Vorstellungen, die seinen Charakter gebildet haben, wurzeln bewußt oder unbewußt in der Pietät und im Gefühl der Ehrfurcht vor den historisch gewordenen Dingen: sowohl in der Vergangenheit seines Volkes, seines Standes und seiner Heimat, als auch in dem geistigen Bildungsprinzip seiner selbst. Gleichzeitig aber schärft ein innerer Genius seinen Blick für das Recht des Neuen, das erst wird, und erweckt die Entschlossenheit seines Willens, vom Alten zu beseitigen, was zum Hindernis für den Lebensfortschritt im politischen oder geistigen Organismus der Zeit geworden ist.

Luther und Bismarck sind eine Parallele von so überwältigender innerer Verwandtschaft, daß nichts mehr zum Verständnis des Einen beiträgt, als sich gleichzeitig die Natur und das Wirken des Anderen zu vergegenwärtigen. Indem wir das tun, werden wir alsbald die Anwendung der gewonnenen Erkenntnis auf unsere Gegenwart finden. Es könnte vielleicht merkwürdig erscheinen, Bismarck und Luther so gemeinsam auf ein geschichtliches Postament zu stellen, denn bei Luther ist es deutlich, daß seine Wirksamkeit für heute nur noch durch das Mittel des historischen Begreifens der Zusammenhänge, die von ihm zu uns führen, stattfinden kann; Bismarck aber und sein Werk scheinen ja fast noch dem Erleben unserer Generation anzugehören! In der That, es s c h e i n t so. In Wirklichkeit aber müssen wir Bismarck heute, im hundertsten Jahr seiner Geburt und erst ein halbes Menschenalter nach seinem Tode, wesentlich schon als historische Persönlichkeit in dem Sinne auffassen, daß aus der praktischen Politik, die er geübt und aus den Leitsätzen, die er aufgestellt hat, an vielen entscheidenden Stellen keine unmittelbare Erkenntnis mehr für uns gezogen werden kann. Vielmehr bedarf es des Zurückgehens auf die geschichtspolitischen Zusammenhänge der Epoche Bismarcks und der Herauslösung der innerlich den Bau seiner Politik tragenden Prinzipien, um die Erfordernisse der Stunde im Sinne Bismarcks begreifen zu können. Das aber gerade macht den Unterschied zwischen Politik und Historie aus. So ungeheuer schnell haben sich die Dinge entwickelt, seit Bismarck sein Lebenswerk

verwirklichte, und es wird zur Erkenntnis unserer Aufgabe gehören, den Geist Bismarcks zu uns reden zu lassen, daß wir uns klar machen, wie schon das letzte Jahrzehnt im Leben Bismarcks selber die Züge des neuen Weltalters trägt, in das er Deutschland mit gewaltiger Hand hineingestellt hat, dessen Besonderheit aber von ihm nicht mehr erkannt wurde.

Luther hat von sich gesagt: ich bin eines Bauern Sohn; mein Vater, Großvater und Ahn sind rechte Bauern gewesen. Ebenso hätte Bismarck von sich sagen können: ich bin eines Junkers Sohn, mein Vater, Großvater und Ahn sind rechte Junker gewesen! Der Bauer und der Junker wurzeln beide gleich im Gewordenen und sind beide von Natur gleich wenig fähig, eine Entwicklung einzuschlagen, die sie von den innerlich ererbten Grundlagen ihres Denkens loslöst. Der Bauer wie der Junker haben den festen Sinn für das Tatsächliche, der alle theoretisierenden Gedankengänge und ideologischen Antriebe instinktiv ablehnt und nichts davon wissen will, Dinge zum Gegenstand seines Wollens zu machen, die keinem kargefühlten Bedürfnis entsprechen. Diese Art ist unzugänglich für jede Verauschung an Worten, hinter denen nicht greifbare Dinge oder menschlich zwingende Impulse stehen. Daher stammen die Enge des Interessentkreises, der harte und schwunglose Realismus, die ausgeprägte Eigensucht beim gewöhnlichen Bauern wie beim gewöhnlichen Junker. Geht aber einmal aus einer solchen Umwelt eine Persönlichkeit von geschichtlicher Größe hervor, so wirkt sie elementar durch ihren festen Zusammenhang mit den Grundlagen des Volkstums und durch die Unverrückbarkeit ihres Sinnes für das Wirkliche im staatspolitischen und geistig-nationalen Leben.

Bei Luther wie bei Bismarck ist es die mit Naturgewalt dahersahrende Macht dieses Sinnes für die Realitäten, d. h. die zwingend und klar wirkenden Kräfte, hier für das religiöse Leben der deutschen Seele, dort für die Verwirklichung des politischen Ideals der deutschen Nation, wodurch sie ihre Großtaten vollführten. Derselbe Sinn, zur höchsten intuitiven Kraft gesteigert, verlieh ihnen trotz der tiefen Zusammenhänge ihrer Natur mit dem unverrückbar konservativen Grundcharakter der

Lebenskreise, denen sie entstammten, all die Schärfe des inneren Blicks und die Gewalt des aus ihnen hervorbrechenden Handelns für die Fortschaffung der Auswüchse und des abgestorbenen Gedanken- und Tatsachenmaterials, das der lebendigen Weiterentwicklung hinderlich wurde. So gestaltet sich das Bild des wahrhaft schöpferischen Menschen, als der jeder große konservative Revolutionär vor uns hintritt.

Eine Umwälzung dagegen, die nicht aus dem Zusammenhang mit alten und gefestigten Lebensschichten erwächst, sondern aus der Opposition solcher Kräfte, die nach ihrer Herkunft nur feindselig-kritisch oder erbittert von außen gegen die Last des Bestehenden anlaufen, muß stets so sehr als Antithese gegen den bekämpfenden Zustand auftreten, daß sie ins andere Extreme umschlägt und ihre Korrektur erst durch einen schmerzhaften Ausgleich des Streites der Gegenkräfte erreicht. Die Geschichte kennt Beispiele, daß die zerstörenden Wirkungen einer solchen reinen Revolution, der jeder Zusammenhang mit dem konservativen Regiment fehlt, entweder überhaupt nicht mehr oder nur in sehr langen Zeiträumen sich einebnen. Die Idee der konservativen Revolution dagegen trägt These, Antithese und Synthese in sich selber. Das zeigen uns Luther und Bismarck in dem Hervorquellen ihres geschichtlichen Wirkens aus dem Grundcharakter ihrer Persönlichkeit auf das deutlichste.

Gerade weil Luther mit allen Fasern seines Wesens in der alten kirchlichen Fragestellung von Sünde und Gnade lebte, die seit anderthalb Jahrtausenden das Fundament des religiösen Bewußtseins im Abendlande bildete, vom tiefsten bis zum oberflächlichsten Verständnis, konnte er mit so unwiderstehlicher Gewalt die Ausartungen dieses Prinzips, die seine innere Lebenskraft zu ersticken drohten, zerschmettern. Die Deutschen, die mit ihm lebten, verstanden ihn vom ersten Augenblick an; darum eilten die 95 Thesen in so kurzer Zeit wie ein laufendes Feuer durch Deutschland, und der Mann, der das Feuer angezündet hatte, stand dabei und wußte zuerst nicht, was er Großes getan hatte. Und als Luther vor dem Stadttor von Wittenberg die Bannbulle des Papstes in die Flamme warf und seine Kriegserklärung an die herrschende Gewalt in der Kirche in

jenes mächtige Bibelwort faßte: weil du den Heiligen des Herrn betrübt hast, darum verzehre dich das ewige Feuer — da stellte er sich gerade hiermit auf den festen Boden der urchristlichen Auffassung, daß Sündenvergeben und Sündenzurechnen Niemandes Sache sei, als allein Gottes.

So wie in Luther die urdeutsche Art durchbrach, den Mann dem Mann, die Seele der Seele, den Menschen Gott gegenüberzustellen, so war in Bismarck die alte germanische Auffassung der Mannentreue lebendig: Hingabe des Gefolgsmannes an den Fürsten. Sie hat aber in Bismarck eine mächtige Entwicklung und Vertiefung erlebt, denn wir sehen, sein Verhältnis zum Herrscher während der 48er Revolution war von der Stellung, die er als Fürst und Reichskanzler zu der Gestalt Wilhelms I. gewann, ebenso verschieden, wie der exaltierte Konservatismus seiner politischen Frühzeit von der machtvollen Verbindung des konservativen Prinzips mit dem schöpferisch-revolutionären, die er als leitender Staatsmann bei der Gründung und dem Ausbau des Reichs durchführte. So stark uns seine geistige Begabung von Anfang an entgegentritt, so spät ist er doch zu der ganzen Fülle des politischen Genius gereift.

Als Jüngling verläßt er die Schule, wenn nicht als Republikaner, so doch mit der zweifelnden Frage, was wohl die Vielen dazu veranlasse, dem Einen zu gehorchen. Ein halbes Menschenalter später zieht er sich den Ruf eines Don Quichote des Royalismus zu. Erst nach diesem Umschlag ins andere Extrem tritt der Ausgleich ein. Was bleibt, ist der Wesenskern des Bismarckschen Glaubens an das Königtum: die unerschütterliche Überzeugung, daß die Zukunft Deutschlands nur zusammen mit der absoluten Stärke des preußischen Staats gedacht werden könne, Preußen aber nicht getrennt von bestimmender Autorität der monarchischen Gewalt in ihm. Die erste große und zugleich die härteste Entscheidung seines staatsmännischen Lebens hat Bismarck durchgekämpft, indem er das ältere und ursprüngliche Recht des Königtums gegenüber der Volksvertretung in derjenigen Frage vertrat, die den Urgrund jedes Staatswesens bildet, in der Verfügung über die nationale Wehrkraft. Hier hat der unvergleichliche Wirklichkeitsinn, der aus seinem

Wesen als echter und rechter Junker stammt, im entscheidenden Augenblick und an der entscheidenden Stelle gesiegt. Als Bismarck der leitende Minister König Wilhelms wurde, war er schon lange nicht mehr der reaktionäre Schildhalter aus der Zeit des vereinigten Landtags und der ersten preußischen Abgeordnetenkammer. Schon als Gesandter Preußens am Frankfurter Bundestage schritt er zu dem Gedanken einer nationalen Repräsentation des deutschen Volkes beim Bunde fort, weil er sah, daß dem Prinzip des nationalen Mitbestimmungsrechts die Zukunft gehörte und daß hiermit Preußen eine besondere Waffe gegen Österreich in die Hand gegeben wurde. Vollkommen entwickelt lesen wir das in seiner Denkschrift über die deutsche Frage an König Wilhelm vom Jahre 1861. Die Haupterrungenschaft der französischen Revolution war damit von dem einstigen Junker in sein Programm der deutschen Zukunft durch Preußen aufgenommen.

Wenn man will, so kann man die Parallele zu Bismarcks rücksichtslosem Kampfe gegen den Liberalismus in der Konfliktzeit, trotz seiner grundsätzlichen Bereitschaft dem liberalen Prinzip zu gehorchen, bei Luthers ebenso schroffer Entscheidung gegen die Schwärmer und Bauern finden. Luther sah die ganze von ihm erstrebte innere Erneuerung der Kirche auf der Grundlage der evangelischen Freiheit gefährdet, sobald die Wiedertäufer und die Bauern, die den religiösen Freiheitsgedanken ins Politische und Soziale hinüberzerren wollten, zum Umsturz der staatlichen Ordnung fortschritten. Daher bekannte er sich entschlossen zu der Notwendigkeit, das Unheil mit Gewaltmitteln zu verhindern. Das war sein Wirklichkeitsfönn, der in seiner Herkunft aus der Wirklichkeitswelt des Bauern wurzelte. Ebenso kam die Wirklichkeitsnatur Bismarcks aus ihrem sichern Gefühl für die geschichtlichen Realitäten heraus zu der Folgerung, daß zunächst und unter allen Umständen die preußische Krone sich stark genug erweisen müsse, den revolutionären Gedanken zu meistern, sobald er die Grundlage der deutschen Zukunft gefährde — auch wenn die Entschlossenheit bestand, ihn als den notwendigen Gehilfen am Wiederaufbau des deutschen Nationalstaats anzuerkennen.

Wir können hier nicht darstellen, wie Bismarck allmählich zum Staatsmann wurde. Was wir erstreben, ist nur Verständnis dafür, daß seine politische Größe auf der genialen Beurteilung aller Kräfte der Wirklichkeit beruhte, und ebenso auf der vollkommenen Abwesenheit von Verengerungen des Gesichtskreises durch wie auch immer geartete Vorurteile. Ranke hat die Aufgabe des Geschichtsschreibers dahin definiert, er habe zu zeigen „wie es eigentlich gewesen ist“. Demgegenüber hat der Politiker vor allen Dingen zu erkennen, wie es eigentlich ist, d. h. welche Kräfte und Tatsachen im staatlichen und nationalen Leben in Wahrheit wirksam sind: im Unterschied von der Beeinflussung des Urteils durch vorgefaßte Meinungen und Stimmungen, Kenntnisllosigkeit, vorschnelle Folgerungen oder andere Mängel des Tatsachensinns.

Schon von Frankfurt aus erkannte Bismarck, wie verkehrt die Gefühlspolitik der konservativen Royalisten in Preußen war, die von der Verbindung mit Napoleon III., dem Emporkömmling der Revolution, wie vor der Sünde selbst zurückschredten. Im Gegenteil, sagte Bismarck in dem ersten großen Dokument politischer Meisterschaft, das wir von ihm besitzen, dem Bericht an den Minister von Manteuffel vom 16. April 1856: Preußen muß gleichzeitig mit Rußland und mit Frankreich zusammengehen! Das deutsche Volkstum in seiner damaligen politisch zerrissenen Gestalt war zwischen den beiden starken Flankenmächten in einer so beengten Lage, daß es gegen den Willen beider sich nicht konsolidieren konnte, wenn außerdem noch die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich zu erledigen war. So wagte Bismarck in Gedanken ein Jahrzehnt vor dem wirklichen Ausbruch des Krieges mit Österreich die kühne Konstruktion einer gleichzeitigen preußisch-russischen und preußisch-französischen Freundschaft.

Der kommende Konflikt mit Österreich wird der Angelpunkt in Bismarcks politischem Denken, seit er die ersten Lehrjahre in Frankfurt hinter sich hatte. Der unbeirrbare Wirklichkeits-sinn und die vollkommene Freiheit des Denkens von allen Rücksichten, die außerhalb der Aufgabe liegen, Preußen zur führenden Macht in Deutschland werden zu lassen, geben dem Bilde

Bismarcks von da an seine Schärfe, die wir uns am besten vergegenwärtigen, indem wir die Vorstellungen anderer deutscher Politiker dagegenhalten. Sie schreiten alle nicht in der Weise Bismarcks bis zu der Erkenntnis fort, daß es nur heißen kann: Preußen o d e r Österreich, niemals Preußen u n d Österreich in Deutschland. Die Zeit nach Frankfurt, als Botschafter in Petersburg, und das kurze dann folgende Zwischenspiel in Paris haben die Sicherheit dieses Standpunktes bei Bismarck nur erhöht. Als der größte Fehler mußte ihm daher die 1859 in Preußen wie im übrigen Deutschland vorherrschende Stimmung erscheinen, zugunsten Österreichs gegen Napoleon in den italienischen Krieg einzugreifen und Österreich zu stärken. Das wäre eine Politik des Gefühls und nicht des Tatsachensinns gewesen.

Das Staatensystem, mit dem Bismarck für die Lösung der deutschen Frage zu rechnen hatte, war in erster Linie durch Österreich, Rußland und Frankreich gebildet. Von Frankreich war zu erwarten, daß es die Einigung Deutschlands, oder wie diese sich dem französischen Verständnis darstellte: die Vergrößerung Preußens bis zur schlechthin herrschenden Macht in Deutschland, wenn überhaupt, so nur um den Preis einer starken Ausdehnung der französischen Grenzen gegen den Rhein zu dulden würde. Rußland hatte an sich kein Interesse, Preußen-Deutschland um so viel stärker werden zu lassen; eher im Gegenteil, denn der russischen Politik war am besten damit gedient, daß die bald mehr, bald weniger wohlwollende Obervormundschaft über Deutschland aus der Zeit Nikolaus I. und die traditionelle verwandtschaftliche Abhängigkeit der preußischen Politik von der russischen fortgesetzt würden. Beides war nach einer Einigung Deutschlands kaum mehr zu erwarten. Auf der andern Seite war aber die Feindschaft gegen das undankbare Österreich, das dem Zaren für die Niederwerfung der ungarischen Revolution 1849 damit vergolten hatte, daß es ihm im Krimkrieg in den Rücken fiel, so groß, daß der Wunsch nach einer österreichischen Niederlage die andern Rücksichten überwog.

Die größte Aufgabe bestand gegenüber Österreich, das gleichzeitig zum Verzicht auf seine deutsche Vormacht gezwungen und als zukünftiger Bundesgenosse für den wahrscheinlich eintreten-

den Fall erhalten werden mußte, daß es gelten würde, die erstrebte und verwirklichte Lösung der deutschen Frage im Sinne Preußens sowohl nach Osten als auch nach Westen hin zu verteidigen. Bevor es dazu kam, mußte man aber, entgegen der schlechteren Einsicht und dem in unklaren gefühlspolitischen Regungen befangenen Willen der öffentlichen Meinung in Preußen wie in ganz Deutschland, das wirksame Kriegsinstrument für die Bekämpfung Oesterreichs schmieden. Der Entschluß, mit der vollkommensten Rücksichtslosigkeit sich jahrelang über den leidenschaftlichen Widerspruch nicht allein der durch demagogische Aufhebung erregten Menge, sondern auch der nicht weit genug blickenden Tüchtigen und Wohlmeinenden innerhalb der Nation hinwegzusetzen, war ebenso groß, wie später nach dem Siege das feste Bestehen auf der Indemnität, durch welche die nachträgliche Genehmigung des Parlaments für die verfassungswidrige budgetlose Zeit eingeholt wurde.

Als König Wilhelm am 22. September 1862 Bismarck in Babelsberg empfing, sagte er: „Ich will nicht regieren, wenn ich es nicht so vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewissen und meinen Untertanen verantworten kann. Das kann ich aber nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtags regieren soll, und ich finde keine Minister mehr, die bereit wären, meine Regierung zu führen, ohne sich und mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, die Regierung niederzulegen, und meine Abdikationsurkunde, durch die angeführten Gründe motiviert, bereits entworfen.“ Als Bismarck sich bereit erklärte, unter den vorhandenen Umständen der Minister des Königs zu werden, stellte ihm dieser die Frage, ob er entschlossen sei, als Minister für die Armeevermehrung einzutreten und ob auch gegen die Majorität des Landtages und deren Beschlüsse. Auf Bismarcks Zusage erklärte er schließlich: dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiziere nicht! Am 30. September fand in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses jene berühmte Erörterung über die Heeresreform statt, die Bismarck selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ so skizziert: „Ich hatte für Leute, die weniger er-

bittert und von Ehrgeiz verblendet waren, deutlich genug gesagt, wo ich hinaus wollte. Preußen könne — das war der Sinn meiner Rede — wie schon ein Blick auf die Karte zeige, mit seinem schmalen langgestreckten Leibe die Rüstung, deren Deutschland zu seiner Sicherheit bedürfe, allein nicht länger tragen; diese müsse sich auf alle Deutschen gleichmäßig verteilen. Dem Ziele würden wir nicht durch Reden, Vereine, Majoritätsbeschlüssen näher kommen, sondern es werde ein ernster Kampf nicht zu vermeiden sein, ein Kampf, der nur durch Eisen und Blut erledigt werden könne. Um uns darin Erfolg zu sichern, müßten die Abgeordneten das möglichst große Gewicht von Eisen und Blut in die Hand des Königs von Preußen legen, damit er es nach seinem Ermessen in die eine oder die andere Wagschale werfen könne.“

Diese uns heute so selbstverständlich scheinenden Wahrheiten machten auf die voreingenommenen, vom politischen Tatsachensinn unberührten Gemüter der damaligen Opposition so wenig Eindruck, daß sie nicht nur unfähig waren, den Beweisgründen Bismarcks zu folgen, sondern ihn als einen wilden Abenteurer und gewissenlosen Gewaltpolitiker betrachteten. Sie hielten es für ausgeschlossen, daß aus einer Vermehrung der Soldaten des Königs von Preußen jemals die Zukunft Gesamtdeutschlands hervorgehen könne; die fortschrittlichen Zeitungen schrieben vielmehr, sie hofften es würde noch dahin kommen, daß der Minister, der gegen die Verfassung regiere, dafür einmal im Zuchthaus Wolle spinne, und selbst in der eigenen Familie des Königs versuchte man, diesen mit dem Schicksal Karls I. von England und Ludwigs XVI. zu ängstigen, um ihn von Bismarck zu trennen. Als Bismarck einige Tage nach seiner Blut- und Eisenrede dem Könige, der bei seiner Gemahlin zur Geburtstagsfeier in Baden-Baden gewesen war, ein Stück weit von Berlin entgegenfuhr und im Eisenbahnkupee damit begann, die Vorgänge darzulegen, unterbrach ihn König Wilhelm mit den Worten: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir!“

Nur eine unerschütterliche Sicherheit in der Beurteilung der

vorhandenen Tatsachen und Notwendigkeiten war imstande, Bismarck den Mut zu den vier Jahren der Konfliktspolitik zu geben. Mit derselben Sicherheit stellte er sich, unmittelbar nachdem der Sieg gewonnen und das innere Recht seines Willens erwiesen war, einer rein machtpolitischen Ausnutzung der Niederlage entgegen, wodurch Oesterreich aus einem besiegten zu einem unverföhnlichen Gegner gemacht worden wäre. König Wilhelm und seine Generale bestanden auf österreichischen Abtretungen in Deutsch-Böhmen, wollten das österreichische Reststück von Schlesien und einen Teil von Sachsen annectieren; außerdem die alten brandenburgisch-hohenzollernschen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth von Bayern zurückfordern. Bismarck aber tat schon am Abend der Schlacht von Königgrätz den Ausspruch, die Streitfrage sei entschieden, nun gelte es die alte Freundschaft wieder zu gewinnen. „Es war mir schon damals nicht zweifelhaft“, heißt es in den Gedanken und Erinnerungen, „daß wir die Errungenschaften des Feldzugs in fernern Kriegen zu verteidigen haben würden, wie Friedrich der Große die Ergebnisse seiner beiden ersten schlesischen Kriege in dem schärfern Feuer des Siebenjährigen. Daß ein Französischer Krieg auf den österreichischen folgen werde, lag in der historischen Konsequenz, selbst dann, wenn wir dem Kaiser Napoleon die kleinen Spesen, die er für seine Neutralität von uns erwartete, hätten bewilligen können. Auch nach russischer Seite hin konnte man zweifeln, welche Wirkung eintreten werde, wenn man sich dort klar machte, welche Erstarkung für uns in der nationalen Entwicklung Deutschlands lag. Wie sich die spätern Kriege um die Behauptung des Gewonnenen gestalten würden, war nicht vor auszusehen; in allen Fällen aber war es von hoher Wichtigkeit, ob die Stimmung, die wir bei unsern Gegnern hinterließen, unverföhnlich, die Wunden, die wir ihnen und ihrem Selbstgefühl geschlagen, unheilbar sein würden.“

Oesterreich bot in den Nikolsburger Verhandlungen Austritt aus dem Deutschen Bunde an und freie Hand für Preußen in ganz Norddeutschland, vorbehaltlich der Schonung Sachsens. Der König und die Militärs waren so bestimmt dagegen, sich hiermit zu begnügen, daß Bismarck aufstand und im Neben-

zimmer vor Verzweiflung in einen Weinkrampf verfiel. Am Tage darauf, den 24. Juli, fand die Krisis durch das Eingreifen des Kronprinzen den Austrag. Der König hatte sich nochmals in der heftigsten Form geweigert, auf denjenigen Frieden einzugehen, von dessen Annahme Bismarck die Zukunft Deutschlands abhängig sah. Unter dem Eindruck, alles sei zu Ende, schwankte Bismarck zwischen dem Gedanken, einfach um Erlaubnis zum Eintritt als Offizier in sein Regiment zu bitten, und dem andern, „ob es nicht besser sei, aus dem offenstehenden vier Stock hohen Fenster zu fallen“. Da trat der Kronprinz zu ihm, er, der vorher überhaupt gegen den Krieg mit Oesterreich gewesen war, und versprach ihm Unterstützung bei seinem Vater. In heftigem Zorn gab König Wilhelm schließlich nach und schrieb die denkwürdige Randnotiz zu Bismarcks Bericht über den Frieden: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Fassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen.“ Dreißig Jahre später hatte Bismarck zu diesem Stück Vorgeschichte des Deutsch-österreichischen Bündnisses nichts anderes zu bemerken, als daß es in ihm als Residuum nur die schmerzliche Erinnerung hinterlassen habe, daß er einen Herrn, den er persönlich liebte wie diesen, so habe verstimmen müssen.

Was sollen wir bei dieser unvergleichlichen Festigkeit am meisten bewundern? Nichts anderes, als die Stärke des politischen Tatsachensinns. Bismarck wußte, daß nach Königgrätz die Auseinandersetzung mit Frankreich unausbleiblich war und daß es für Preußen eine moralische Unmöglichkeit ausmachte, die Einwilligung Napoleons in die endgültige Neuordnung der deutschen Verhältnisse durch die Auslieferung von deutschen Landen zu erkaufen. Er kannte aber auch das zweite Kaiserreich gut genug, um zu wissen, daß es weder den Willen, noch die innere Stärke, noch die geschichtliche Möglichkeit vor der französischen Nation besaß, um auf die Revanche für Königgrätz

zu verzichten. Aus dieser Überzeugung heraus konnte er nicht anders, als den günstigen politischen Moment, den der Vorfall in Ems zwischen Benedetti und König Wilhelm bei den Verhandlungen über die Hohenzollernsche Thronkandidatur in Spanien bot, zum Herbeiführen der Entscheidung benutzen. Sein divinatorisch klarer Tatsachensinn gab ihm hier wie anderwärts die unmittelbare Kraft und Sicherheit, eine Verantwortung entweder zu übernehmen oder abzulehnen, und aus der so oft erprobten Sicherheit des Erfolges stammten sein später so autokratisches Selbstgefühl und die zerschmetternde Rücksichtslosigkeit gegen seine Gegner.

Mit derselben intuitiven Kraft, wie die Faktoren der auswärtigen Politik an sich, erkannte Bismarck auch die grundlegenden Beziehungen zwischen den innerpolitischen und den äußern Fragen. Das konstitutionelle Prinzip, die Aufnahme der „Nationalrepräsentation“ in den Bau des neuen Deutschland, war ihm selbstverständlich, weil sie unentbehrlich war, um dem Reiche Festigkeit zu geben. Im Kampfe gegen die Übermacht des Auslandes trug er kein Bedenken, selbst „die damals stärkste der freiheitlichen Künste“, das allgemeine Wahlrecht, mit in die Pfanne zu werfen, um ein Schreckmittel gegen auswärtige Einmischungsgelüste in die deutschen Angelegenheiten zu haben. Dazu war er bereit, selbst der Opposition nach Bedürfnis Tribut zu zahlen, nur um zunächst die volle Kraft Deutschlands in die Wagschale werfen, ja im Falle der Not sogar gegen die feindlichen Regierungen revolutionär-nationale Bewegungen im Innern ihrer Staaten entfesseln zu können. Das allgemeine Wahlrecht bedeutete, daß es dem Auslande von vornherein unmöglich gemacht werden sollte, in Deutschland moralisch politische Eroberungen zu machen. Bismarck hat später, als er selber den innerpolitischen Folgen dieses Wahlrechts erlag und keinen Reichstag mehr fand, mit dem es ihm möglich gewesen wäre, nach seinem Sinne zu regieren, den Gesichtspunkt der auswärtigen Politik bei seiner Einführung fast zu stark betont, um dadurch anzudeuten, es sei keine absolute, sondern nur eine zeitgeschichtlich bedingte Notwendigkeit für das werdende Deutsche Reich gewesen. Man

mag das auffassen wie man will, so ist doch klar, mit welcher vollkommener Vorurteilslosigkeit die großen politischen Fragen bei ihm dem Gebiet theoretischer Prinzipienkämpfe entrückt und allein unter den Gesichtspunkt nationaler Machtentwicklung gestellt sind. Daraus kann sich natürlich letzten Endes auch eine Schwäche des Systems entwickeln, und gerade in der Frage des allgemeinen Wahlrechts hat Bismarck schließlich erfahren müssen, daß es sich nicht mehr rückwärts revidieren ließ, als seine Folgen seinem Schöpfer gefährlich erschienen. Über dem Plan, es gewaltsam zu beseitigen, sah er sich an Deutschlands tragischstem Tage selber am Ende seiner verantwortlichen politischen Laufbahn.

Bismarcks innere Politik, soweit sie nicht eine Widerspiegelung seiner Arbeit für den äußeren staatlichen Aufbau und für die Sicherung Deutschlands ist, kann uns hier nicht weiter beschäftigen, denn unsere Aufgabe gilt nur der Auseinandersetzung mit seinen Ideen für die auswärtige Politik und der Befragung seines Wesens zum Nutzen unseres eigenen Verständnisses für die heutige Lage nach außen hin. Der konservative Revolutionär oder was, wie wir sahen, dasselbe ist, der Revolutionär des Tatsachensinns war er auch in der Durchführung der Einsicht, daß die Grundgedanken des nationalen deutschen Liberalismus im inneren Ausbau des deutschen Hauses verwirklicht werden mußten, wenn anders das Ganze sicher dastehen sollte. Zu manchen Dingen, die mit in dieses Programm gehörten, hat er kein inneres Verhältnis gehabt; anderes war ihm persönlich eher unsympathisch, aber er nahm es doch auf, vertrat es oder ließ es vertreten, weil es zu den notwendigen Bestandteilen des Ganzen gehörte.

* * *

Als Bismarck der Lenker der preußischen und damit auch der deutschen Politik wurde, hatte er damit zu rechnen, daß das österreichische und das französische Hindernis gegen den deutschen Einheitsstaat gewaltsam würden beseitigt werden müssen. Es kam darauf an, diese Kriege n a c h einander zu führen und die

Einmischung Dritter zuungunsten der errungenen Erfolge zu vermeiden. Preußen konnte nur werden, wozu es durch seine geschichtliche Entwicklung berufen war, wenn Oesterreich gezwungen wurde, ihm Platz zu machen, und Deutschland konnte seinen Platz in Europa nicht einnehmen, bevor es gegen den Anspruch Frankreichs auf die Stellung als Vormacht in der europäischen Politik seine überlegene Kraft bewiesen hatte.

Darnach, als alles geglückt war, handelte es sich darum, die gewonnene Stellung zu sichern. Als die materielle Grundlage der deutschen Politik für dieses Ziel hat Bismarck selbst die „Saturiertheit Deutschlands“ bezeichnet, d. h. unsere damalige Stärke bestand darin, daß die von Anfang an gesetzten Ziele erreicht und keine Rückstände übrig geblieben waren, durch die von Deutschland aus ein Element der Unruhe erzeugt worden wäre. Deutschland brauchte nichts weiter, war niemandem gefährlich, der seinen Besitzstand anerkannte, und jedem ein sicherer Bundesgenosse, der es dabei belassen wollte. Als die einzige Kombination, die wir in unserer damaligen Lage zu fürchten gehabt hätten, bezeichnete Bismarck die des Siebenjährigen Krieges, d. h. ein Bündnis zwischen Oesterreich, Rußland und Frankreich. Da Frankreich durch den Revanchegedanken für absehbare Zeit unser Gegner schlechthin geworden war, so handelte es sich noch um Rußland und Oesterreich. Mit der größten Klarheit setzt Bismarck selbst das Problem und die Lösung, die er ihm gab, auseinander. Der ideale Fall für ihn wäre das Dreikaiserbündnis unter gleichzeitiger Anlehnung Italiens gewesen. Das aber war in seiner reinen Form wegen der österreichischen-russischen Interessengegensätze und Abneigungen nicht zu haben. Also blieb nur übrig, zwischen den Mächten zu wählen, mit einer von beiden ein ausdrückliches Bündnis einzugehen, und zu der anderen, wie Bismarck sich ausdrückte, den Draht nicht abreißen zu lassen.

Die Verbindung mit Rußland hielt er für die materiell zunächst stärkere, zugleich aber für gefährlicher, denn Rußland wäre als Bundesgenosse durch seine eigene schwer angreifbare Lage immer imstande gewesen, je nach Bedarf auf uns zu drücken oder uns im Stiche zu lassen, sobald wir auf Leben und Sterben mit ihm verbündet waren. Da nun, wie es in den „Gedanken und

Erinnerungen“ heißt, die englische Verfassung Bündnisse von gesicherter Dauer nicht zuließ, die Verbindung mit Italien allein ein hinreichendes Gegengewicht gegen die Koalition der übrigen der Großmächte nicht gewährte und auf dem verengerten Felde der Wahl mit Rücksicht auf die zukünftige Unabhängigkeit der deutschen Politik Rußland ausscheiden mußte, so blieb nur Österreich als Bundesgenosse übrig. Außerdem gelang es Bismarck noch auf der einen Seite Italien heranzuziehen und so das deutsch-österreichische Verhältnis zum Dreibund zu erweitern, auf der andern die sogenannte Rückversicherung mit Rußland zustande zu bringen. So war also Deutschland in der Tat nicht angreifbar, und die Aufgabe der Nachfolger Bismarcks schien sich darauf zu beschränken, den erfreulichen Stand der Dinge möglichst unverändert zu erhalten.

Vergleichen wir hiermit unsere gegenwärtige Lage und sehen wir zu, worin sie sich im Grunde von der Bismarckschen Hinterlassenschaft unterscheidet! Zunächst blieb die Feindschaft Frankreichs als ruhender Pol im Wechsel der Erscheinungen bestehen. Dann aber wurde ein neues Moment erweckt durch den zwischen 1890 und 1900 auftauchenden und schnell zunehmenden Gegensatz zwischen Deutschland und England. Wie wenig Bismarck bis ans Ende seines Lebens mit dieser Veränderung der Lage rechnete, werden wir weiter unten im einzelnen sehen. Politisch gesprochen stand es so, daß wir uns — durch das natürliche Wachstum unseres wirtschaftlich-technischen Lebens — in Englands bisher mit absoluter Übermacht behauptete überseeische Interessengebiete einzuschieben anfangen und schnell wachsende Erfolge errangen. Das erregte in England Mißvergnügen und bald rücksichtslose Drohungen, erst von unverantwortlicher privater, dann von maßgebend politischer und schließlich von amtlicher Stelle. Bald genug war es deutlich, daß wir bei zunehmender Beeinträchtigung englischer Interessen zwischen der Aussicht auf gewaltsame Zerstörung unseres überseeischen Wirtschaftslebens durch England und der Schaffung eines wirksamen Verteidigungsinstrumentes, d. h. einer Flotte, zu wählen haben würden. Wir konnten nicht anders, als uns für das letztere entscheiden,

durften uns aber dabei nicht im unklaren sein, daß wir den Konflikt mit England dadurch weiter verschärften.

Die Änderung unserer ökonomischen Lebensbedingungen machte dem Satz von der Saturiertheit Deutschlands insofern ein Ende, als es für uns aus der Beteiligung an der Weltwirtschaft andere Wege als solche, die in die Weltpolitik hineinführten, nicht gab. Englands Beispiel ist der unwiderlegliche Beweis dafür, daß bedeutende überseeische Handelsinteressen, zumal wenn sie sich mit kräftigen Konkurrenten auseinandersetzen haben (Spanien, Holland, Frankreich) notwendig dahin bringen, Stützpunkte zur Sicherung des Handels und Einflußgebiete zur Stärkung von Absatz und Produktion zu erwerben. Dazu tritt der unvermeidliche Kampf um den Anteil an der Aufschließung neu in die Weltwirtschaft einzugliedernder überseeischer Länder, wie Afrika, der Orient, Ostasien. England hatte sich durch sein hundertjähriges Monopol in der Bewirtschaftung der überseeischen Welt vollkommen daran gewöhnt, daß ihm durch das Schicksal und sein eigenes Verdienst diese Aufgabe mit all ihren unermesslichen Vorteilen für Zeit und Ewigkeit zugesprochen sei. Nun sah es mit Schrecken, wie sich ein anderer aufmachte, um einen je länger, desto rascher wachsenden Anteil am vermeintlichen englischen Erbe zu fordern, und sah wie er sich bewaffnete, als man ihn am Leben bedrohte. Das deutsche Flottengesetz enthielt das klar ausgesprochene Prinzip, die Stärke unserer Flotte soweit in die Höhe zu bringen, daß ihre Niederkämpfung für England das Risiko des Verlustes der Seeherrschaft insofern bedeutete, als das, was von Englands Flotte nach dem Kampf etwa übrig blieb, der nächststarken Seemacht oder einer Vereinigung von zweien unterlegen sein würde. Wenn England nicht noch im letzten Augenblick um seine Suprematie kämpfen wollte, so wurde es dadurch vor den Entschluß zur grundsätzlichen Änderung einer seit 250 Jahren mit beispiellosem Glück befolgten Politik gestellt. Diese Politik war stets auf die Schwächung der nächststarken Seemacht, bis zur praktischen Bedeutungslosigkeit, ausgegangen und hatte sich dadurch die Möglichkeit gesichert, in allen überseeischen Dingen nur die eigenen Interessen zu wahren zu ziehen. Sobald aber England gezwungen wurde,

neben der eigenen auch noch die Seegelung Deutschlands anzuerkennen, war es mit dieser Praxis vorbei, und darin lag enthalten, daß England für den sichern Fortbestand und den weiteren Ausbau seines Weltreichs auf die Verständigung mit Deutschland angewiesen war.

Für uns erscheint diese Entwicklung ganz natürlich und berechtigt, im logischen Gedankenaufbau wie in der politischen Wirklichkeit; den Engländern aber erschien sie keineswegs so, und ihre Besorgnis vergrößerte sich noch durch das verkehrte Mißtrauen, daß Deutschland eines Tages den günstigen Zeitpunkt auch benutzen könnte, um zum Angriff auf England überzugehen. Am gefährlichsten wurde die Lage dadurch, daß die Unwissenheit über die wirklichen Lebensbedingungen, Zielpunkte und Absichten Deutschlands nirgends größer war, als in dem insularen, im Verständnis fremder, kontinentaler Verhältnisse stets grenzenlos rückständigen England. Hier hat sich, vielleicht am stärksten bisher in der Weltgeschichte, das Wort von der menschlichen Unwissenheit als von der eigentlichen Großmacht in der Geschichte bewahrheitet. Wie dem aber auch sei — Tatsache war, daß sich gegen unsere neue Aufgabe, die noch größer und schwieriger war, als die Gründung des Reichs: die Aufgabe, den Deutschen eine Stellung als Weltvolk zu schaffen, ein mächtiger Gegner durch die Natur der Dinge selbst erhob: England! Dieser Gegner aber war in der Lage, gegen uns sofort über die guten Dienste unseres alten Feindes Frankreich zu verfügen.

Damit nicht genug, änderte sich auch unser Verhältnis zu Rußland innerlich von Grund auf. Das geschah nicht aus Ursachen, die ihrem Wesen nach mit vermeidbaren Fehlern beim Verlassen der Bismarckschen Bahnen zusammenhingen, sondern weil wir infolge unserer veränderten politischen Lebensbedingungen dem russischen Expansionsdrang auf Gebieten entgegenzutreten mußten, die Rußland als sein historisches Erbe und als eine notwendige geographisch-politische Ergänzung seines Besitzstandes in Europa und Asien beanspruchte. Bismarck hatte dem Kaiser Alexander II. auf dessen Anfrage, ob Deutschland in einem russisch-österreichischen Kriege neutral bleiben würde, geantwortet: wir könnten zwar zusehen, wie unsere Freunde

Schlachten gegeneinander gewinnen und verlieren, nicht aber wie sie sich an ihren politischen Daseinsgrundlagen schädigten. Das hieß, wir würden Österreich-Ungarn auf keinen Fall preisgeben. Warum Österreich für uns erhalten bleiben muß, bedarf keiner Ausführungen. Wir verstehen ohne weiteres, was Bismarck damit meinte, als er sagte: wenn es nicht da wäre, so müßte es erfunden werden. Dasselbe Interesse aber, daß wir an der Sicherheit Österreichs hatten, gewannen wir, sowohl durch unser Hineinwachsen in Weltwirtschaft und Weltpolitik als auch durch das Aufkommen unseres Gegensezes zu England, am Fortbestande, an der Stärkung und Entwicklung der Türkei. Mit der Preisgabe des Balkans und des türkischen Orients an Rußland und England wäre Deutschlands weltpolitische Entwicklung an einem Basispunkte durchschnitten. Sie kann geographisch schwer auf einer anderen Grundlage ihren Anfang nehmen, als auf der, daß zwischen uns, Österreich-Ungarn und der Türkei eine gewisse politische und wirtschaftliche Interessen- und Betriebsgemeinschaft hergestellt wird; unter freundschaftlicher Einbeziehung eines vermittelnden Zwischengliedes auf der Balkanhalbinsel. Unsere wie Österreich-Ungarns Zukunft könnte nie zur vollen und natürlichen Entwicklung gelangen, wenn wir von einer führenden Beteiligung an den orientalischen Dingen ausgeschlossen werden. Hiermit aber war gegeben, daß wir nächst England und Frankreich auch noch die dritte große Macht in Europa zum Gegner erhielten, denn wir waren genötigt, um der Sicherheit der eigenen Entwicklung willen ihre Wege zu kreuzen.

Man sieht also, wie völlig die Lage Deutschlands und die Aufgaben der deutschen Politik gegen das Zeitalter Bismarcks geändert sind. Die Anknüpfungspunkte zur Beurteilung der Gegenwart haben wir nicht in der Höheperiode des Bismarckschen Systems zwischen 1870 und 1890 zu suchen, sondern in der früheren heroischen Zeit Bismarcks, als er das Wort von der Aufgabe sprach, die nicht anders gelöst werden könne, als durch Blut und Eisen. So wenig es zu erwarten war, daß aus Preußen Deutschland und aus Deutschland die „saturierte“ europäische Zentralmacht wurde, ohne die Schlachtenentscheidung in Böhmen und Frankreich, so wenig Anlaß lag zu der Erwartung

vor, daß sich der Aufstieg der deutschen Nation zum Weltvolf ohne den kriegerischen Widerstand der durch uns in der Verfolgung starker Interessen beeinträchtigten Mächte vollziehen würde.

Ohne mich selbst rühmen zu wollen, darf ich doch den Anspruch erheben, diesen Gang der Dinge vorausgesagt und Rußland als diejenige Macht bezeichnet zu haben, die zuerst losbrechen würde. Hiersfür kann ich mich auf eine nicht geringe Zahl von Veröffentlichungen aus den letzten Jahren berufen, von denen ich nur den „Deutschen Gedanken in der Welt“ (Verlag Lange-wiesche) und die Sammlung einer Anzahl von Aufsätzen aus den Jahren 1912 bis 1914 („Zum Weltvolf hindurch“, Verlag Engelhorn) zu nennen brauche. Daher darf ich mir auch die Freiheit nehmen und eine gewisse Beachtung für den nun folgenden Versuch erbitten, indem ich es unternehme, ein Bild unserer Zukunftsinteressen angesichts des Weltkrieges zu zeichnen. Dabei beabsichtige ich keineswegs, mich auf das mit Recht noch geschlossene Gebiet der Ausmalung künftiger Friedensbedingungen im einzelnen zu begeben; vielmehr möchte ich es lediglich unternehmen, die politischen Prinzipien Bismarcks in nicht mechanischer, sondern geschichtlich umgedachter Weise auf die Erörterung des Kommenden anzuwenden, die uns nottut.

Zweites Kapitel

Sprengt die englische Weltfessel!



Bismarck hat gesagt: „Ich habe während meiner Amtsführung zu drei Kriegen geraten, dem dänischen, dem böhmischen und dem französischen, habe mir aber auch jedesmal vorher klargemacht, ob der Krieg, wenn er siegreich wäre, einen Kampfspreis bringen würde, wert der Opfer, die jeder Krieg fordert und die heute viel schwerer wiegen, als im vorigen Jahrhundert. Wenn ich mir hätte sagen müssen, daß wir nach einem dieser Kriege in Verlegenheit sein würden, uns wünschenswerte Friedensbedingungen auszudenken, so würde ich mich, falls wir nicht materiell angegriffen wurden, schwerlich von der Notwendigkeit solcher Opfer überzeugt haben.“

Diese Worte kann man vom Standpunkt Bismarcks nur unterschreiben, aber es ist nicht möglich, sie direkt auf die gegenwärtige Zeit anzuwenden. Als Bismarck der Lenker des preussischen Staates wurde, war ihm von Anfang an deutlich, auf welche Weise die deutsche Frage gelöst werden mußte, damit zugleich Preußen und Deutschland zu ihrem inneren Recht verholfen würde. Auf dem Wege dahin bildeten die drei Kriege, zu denen Bismarck, wie er sich ausdrückte, geraten hat, geschichtlich notwendige Abschnitte, und nach Lage der Dinge handelte es sich nur um das Wann und Wie, nicht um das Ob. 1864, 1866 und 1870 erschien uns daher in der Tat nichts natürlicher, als die Anwendung des Grundsatzes, daß man sich vor dem Entschluß zum Kriege möglichst über die erstrebenswerten Friedensbedingungen klar sein müsse. Bismarck konnte so sprechen und handeln, weil die Verhältnisse, die er zu meistern hatte, im Prinzip einfach lagen und die Grundzüge der gestellten Aufgabe sich jedesmal deutlich von dem politischen Hintergrund der Zeit abhoben. Dazu handelte es sich um einen im Vergleich zu heute räumlich sehr beschränkten Schauplatz.

Auch von der Befolgung der Grundsätze Bismarcks gilt das

Wort, daß der Buchstabe tötet, der Geist aber lebendig macht. Als wir im August 1914, durch die russische Angriffspolitik gezwungen, in den Krieg nach zwei Fronten hineingingen, da war es für niemanden unter uns möglich, ein annähernd so fest umschriebenes Kriegsziel aufzustellen, wie Bismarck es bei der Eröffnung des böhmischen und des französischen Feldzuges im Geiste vor sich sah. Unsere Lage war eher mit der Friedrichs des Großen zu Beginn des Siebenjährigen Krieges vergleichbar. Friedrich der Große wußte, daß die Gegner sich verbündet hatten, um seinen Staat zu vernichten, und er blieb Sieger, obwohl er im Hubertusburger Frieden keine Quadratmeile Land gewann und sich mit der äußersten Kraftanstrengung eben nur behauptet hatte. Sein Sieg war, daß er die Gegner zur Anerkennung der preußischen Großmacht zwang, mit allen Folgerungen, die sich daraus für den veränderten Zustand Europas ergaben. Auch wir würden uns als Sieger betrachten dürfen, selbst wenn die vereinigten Feinde am Ende des Ringens nur von ihrem Vorhaben ablassen mußten, unsere Wirtschafts- und Wehrkraft zu zerbrechen, und damit die Dinge scheinbar wieder auf denselben Stand wie vor dem Kriege kämen. Es würde dann heißen: Sie hatten es sich zwar vorgefetzt, aber sie konnten es nicht hinausführen — und die Konsequenzen zum Nachteil der Gegner und zu unseren Gunsten würden sich praktisch bald genug ergeben.

Unsere erste und oberste Aufgabe in dem uns aufgezwungenen Entscheidungskampfe um unser Dasein als Weltvolk muß also zunächst und vor allem die sein, uns durchzuhauen, bis die Feinde eine genügend deutliche Lehre nicht nur vom Lebenswillen, sondern auch von der Lebenskraft der deutschen Nation erhalten haben. Das würde für uns, falls sich mehr nicht erreichen ließe, im Notfall militärisch und politisch genügen. Andererseits aber ist es klar, daß dann noch keine endgültige Entscheidung erzielt wäre. Die hätten wir erst erreicht, wenn wir es durch das Ergebnis unseres Sieges den Gegnern unmöglich machten, in Zukunft ihre Anschläge zu erneuern. Ob wir schon dieses Mal soweit gelangen — sei es ganz, sei es überwiegend — ist eine Frage, die bisher niemand entscheiden kann. So wie die Dinge

heute stehen, scheint es, daß wir zusammen mit unseren Bundesgenossen einen wenn auch noch nicht bestimmt meßbaren, so doch unzweifelhaften Überschuß an Kräften gegenüber den Feinden besitzen und daß wir daher wohl ein Stück weiter gelangen werden, als bis zur bloßen siegreichen Selbstbehauptung nach dem Muster Friedrichs des Großen. Wären wir im Stande, das Maß unseres Kräfteüberschusses jetzt schon genau zu erkennen, so könnten wir wenigstens nachträglich so verfahren, als ob wir nach dem sinngemäß angewandten Rezept Bismarcks selber den Augenblick ergriffen hätten, in dem uns die Kriegsnotwendigkeit unausweichlich schien. Wir könnten dann Bedingungen aufstellen, als ob wir gleich anfangs die Ziele ins Auge gefaßt hätten, die wir erreichen mußten, um uns nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch den Gegner das Gesetz des Sieges vorzuschreiben. Da aber die Voraussetzung nicht zutrifft, so müssen wir uns bescheiden. Über die Einzelpunkte des Friedens zu diskutieren, ist zwecklos, solange das Kräfteverhältnis zweifelhaft bleibt.

Mag es sich nun aber um ein bloßes Minimum, um ein Teilstück oder um die Fülle des Sieges handeln, so ist es in jedem Falle gleich notwendig, die Gesamtheit der natürlichen Lebensbedingungen des Gegners so gut zu kennen, wie die eigenen: im letzten Falle wird man die Friedensbedingungen für den Abschluß des gegenwärtigen Krieges so wirksam wie möglich zu gestalten imstande sein, und im ersten oder zweiten Falle wird man wissen, nach welchen Gesichtspunkten die Politik Deutschlands nach dem Friedensschluß gestaltet werden muß, um in Zukunft zu erreichen, was in der Gegenwart noch versagt bleibt. Krieg ist kein Ding an sich, sondern immer nur die Fortsetzung der Politik mit veränderten Mitteln; daher ist das genaue Wissen um die innere Struktur aller gegnerischen Mächte nicht nur erst für die Ausnutzung des Sieges, sondern schon vor dem Kriege und während des Krieges für die grundsätzlich richtige Anlage aller einzelnen Maßnahmen von der entscheidendsten Wichtigkeit. Wir sehen, daß wir im Besitz der stärksten Waffen und der wunderbarsten Beherrschung und Schulung der moralischen wie der materiellen Kräfte, die in unserem Volk und Land zu finden

sind, kämpfen. Trotzdem wäre es nicht undenkbar, daß wir schwere, kaum wieder gut zu machende Fehler in der Kriegsanlage und Kriegsführung begehen, allein aus dem Grunde, weil vielleicht den befehlenden und verantwortlichen Männern bei uns das Wissen um bestimmte wichtige Dinge beim Gegner abginge, denn immer gilt in seiner ganzen Schwere das Wort, daß die Unwissenheit die eigentliche Grö ß - m a c h t im Kampfe der Geister wie der Völker ist.

Bismarck war auf dem Gebiet des staatlich-nationalen Geschehens, das es damals für Deutschland zu beherrschen galt, der wunderbare Meister, nicht nur durch die intuitive Kraft seines Wahrnehmens und Wollens, sondern auch durch den Umfang seines politischen Wissens. Das stimmt so sehr, daß wir an mehr als einer Stelle noch in der Gegenwart, wo der Kreis der deutschen Interessen doch so unendlich gewachsen ist, von Bismarckscher Weisheit zehren können. Es stimmt aber nicht überall, denn auch Bismarck war ein Mensch der Zeit, die ihn hervorgebracht hat, und es gibt Tatsachen von höchstem Gewicht, die jahrhundertlang gleichgültig und fast verborgen daliegen können, bis eines Tages die geschichtliche Entwicklung sich so wendet, daß was vorher bedeutungslos war, mit einem Male das größte Gewicht erhält. Dann kommt es darauf an, ob die Generation, bei der die Entscheidung und Verantwortung für die Dinge liegt, nicht an dem Übel krankt, daß ihr die Zusammenhänge nur mangelhaft bekannt sind, die erst als ihre Vorstellungswelt sich schon abgeschlossen hatte und fest geworden war, über dem Horizont der politischen Zeitbildung auftauchen. In solchen Fällen könnte es verhängnisvoll werden, daß nach dem bekannten Wort die Welt überwiegend von Leuten regiert wird, die das sechste Jahrzehnt ihres Lebens vollendet haben.

Diejenigen Gebiete, bei denen das politische Gedankensystem Bismarcks besonders umgebaut werden muß, sind E n g l a n d, R u ß l a n d und der O r i e n t. An allen drei Stellen haben sich die Dinge innerlich und äußerlich so entwickelt, daß eine ganz andere, zum Teil eine direkt gegensätzliche Betrachtungsweise erforderlich ist, als Bismarck und die unmittelbar von ihm abhängige Generation sie anwandten. Wer da glaubt, unser

nationales Ziel ließe sich mit oder ohne Politik der veränderten Mittel so verwirklichen, daß die russischen, die englischen und die orientalischen Verhältnisse im wesentlichen so blieben, wie bisher, der irrt von Grund auf.

Zwischen dem heutigen Rußland und England auf der einen, den in Mitteleuropa führenden und für das Zentrum der europäischen Kultur in erster Linie verantwortlichen Mächten auf der anderen Seite ist kein natürlicher Friede denkbar. Soll ein solcher zustande kommen, so müßten sowohl mit Rußland als auch mit England starke Veränderungen vor sich gehen, und diese Veränderungen würden am nachhaltigsten im nahen und im sogenannten mittleren Osten zum Ausdruck gelangen. Nur wer von diesen Zusammenhängen eine deutliche Vorstellung besitzt, kann sich ein Bild der notwendigen Ziele machen, die wir uns — sei es durch diesen Krieg, sei es nach diesem Kriege — zu setzen gezwungen sind, wenn wir uns die Sicherheit unserer politischen Zukunft und den Weg unter die Weltvölker endgültig frei machen wollen.

Bismarck hat bis ans Ende seines Lebens nicht geglaubt, daß sich notwendig eine englische Feindschaft gegen Deutschland entwickeln würde. So erfahren wir z. B. aus den bei Poschinger mitgeteilten Tischgesprächen 1891 und 92, aus Buschs Tagebuchblättern und selbst noch aus dem zweiten Band der „Gedanken und Erinnerungen“, daß er den Helgoland-Vertrag in einem Sinne kritisiert hat, der uns heute fast unverständlich anmutet. Bismarck meinte, es sei überflüssig gewesen, um des Felsens in der Nordsee willen so große koloniale Opfer zu bringen. Noch mehr, er hat in Helgoland geradezu eine mögliche Quelle von Nachteilen für Deutschland gesehen, und zwar in einem Gedankenzusammenhang, der deutlicher als alles andere zeigt, wie sich die Dinge seitdem geändert haben. Solange Helgoland englisch war, bewertete er die Insel für den Fall eines abermaligen deutsch-französischen Krieges als neutrales Gebiet, das die Franzosen nicht würden benutzen können, um in seinem Schutz Kohlen und sonstigen Bedarf einzunehmen. Seit es aber uns gehöre, sagte Bismarck, müßten wir damit rechnen, daß die französische Flotte versuchen würde, sich hier einen Stützpunkt zu schaffen.

Um das zu verhindern, müßten wir es besfestigen, und das wiederum bedinge Opfer, die wir nicht zu bringen gebraucht hätten, wenn Helgoland englisch geblieben wäre. Wollten wir es aber durchaus haben, so wäre es klüger gewesen, eine spätere Gelegenheit abzuwarten, bei der England vielleicht auf die Unterstützung der deutschen Politik angewiesen war.

Deutlicher als es hier geschieht, kann man nicht zeigen, daß England als möglicher Gegner Deutschlands für absehbare Zukunft nicht in Betracht gezogen wird. Noch einige Jahre zuwarten, und niemand in England wäre mehr imstande gewesen, den Fehler der Abtretung Helgolands zu begehen! Hätte Bismarck an einen englischen Krieg gegen Deutschland auch nur von fern gedacht, so hätte ihm nicht entgehen können, daß Helgoland im englischen Besitz gleichbedeutend war mit unserer Lahmlegung zur See. Daß Bismarck diesen Fall nicht vorausgesehen oder nicht als ernstlich in Betracht kommend eingeschätzt hat, ist uns ein Beweis für seine Art des politischen Denkens im hohen Alter. Er ist nicht dazu fortgeschritten, sich Zahlenreihen der wirtschaftspolitischen Statistik als entscheidende Grundlage staatspolitischer Erwägungen zu vergegenwärtigen. Diese Art zu folgern, war der ganzen Generation fremd, die sich ihre politischen Anschauungen und Vorstellungen in dem Deutschland vor und unmittelbar nach 1870 bildete. Weltwirtschaftliche Ideengänge lagen diesem Zeitalter nicht; ja es hat überhaupt vor der Wiederaufrichtung des Reiches nur einen einzigen Deutschen gegeben, der in großem Stil überseeisch zu denken verstand und seine Genialität vor allen Dingen dadurch bewährte, daß er von der Weltwirtschaft aus gleich den noch höheren weltpolitischen Flug nahm. Dieser Deutsche war Friedrich List, der Schwabe, der kurz vor der 48er Revolution aus dem Leben schied. Bismarck ist, soviel wir wissen, von den Ideen Lists nicht berührt worden, und in der weiteren Öffentlichkeit haben sie weder auf die Zeitgenossen noch auf das nächste Geschlecht eine besondere Wirkung ausgeübt. Als Prophet der deutschen Zukunft ist List erst in unseren Tagen erkannt worden, wo seine Gedanken über Deutschland, England und den Orient, die fast ein Jahrhundert geschichtlicher Entwicklung vorausnahmen, mit einer gewissen staunenden Be-

wunderung ans Licht gezogen werden. Selbst das Jahrzehnt, das unmittelbar auf die Reichsgründung folgte, brachte bei uns noch keine eigentlichen weltpolitischen Gedanken hervor. Nicht einmal in den Debatten über die Errichtung von deutschen Postdampferlinien nach Ostasien und Australien und über die dazu erforderliche Reichssubvention war viel davon zu erkennen, daß ein ganz neues ökonomisches Weltalter sich anbahnte, von dem die tiefsten Wirkungen auf Deutschland ausgehen mußten.

Schon sehr bald nach der Abtretung von Helgoland begannen sich in England Mißtrauen und Feindschaft gegen uns zu regen. Zwar das englische Markenschutzgesetz von 1887 mit seinem berühmten „made in Germany“ ist nach seinen inneren Motiven noch frei von Sorge vor einer politischen Gefahr, die sich von Deutschland aus für England erheben könnte. Die Kennzeichnung der deutschen Waren war vom englischen Standpunkt aus so gedacht, daß der Verbraucher in England und den Kolonien vor dem Einkauf von Erzeugnissen einer minderwertigen industriellen Konkurrenz gewarnt werden sollte. 1897 aber lasen wir bereits jenen seitdem so oft zitierten Artikel der „Saturday Review“, in dem es hieß, Englands Weidheide könne nur gesichert werden, wenn Deutschland vernichtet würde, und wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht umso reicher wäre; Völker hätten jahrelang um einen Staat oder ein Erbfolgerecht gekämpft — müßten sie nicht um einen jährlichen Handel von so und sovielen Milliarden Krieg führen? Diese Worte enthalten in klassisch englischer Mischung von geschäftlichem und politischem Vorausblick den inneren Grund für den endlich erfolgten gewaltsamen Ausbruch des deutsch-englischen Gegensatzes. Bismarck aber ging von uns, bevor sich die Gefahr, die in der natürlichen englischen Denkweise für Deutschland enthalten war, falls die Dinge sich auf der einmal eingeschlagenen Bahn weiter entwickelten, dem öffentlichen Verständnis bei uns in ihrer ganzen Furchtbarkeit offenbarte. Von den Gedanken, die sich aus dem Prinzip des Entstehens der Weltpolitik aus der Weltwirtschaft ergeben und die jetzt größtenteils in das Bewußt-

sein des deutschen Volkes übergegangen sind, lag das meiste noch nicht im Gesichtskreis der Bismarckschen Zeit. Erst in einem Alter, wo sich auch bei dem gewaltigsten Geist die Aufnahmefähigkeit für vollkommen neue Tatsachen und die Neigung, feste bestehende Anschauungen von Grund auf zu revidieren, mit Naturnotwendigkeit verringern, hat der Gründer des Reichs die ersten deutlichen Vorboten der neuen Epoche erlebt. Kein Wunder, daß er sich nicht mehr durchgreifend mit ihnen auseinandergesetzt hat!

Daß die Auferstehung des Deutschen Reiches nicht nur der Abschluß einer bestimmten politischen Entwicklungsperiode war, sondern gleichzeitig und noch viel stärker auch der Anfang zu neuen größeren Dingen, war zu Lebzeiten Bismarcks noch nicht entfernt so deutlich, wie heute. Wir begreifen jetzt den Zusammenhang, wenn wir daran denken, daß die Amorganisierung aller unserer Kräfte im neuen Reich gerade in eine Zeit gefallen ist, wo vorwärtstreibende Impulse von unerhörter Kraft aus der technischen Beherrschung der gesamten äußeren Weltverhältnisse kamen. Es ist ein grundlegendes Gesetz alles Geschehens, daß von einer gewissen Entwicklungsstufe an Unterschiede der Menge und Größe — „*quae numero et pondere dicuntur*“, nach Bismarcks Ausdruck — zu Unterschieden der inneren qualitativen Beschaffenheit werden. Dieses Gesetz gilt auf technischem wie auf politischem Gebiet. Zwar ist der Moment, in dem die Veränderung ihres Wesens erfolgt, selten deutlich festzustellen, aber treten bestimmte Ereignisse ein, so wird der Wechsel um so unverkennbarer. Diejenigen Menschen sind vom Schicksal begünstigt, die nicht nur gleich unserer Generation ein solches Entwicklungszeitalter in seiner ganzen Größe bewußt miterleben, sondern auch genug Spannkraft und Auffassungsgabe besitzen, um mit dem Verständnis aller notwendigen Einzeldinge auf den wichtigeren Gebieten der schnell fortschreitenden Begriffserweiterung zu folgen. Keine Gefahr ist größer, als daß in einer solchen Epoche am Steuer des nationalen Geschicks Männer stehen, deren geistiger Bildungsgang im wesentlichen abgeschlossen war, bevor die Stimmen der neuen Zeit mit schöpferisch weckender Kraft an ihr Ohr schlugen — um so mehr, da es nur wenige Bevor-

zugte gibt, deren Entwicklung selbst bis ins höhere Mannesalter hinein so lebendig bleibt, daß sie imstande sind, mit ihrem schon vorhandenen geistigen Besitz auch noch den stets neu andrängenden Stoff fortdauernd organisch zu vereinigen. Auch die zukünftige Geschichte des Weltkrieges, den wir erleben, könnte Fehler zu buchen haben, die daraus entstanden, daß verantwortliche Persönlichkeiten an der Spitze des Ganzen in der Bildung ihrer Vorstellungs- und Wissenswelt nicht Schritt gehalten hatten mit der Vermehrung des zu beherrschenden politischen Tatsachenmaterials. Wenn schon Clausewitz vor hundert Jahren sagte, Krieg und Politik seien eigentlich dasselbe, nur die Mittel seien anders: wieviel politischen Stoff muß dann eine auf der Höhe stehende Kriegführung erst heute in sich aufnehmen, wo die Ansatzpunkte zur Bezwingung des Gegners über einen soviel größeren Kreis hin gesucht und alles darin nach seiner besonderen Natur begriffen werden muß!

Irgendwo bei Bismarck finden wir das in ein prachtvoll deutliches Bild gekleidete Wort: die Pflicht, seiner Überzeugung vom Notwendigen Ausdruck zu geben, „ziele wie mit einer Pistole auf ihn und verbiete ihm zu schweigen.“ Dieses Empfinden dürfen und müssen auch wir uns zu eigen machen, wo es sich um die Erkenntnis von Dingen handelt, die nationale Lebensnotwendigkeiten sind. Auf das Studium der Worte Bismarcks dürfen wir seinen Satz ohne weiteres so anwenden, daß wir aus ihm folgern, er habe allem, was er über die fundamentale Daseinsgrundlage Deutschlands dachte, in seinem Leben auch irgendwie lauten Ausdruck gegeben. Trotzdem finden wir nirgends bei ihm Äußerungen darüber, daß er die Änderungen der Grundlagen bemerkt hätte, auf denen das Verhältnis Deutschlands und Englands während seiner politischen Wirkungszeit beruhte. Müssen wir das zugeben, so ist es für uns ein um so wunderbarer Zeugnis von Bismarcks durchdringendem Scharfblick, wenn er das stärkste politische *D a u e r i n t e r e s s e* für England — sei es auch nicht unter dem Gesichtspunkt unserer, so doch unter dem der englischen Wünsche — unfehlbar erkannte. In Buschs Tagebuchblättern finden wir schon unter dem 9. Juni 1882 — der Zeit, da England den Griff nach Ägypten tat —

folgende Worte notiert: „England hat Ägypten so nötig wie das liebe Brot, wegen des Suezkanals, der nächsten Verbindungslinie zwischen der östlichen Hälfte des Reiches mit der westlichen. Der ist wie der Nerv im Genick, der das Rückgrat mit dem Gehirn verbindet.“

Man kann die Bedeutung Ägyptens für England nicht deutlicher charakterisieren, als Bismarck es hier tut. Ursprünglich, als noch kein Gedanke an die Durchstechung der Landenge von Suez war, setzte sich England im Mittelmeer fest, um auch von dieser Seite her die Entwicklung Frankreichs als Seemacht und das Zusammenwirken zwischen Spanien und Frankreich zu hindern. Dazu eroberte es am Anfang des 18. Jahrhunderts Gibraltar und besetzte später vorübergehend die Baleareninsel Minorka. Während der napoleonischen Expedition nach Ägypten nahm es Malta. Ägypten selbst blieb solange außerhalb des unmittelbaren englischen Interessengebietes, wie der Weg nach Indien um das Kap der guten Hoffnung führte. Weil England diese Route beherrschte, leistete es der Erbauung des Suezkanals Widerstand, denn durch diesen Plan drohte eine Verbindung mit Indien, dem fernen Osten und Australien zu entstehen, die an der wichtigsten Durchgangsstelle von englischer Kontrolle frei war. Sobald daher der Kanal, trotz des englischen Mißvergnügens daran, gebaut war, stand es für England fest, daß Ägypten ein Bestandteil des Weltreiches werden müsse, und zwölf Jahre nach der Einweihung des neuen Seeweges befand es sich im englischen Besitz. Bismarck hatte grundsätzlich nichts gegen die Festsetzung Englands in Ägypten einzuwenden, weil ihm noch keine deutschen Interessen in Frage gestellt schienen, aber er trug kein Bedenken, den illegitimen Charakter der Okkupation Ägyptens zu benutzen, um England für die ersten Schritte der deutschen Kolonialpolitik gefügig zu machen. Als die englische Regierung ihre Unzufriedenheit mit unseren Erwerbungen in Afrika zu erkennen gab, deutete Bismarck ohne viel Umschweife im Reichstag an, Ägypten sei ein wunder Punkt in der englischen Politik, d. h. eine Stelle, wo auf England auch ohne den Druck einer Flotte gewirkt werden könne. Das war schon damals richtig, und bald

sollte sich zeigen, daß es erstens in noch viel entscheidenderem Sinne richtig war, als selbst Bismarck annahm, und zweitens, daß sich hier ein Ansatzpunkt für eine starke Verschärfung des einmal aufgetauchten deutsch-englischen Gegensatzes bildete.

Fast von Unbeginn der Geschichte können wir beobachten, wie schwer die geographisch so einfache und so natürliche Grenze zwischen Ägypten und Asien in einen politischen Ruhezustand kommt. Entweder griffen die Beherrscher Ägyptens nach Syrien hinüber oder die Herren von Vorderasien nach Ägypten. Das Nilland ist reich, und durch seinen Reichtum lockt es die asiatischen Völker und Fürsten zum Einbruch. Von allen anderen Seiten ist es durch Wüste und Meer gesichert, aber nach Asien zu hat es die Natur unverteidigt gelassen. Schon die Pharaonen des 2. und 1. Jahrtausends v. Chr. bemühten sich daher, das Reich nicht an der Landenge von Suez, sondern am Libanon, ja womöglich am Euphrat zu verteidigen. Umgekehrt haben alle asiatischen Großreiche, die Assyrer, die Perser, Alexander der Große und die Kalifen, nach Ägypten gegriffen, um ihre Herrschaft zu vervollständigen. Von Ägypten aus dagegen kämpften ebenso die Ptolemäer, wie die Rameffiden um Syrien. Der Islam wurde der Kreuzfahrer Herr, sobald Saladin Ägypten und Syrien unter seiner Macht vereinigte. Die Konsolidierung des Osmanenreiches durch die Eroberung von Konstantinopel hatte notwendig den Feldzug Sultan Selims nach Syrien und Ägypten zur Folge, und wiederum suchten am Anfang des 19. Jahrhunderts Ali Pascha und sein Stiefsohn Ibrahim, sobald sie selbständige Herren von Ägypten geworden waren, sich auch Syriens zu bemächtigen. Ein Jahrzehnt lang haben sie tatsächlich beide Länder beherrscht, bis die europäischen Großmächte sich davon überzeugten, daß dadurch der Bestand des Türkischen Reiches als Ganzes in Frage gestellt wurde.

Nach einem solchen historischen Überblick werden wir uns nicht wundern, wenn noch nicht 20 Jahre nach der Begründung der englischen Herrschaft in Ägypten der Ingenieur Willcocks jene Vorträge in der Geographischen Gesellschaft in Kairo hielt, worin er den Plan entwickelte, Babylonien mit englischem Kapital und englischer Technik wieder zum Kulturland zu machen und es mit

englischen Untertanen, Indern und ägyptischen Fellachen zu besiedeln. Wenn Willcocks als Objekt dieses Planes zunächst „das alte Chaldäa“ nannte, so verstand sich dabei doch von selbst, daß er stillschweigend das ganze westliche Verbindungsstück für England bis an die syrisch-ägyptische Mittelmeerküste und ebenso das östliche von der Mündung des Euphrat und Tigris bis nach Indien meinte. Der babylonische Gedanke war nur ein Teilstück des durch Lord Curzon gleichzeitig mit Willcocks verkündeten größeren Programms: England müsse die Vormacht im ganzen mittleren Osten ausüben, d. h. von Suez bis Singapore.

Von dem Augenblick an, wo England Herr im Ägypten war, und damit auch über das ganze obere Nilgebiet und den östlichen Sudan bis nach Äquatorialafrika hinein, konnte die Entwicklung der Dinge nicht gut anders laufen, als hin auf die Verbindung des westlichen, mittelländisch-afrikanischen und des östlichen, indisch-australischen Flügels der britischen Weltmacht rings um den Indischen Ozean. Dieser Weg führte über Syrien, Arabien, das Zweistromland und die Ufer des Persischen Golfs, und ebendahin wäre die englische Politik auch unabhängig von allen anderen Ereignissen wahrscheinlich sehr bald gekommen. Nun aber trat noch ein besonders anstachelndes Motiv hinzu: die Erfahrung der wachsenden Zahlen und der wachsenden Beteiligung Deutschlands an der Weltwirtschaft! Die steigende Feindschaft der öffentlichen Stimmung in England führte den Deutschen Kaiser von Helgoland nach Konstantinopel und Damaskus, und dort, am Grabe Saladins, zur Verkündung eines Programms der Freundschaft zwischen Deutschland und der mohammedanischen Welt. Dadurch aber wurde in England erst recht neues Mißtrauen erweckt. Auf deutscher und türkischer Seite betrachtete man Dinge wie die Bagdad- und die Mekka-bahn nur als eine Art von wirtschaftlicher und politischer Lebensversicherung: die Engländer aber besorgten fälschlich Angriffspläne oder fürchteten vielleicht — noch besser gesagt — eine Gefährdung der Angriffspolitik, die sie einmal machen könnten. Daher antworteten sie mit dem großen Einkreisungsplan gegenüber Deutschland.

Sein Hauptstück bestand darin, unter Abfindung Frankreichs mit Marokko und Rußlands mit Armenien, das ganze vor Ägypten liegende Länderglacis von Uden und Basra bis zum Vorgebirge Karmel in englische Gewalt zu bekommen. Auf diese Weise wurde die Verbindung mit Indien, vor allen Dingen aber eine unangreifbare Deckung für Ägypten hergestellt. Wiederum sehen wir also, wie sich das uralte Gesetz der Untrennbarkeit der politischen Geschichte Ägyptens von der seiner vorderasiatische Nachbargebiete auch in der Gegenwart bestätigt. Sibt die stärkere Macht in Ägypten, so greift sie nach Asien hinüber, und hat sie ihr Zentrum in den Ländern des heutigen türkischen Orients, so kann sie umgekehrt nicht auf Ägypten verzichten.

Für England ist es deutlich, daß, solange es Ägypten fest in der Hand hält, nicht nur der Weg nach den Kolonien und Interessengebieten im ganzen Gebiet des Indischen Ozeans, sondern auch aller übriger Verkehr zwischen Europa, Indien, Ostasien und Australien unter englischer Kontrolle steht. Schließt England den Suezkanal, so kann kein deutsches, französisches, italienisches oder sonst ein Schiff nach dem mittleren und fernen Osten gelangen. Der Verlust Ägyptens dagegen würde England dieser Herrschaft berauben, würde es, was die Benutzung des Kanals angeht, allen übrigen Nationen gleichstellen, die ihn um ihrer Handelsinteressen wegen befahren, und würde es zur politischen Rücksichtnahme auf jede Macht nötigen, die im Einverständnis mit der Türkei, als der Schutzmacht über Ägypten, steht. Ohne den Besitz Ägyptens ist aber auch das englische Inner-Afrika nördlich von den großen Seen nur in dem Falle zu halten, daß England sich darüber mit den Türken und mit uns, als den südlichen Nachbarn des englischen Sudans, verständigt. Ist Ägypten nicht mehr englisch, so ist ferner der Traum „vom Kap bis Kairo“ zu Ende, und vor allen Dingen Indien ist nur solange sicher, wie keine Schwierigkeiten in der Benutzung des Kanals entstehen. Nicht einmal Südafrika würde für den Notfall als unangreifbarer Stützpunkt auf der alten Route nach Ostindien bestehen bleiben, denn es liegt auf der Hand, daß die holländisch-afrikanischen Elemente dort zu noch weit größerem

Selbstbewußtsein gelangen und für England noch weit schwieriger als heute zu behandeln sein werden, sobald ihre Stellungnahme allein noch darüber entscheidet, ob England nach Indien gelangen kann oder nicht.

Brauchen wir noch mehr zu sagen, um deutlich zu machen, daß Ägypten in der That das Genie des englischen Gesamtreiches, das wichtigste Verbindungsglied für den Zusammenhalt des Imperiums im machtpolitischen Sinne ausmacht? Wer imstande ist, England in Ägypten anzugreifen, der ist imstande, die Entscheidung im Kriege mit England von der See auf das feste Land zu verlegen. Nach England selbst mit solcher Macht überzusetzen, daß man sicher ist, die heutige verstärkte englische Heimsarmee zu schlagen, bleibt ein Phantasiestück, solange die englische Flotte da ist, um den Kanal zu verteidigen. Begibt man sich auf das Feld der Zufälle und unbestimmten Möglichkeiten hinaus, ohne sich durch das jedenfalls Wahrscheinlichere beirren zu lassen, so ist den Spekulationen und Hoffnungen natürlich keine Grenze gesetzt, aber wozu nutzen solche Gedanken? Zweifellos kann man den Engländern den Frieden diktieren, wenn man mit 500 000 Mann London genommen hat, aber man muß erst hinkommen. Auch die Unterseebootswaffe kann eines Tages durchschlagende Wirkungen erzielen, aber selbst wenn wir uns zu den U-Booten noch sämtliche Flugzeuge und Zeppeline als wirksame Kräfte des Angriffs hinzudenken, mit Bomben auf die Docks und Werften an der Themse, am Mersey, am Severn, am Humber u. s. f., so sind das alles doch schwerlich Mittel, um den Erfolg über England dauernd zu machen. Hoffentlich wird man imstande sein und nicht Bedenken tragen, sie so nachdrücklich wie möglich anzuwenden, denn die Engländer haben dem Kriege einen Charakter gegeben, der, um mit ihrem Admiral Sir John Fisher zu sprechen, „Rückfichtnahme als Schwachfirt“ erscheinen ließe — aber für die Beendigung des Kriegszustandes selbst wäre es schwerlich ratsam, auf Waffen zu bauen, deren Erfolg noch so von Zufälligkeiten abhängt, wie es beim Unterwasserkrieg und erst recht beim Luftkrieg der Fall ist.

Was ist unser Ziel gegenüber England? Ist es die Zer-

störung des englischen Weltreiches, der englischen Handelsmacht, des englischen Kapitals und der englischen Kultur? Nichts von alledem! Unser Ziel heißt einfach: Sicherung unserer Zukunft als Weltvolk! Dazu ist es weder nötig, daß die Engländer Indien verlieren, noch daß sie arme Leute werden. Durchaus aber und unter allen Umständen ist dazu nötig, daß ihr bisheriger Anspruch auf die alleinige Vorherrschaft zur See gebrochen wird. England muß sich dazu bequemen, anderen Nationen rückhaltlos dasselbe Recht auf dem Meere einzuräumen, das es selber beansprucht. Damit wäre für England schon ein harter Entschluß gegeben, und ohne den äußersten Zwang wird es sich auf keinen Fall zu ihm verstehen. Wo aber können wirksam Hebel angelegt werden, um die hundertjährige englische Suprematie zu brechen? In Australien oder Kanada? Sicher nicht! In Südafrika? Dort sind die Verhältnisse offenbar noch nicht reif für die vierfarbige Burenflagge. In Indien? Indien ist für keine europäische Macht direkt angreifbar, nicht einmal für Rußland. Es kann von fern her erschüttert werden, aber dann würde das Ende doch nur entweder die Rückkehr unter englische Herrschaft oder die Auslieferung an Japan sein. Zu einem solchen Schlage gegen die gemeinsamen Interessen der abendländischen Welt könnten wir die Hand nicht leicht bieten. Was in West- oder Innerafrika geschieht, ist für England verhältnismäßig belanglos. Nigeria und die Goldküste sind wertvolle Besitztümer, aber das Imperium ist ohne diese Stücke nicht etwas wesentlich anderes, als mit ihnen. Also bleibt nur eine Stelle übrig, die man treffen muß: Ägypten, und wenn sie getroffen ist, dann wäre das Ziel selbst für den Fall erreicht, daß sich im übrigen kein jota an dem Besitzstand Englands änderte. Bleibt England der Herr Ägyptens, so bleibt es damit uns und allen anderen europäischen Völkern gegenüber als Weltmacht ein für allemal in der Vorhand; muß es Ägypten räumen, so tritt es damit auf den gleichen Plan mit allen übrigen größeren Völkern zurück. Auch wenn wir die Frage des Friedensschlusses hinter diesem Kriege ganz ausschalten und nur nach den politischen Verhältnissen an sich urteilen, so ist es klar, daß solange England im Besitz Ägyptens

bleibt, wir direkt gezwungen sind, uns zur See so stark zu machen, daß wir mit der Flotte allein unsere Erfolge behaupten können. Sobald dagegen Ägypten wieder wird, was es vor 1882 war, ein internationales, europäisch beeinflusstes Land unter türkischer Oberherrschaft, so hört die für alle überseeische Selbständigkeit der anderen Nationen verhängnisvolle Potenzierung der englischen Macht durch die Beherrschung der wichtigsten Weltverkehrsrouten nach den Gebieten des Indischen und Stillen Ozeans von selber auf. Die Kontrolle des Suezkanals liegt dann nicht mehr in der Hand des ohnehin zur See Mächtigsten, sondern sie wird durch eine Landmacht von achtbarer Stärke ausgeübt, zu der wir Beziehungen suchen müssen, die, von dem Charakter eines politischen Protektorats durchaus entfernt, auf der solideren Grundlage einer klaren, beiderseitigen Interessengemeinschaft sich aufbauen.

Eigentümlicher Weise ist bei uns nicht einmal die singuläre Bedeutung Ägyptens für England, noch weniger das für den Fall eines englischen Krieges ausschlaggebende Gewicht von Operationen zu Lande gegen Ägypten, mit der notwendigen Schärfe erkannt worden. Auch das gehört offenbar in das Kapitel des Zurückbleibens der Begriffsbildung hinter der Entwicklung der Tatsachen in einer schnell sich bewegenden Zeit — wo so bestimmt wie nur je das Wort Bismarcks gilt, von der Nötigung zum Reden durch das Gefühl der vaterländischen Verantwortung, das wie mit der Pistole auf unser Gewissen zielt. Wem die räumlichen und verkehrspolitischen Verhältnisse von den türkischen Meerengen an, über Kleinasien, den Taurus, die cilicischen und syrischen Pässe, Nordsyrien selber, Palästina diesseits wie jenseits des Jordan und die Sinai-Halbinsel bis nach Ägypten hin aus eigener Anschauung oder aus Studien und Berichten hinreichend klar sind, der kann überhaupt keine Zweifel daran fassen, daß, vom ersten möglichen Augenblick an, das äußerste an den beschleunigten Ausbau und die Sicherung der Verbindungen gesetzt werden muß. Es ist nicht möglich, einen Weltkrieg zu führen, ohne daß der militärische Tatsachensinn durch den politisch-geographischen im großen Stil ergänzt wird. Wenn Deutschland heute im Kampf steht, so müssen Bismarck, Roon und Moltke

sich vereinen, damit ein geschlossener Feldzugsplan von der Nordsee bis zum Roten Meer zustande kommt. Natürlich gehört eine starke Erweiterung unseres allgemeinen Vorstellungsschematismus dazu, um zu sehen, daß zu höchst entscheidenden Einwirkungen auf den Gang der militärischen Entwicklung des Krieges in Mitteleuropa der Hebel an soweit entfernten Stellen anzusetzen ist, wie in Serbien, im Taurus, in Syrien und Ägypten. Die Tatsachen aber, auf denen die Notwendigkeit dieser Erweiterung beruht, hängen weder in den Wolken, noch stecken sie im Abgrund, sondern sie liegen schon seit einem halben Menschenalter offen für jeden da, der sich mit ihnen beschäftigen will; sie sind in allen europäischen Ländern unter politischen, geographischen, wirtschaftlichen und selbst unter militärischen Gesichtspunkten Gegenstand öffentlicher Debatten, vertraulicher Berichte und privater Erörterungen gewesen, und sie sind samt und sonders so klar und eindeutig, daß weder Politiker, noch Diplomaten, noch Militärs von Bedeutung eine Verantwortlichkeit vor der Geschichte und unserer Zukunft übernehmen dürfen, ohne Rechenschaft in der ägyptischen Frage zu geben.

Selbst wenn in Flandern, Lothringen, Polen, Galizien und der Nordsee — was wir einstweilen nicht glauben und hoffen — das Erzwingen der Entscheidung zu schwer werden sollte, so kann dieser Krieg vielleicht immer noch in Ägypten gewonnen werden, die Einsicht vorausgesetzt, daß auf der ganzen Verbindungslinie von Deutschland und Osterreich-Ungarn über Belgrad und Konstantinopel bis nach Kairo die Kette an keiner Stelle reißen darf. Reißt sie, oder bleibt sie zerrissen, so können die Folgen nicht ausbleiben.

Ägypten das Genie des britischen Weltreichs, das Genie zwischen dem englischen Hirn in der Heimat und dem großbritischen Rückgrat in den Kolonien! Diesen Fundamentalsatz für die Weltpolitik und den Weltkrieg, der damals noch ein Menschenalter tief unter dem Horizont der Geschichte lag, jetzt aber blutig heraufgestiegen ist, erkannte Bismarck in dem Augenblick, wo Ägypten eben erst englisch wurde. Darnach, als an der Änderung des deutschen Interessenstandpunkts im Orient das Herannahen der neuen Zeit deutlich wurde, schrieb Graf Alfred von

Schlieffen, als Chef des preußischen Generalstabs Moltkes an Geist ebenbürtiger Nachfolger, am Suezkanal läge der Entscheidungspunkt in einem englischen Kriege. Das muß man auch heute an der Stelle wissen, wo Schlieffen gewirkt hat! Ägypten ist der Brückenkopf für Europa nach Asien, Afrika und Australien. Wenn Ägypten fällt, wankt Indien. Die wirkliche Macht und das politische Prestige sind für England im Suezkanal verankert. Das weiß England: deshalb hat es in Konstantinopel in vier Wochen soviel Demütigungen sich gefallen lassen, wie vorher in vier Jahrhunderten in der ganzen Welt nicht — nur um einer türkischen Kriegserklärung und so um einer türkischen Bedrohung Ägyptens zu entgehen! So schrieb Ernst Jäckh jetzt eben im „Größeren Deutschland“. Wie aber sollen wir mit der Türkei zusammenwirken, wenn wir nicht Verbindung mit ihr gewinnen?

Niemand, der die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts mit hinreichendem Verständnis für die Angelegenheiten Vorderasiens und der östlichen Mittelmeerwelt verfolgt hat und Kenntnisse genug besitzt, um sich die Entwicklung dort sowohl in ihren Einzelheiten, als auch in großen Zügen zu vergegenwärtigen, kann daran zweifeln, daß die weltpolitische Bedeutung jener Gebiete fortdauernd zugenommen hat. In Zukunft aber wird sie noch viel größer werden, als sie es jetzt schon ist. Die Geschichte, die Landkarte und die politische Überlegung zeigen gleichmäßig, daß Ägypten und der Suezkanal für diejenige Großmacht, die in ihrem Besitze ist, den beherrschenden Schlüsselpunkt zu einer einseitigen und für alle übrigen im Orient mitinteressierten Nationen nicht erträglichen Präponderanz bildet. Ägypten ist heute die englische Weltfessel, mit der alle Völker in den Ländern und Erdteilen diesseits und jenseits der großen, von Port Said bis zum Bab el Mandeb reichenden maritimen Seeverkehrsenge gebunden sind! Die Welt kann nicht frei werden von der *Suprematie* oder vielmehr *Tyrannie* Englands auf dem Meere, so lange Ägypten in der Hand Englands ist und England den Suezkanal nach Belieben zu öffnen und zu schließen imstande ist. Je weiter sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas, Asiens und

Afrikas in Zukunft entwickeln, desto unerträglicher würde die Herrschaftsstellung der stärksten Seemacht gerade an dieser, durch Natur und menschliche Technik so überaus wichtig gemachten Stelle der Erdoberfläche werden. Wird diese Fessel, die England in der Hand hält, nicht zerrissen, so bleibt die alles bedrückende Übermacht der Engländer in Weltwirtschaft und Weltpolitik eine Tatsache, die mit verhängnisvollem Gewicht auf allen nichtenglischen Kulturvölkern lasten wird.

Um das zu erkennen, bedarf es, wie gesagt, keiner entlegenen oder geheimen Wissenschaft, sondern nur der Vertrautheit mit dem einschlägigen, aller Welt zugänglichen Tatsachenmaterial. So töricht es von uns wäre, wollten wir darnach streben, an die Stelle Englands in Ägypten zu treten — die Folge könnte nur sein, daß dann wir die Gegnerschaft aller übrigen Nationen früher oder später gegen uns einigen — so klar ist es, daß kein Krieg gegen England in Wahrheit entscheidend gewonnen ist, solange die englische Flagge über Ägypten weht. Nochmals wiederholen wir: Ägypten darf keiner Weltmacht gehören, sondern muß in der Hut eines Staates sein, der kräftig genug ist, um sich aller Angriffe auf seine militärische und politische Selbstständigkeit zu erwehren, der aber selber weder daran interessiert, noch in der Lage ist, seine Stellung zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean nach der Weise Englands zu benutzen, um allen übrigen Nationen eine lästige, und sobald er will, unerträgliche Fessel aufzulegen.

Drittes Kapitel

Beschwörung der russischen Gefahr



Noch stärker als bei England müssen wir einen Umbau der Bismarckschen Vorstellungswelt bei Rußland ins Werk setzen. Wir haben während dieses Krieges erlebt, wie schon jetzt der gewaltigen und immer mehr ins Riesenhafte wachsenden russischen Zahl ein Moment der Gefahr für die Sicherheit Deutschlands (und aller menschlichen Kulturgüter in Deutschlands Hut) innewohnt, das, wenn die Dinge noch eine Zeitlang sich so weiter entwickeln, ein Verhängnis für uns werden kann. Bismarck war noch überzeugt, daß Rußland, wenn auch mit gewissen Momenten innerer Unsicherheit behaftet, doch ein normaler Bestandteil des politischen Systems in Europa bleiben werde. Das aber ist, wie heute erkannt werden muß, nicht mehr möglich. Der erste Grund ist der Rußland innewohnende elementare Eroberungsdrang. Je stärker die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der Welt fortschreitet, an der auch Rußland seinen Anteil nimmt, desto schwerer erträglich wird für jeden Staat die Abschließung vom Meere. Rußland ist darauf angewiesen, sein ökonomisches Gleichgewicht durch eine starke Ausfuhr von Massengütern, meist landwirtschaftlichen Erzeugnissen und sonstigen Naturprodukten, aufrecht zu erhalten. Waren solcher Art suchen notwendig den Seeweg. Abgesehen von den weit entfernten und durch klimatische Verhältnisse beeinträchtigten Zugängen im äußersten Norden und Osten hängt Rußland nur durch das Baltische und das Schwarze Meer mit dem Weltverkehr zusammen. Dabei ist zu bemerken, daß sein wirtschaftlicher Schwerpunkt in den letzten Jahrzehnten immer entschiedener nach Süden gerückt ist, und daß namentlich die großen Getreideexporte weit überwiegend über die Häfen des Schwarzen Meeres gehen. Schon Peter der Große soll die türkischen Meerengen als den Schlüssel zum Hause Rußlands bezeichnet haben. Daß Bosphorus und Dardanellen in fremder

Hand lagen, war von jeher eine starke Unbequemlichkeit für die russische Politik. Seitdem aber die Seeverbindung durch das Schwarze Meer mit der übrigen Welt für das russische Wirtschaftsleben um soviel wichtiger geworden ist, als früher, und seitdem durch die Vervollkommnung der Artillerie und der Seeminen es möglich geworden ist, die Meerengensperre im Ernstfall beinahe hermetisch zu machen, sieht die Lage für Rußland kritisch aus. Dasselbe gilt in wenig abgeschwächter Weise auch für die Ostsee, wo die technischen Hilfsmittel des modernen Seekrieges die vollkommene Schließung der Belte von einer beliebigen Basis an der deutschen Küste aus gestatten. Die Erfahrung des jetzigen Krieges zeigt, wie schwer Rußland im Ernstfall unter seiner maritimen Abschließung zu leiden bekommt.

Vom russischen Standpunkt aus erscheint es daher nicht nur begreiflich, sondern unumgänglich, nach der Herrschaft über die Engen des Marmarameeres und nach einem Ausgang an den freien Ozean im Norden zu streben. Besäße Rußland heute einen Platz wie etwa Narvik an der norwegischen Küste, so wäre es imstande, sich mit allem nötigen Kriegsbedarf zu versorgen; besäße es die Kontrolle über Bosphorus und Dardanellen, so würde es außerdem seine fast ganz zum Stocken gebrachte landwirtschaftliche Ausfuhr überwiegend aufrecht erhalten können. Das ist so deutlich und zwingend, daß niemand die von der russischen Regierung jetzt offen proklamierte Forderung nach dem Besitz der Meerengen wunderbar finden kann. Die unverantwortlichen russischen Politiker haben sie schon vor dem Kriege ohne Umschweife erhoben, und die verantwortlichen Staatsleiter haben nach der Kriegserklärung verkündet: Konstantinopel muß russisch werden und das Marmarameer ein ebenso russisches Gewässer, wie der Ladogasee.

Bekanntlich hat Bismarck wiederholt und bis zuletzt den Standpunkt vertreten, daß keine entscheidenden deutschen Interessen gegen die Besetzung Konstantinopels durch Rußland und gegen die russische Schutzherrschaft über die Türkei sprächen. Heute ist das für uns unter allen Umständen ausgeschlossen, denn unsere weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Bedürfnisse gestatten uns im Orient keine Verzicht mehr. Die russische Herr-

schaft über den nördlichen Teil der Türkei würde aber notwendig die englische über alle südlichen Länder des heutigen osmanischen Reichs zur Folge haben, und über die unmöglichen Folgen, die sich hieraus für Deutschland ergeben würden, braucht ebenso wenig ein Wort verloren zu werden, wie über die Gründe, aus denen es für uns notwendig ist, eine selbständige und starke Türkei zu erhalten.

Rußland wird aber außer durch seine politisch-ökonomischen Bedürfnisse auch noch durch eine andere Kraft zur erobernden Ausdehnung getrieben. Da es nicht Kulturmacht im Sinne der großen westlichen Völker ist — einen russischen Kulturgedanken von vergleichbarem Gehalt wie den deutschen, französischen oder englischen gibt es nicht — und da es seinen Staatsangehörigen deshalb keine befriedigenden inneren Entwicklungsziele vorstellen kann, so bildet sich als Surrogat für den fehlenden geistigen Gehalt der russischen Idee das Verlangen nach erobernder Ausbreitung der russischen Macht. Seinen bestimmten Inhalt hat es einerseits durch das sogenannte Testament Peter des Großen erhalten, andererseits durch die fixe Idee des Panславismus. Von keinem dieser beiden politischen Glaubenssätze ist Rußland zu heilen, solange es ein Rußland im heutigen Sinne bleibt. Es ist möglich, daß innere Krisen das an sich übermächtige expansive Moment vorübergehend zurückdrängen, aber immer wieder wird es mit Gewalt hervorbrechen, sobald die Umstände es gestatten. Die Verwirklichung der russischen Ansprüche würde aber nicht nur die Herrschaft Rußlands über die Balkanhalbinsel und Kleinasien bedeuten, sondern auch die Beseitigung Österreich-Ungarns als Großmacht und die Vorschiebung der mittelbaren oder unmittelbaren Grenzen Rußlands bis an den Fuß der Ostalpen und bis ans Adriatische Meer. Damit wäre entschieden, daß das übrige kontinentale Europa nur in Abhängigkeit von der russischen Macht existieren könnte.

Man fragt sich, ob denn Bismarck, als er die Auslieferung Konstantinopels an Rußland befürwortete, diese Konsequenzen nicht vor Augen gehabt hat — und das um so mehr, als ja schon

ein Mann von dem politischen Scharfblick der ersten Napoleon für ein kommendes Zeitalter die Alternative des kosakischen oder republikanischen Europa erkannt und ausgesprochen hat? Bismarcks Urteil über Rußland, das die Entwicklung der Dinge nicht voraussah, findet ein erklärendes Seitenstück in seiner ablehnend-zögernden Haltung, die die ersten Schritte des Kaisers auf dem Boden weltpolitischer Voraussetzungen und Gedanken begleitete. Beides, die Hinwendung Deutschlands zur Weltpolitik und die Verschärfung des russischen Erobererdranges, war nur ein Ausdruck dafür, daß die Maßstäbe des nationalen Lebens überall in einem schnelleren Tempo zu wachsen angefangen hatten, als bis dahin erhört war.

Bismarck blickte im Alter auf die vier Jahrzehnte der Entwicklung Europas von 1848 bis 1890 zurück. Während dieser Zeit hatten sich zwar viele einschneidende staatliche Veränderungen vollzogen, aber die Maßstäbe des politischen Geschehens, die Volkszahlen, der Umfang von Weltwirtschaft und Weltverkehr und alles, was in der Politik mit diesen gegebenen Größen zusammenhängt, entwickelten sich nirgends so, daß der Umschlag von der bloß quantitativen Veränderung in die qualitative ganz deutlich wurde. Das geschah erst während der letzten Lebensjahre Bismarcks, die er im politischen Exil verbrachte. Wer sehr scharf hinsah, konnte vielleicht schon um 1890, als der Kaiser Helgoland erwarb, ahnen, daß wir uns einer Epoche näherten, in der wir durch unser weltwirtschaftliches Wachstum auch vor die Notwendigkeit weltpolitischer Entschließungen gestellt werden würden. Erst aber die Erwerbung von Tsingtau 1897 und noch mehr die Orientfahrt des Kaisers 1898 und die Schriften des Reichsmarineamts zum Flottengesetz von 1900 sind wirkliche Dokumente der neuen Zeit.

Bismarck hat die Flottenvorlage und den großen Aufklärungsfeldzug des Staatssekretärs v. Tirpitz nicht mehr erlebt, aber selbst wenn er sie noch erlebt hätte, so ist es fraglich, ob er im höchsten Alter noch die innere Verschiedenheit zwischen seinem und dem kommenden Zeitalter erkannt hätte, die sich in den unserem Volke damals so eindrucksvoll vorgeführten Zahlenreihen wirtschaftlich materieller Art ausdrückte. Welche Anstrengungen hat es selbst

bei der mitlebenden Generation gekostet, ihr Verständnis so weit zu erwecken, daß für die Marine die notwendigsten praktischen Folgerungen gezogen werden konnten! So darf es uns auch nicht wundern, wenn Bismarck, als er die letzten Kapitel im zweiten Bande der „Gedanken und Erinnerungen“ schrieb, sich wohl kaum bewogen gefühlt haben wird, die Fortschrittszahlen der letzten Jahrzehnte für Rußland zur Hand zu nehmen und ihre progressiven Reihen in das nächste Geschlecht hinein zu verlängern.

Rußland hat seine erste Volkszählung im Jahre 1897 gehabt. Sie ergab die Ziffer von rund 128 Millionen, mehr, als man bis dahin in der Regel innerhalb wie außerhalb Rußlands geschätzt hatte. 1870/71, als das Deutsche Reich mit 40 Millionen Einwohnern entstand, wurde das europäische Rußland — mit dem asiatischen rechnete damals niemand — auf eine Bevölkerungszahl von einigen siebenzig Millionen taxiert. Das war schon für damals sicher etwas zu wenig, und noch weniger entsprach es den Tatsachen, wenn man gegen Ende des 19. Jahrhunderts Rußland ganz allgemein als das Neunzig-, äußerstenfalls als das Hundertmillionenreich ansah. Dieser Irrtum in den Zahlen bedingte es, und der für Rußland höchst mangelhafte Verlauf des Türkenkrieges von 1877/78 verstärkte denselben Eindruck, daß die gewaltige Größe Rußlands als gar zu sehr kompensiert durch die Undichte der Bevölkerung und die damit zusammenhängenden Schwächen erschien.

Von 1897 bis zur Gegenwart hat sich die Bevölkerung Rußlands von 128 auf schätzungsweise 170 Millionen vermehrt, also im Durchschnitt um etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen jährlich, das Dreifache der gegenwärtigen deutschen Wachstumsziffer. Diese Vermehrungsrate wird aber ihrer vollen Bedeutung nach erst dann begriffen, wenn man sich vorstellt, daß der Umfang des anbaufähigen Bodens in Rußland ein Vielfaches vom Gesamtareal Deutschlands beträgt, daß seine natürliche Fruchtbarkeit sicher nicht geringer ist, als die unseres Landes, daß aber trotzdem der Ertrag von der Flächeneinheit noch nicht einmal ein Drittel vom deutschen ausmacht. Zwar gibt es Einzelwirtschaften, die bedeutend mehr leisten, und gerade sie beweisen, was der russische

Boden herzugeben fähig ist; aber im ganzen genommen steht der Anbau selbst in dem berühmten Schwarzerdegebiet (und gerade in diesem am meisten) so tief, daß selbst eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, die nicht weiter zu reichen brauchte, als bis auf den allgemeinen Stand Deutschlands vor Beginn des gegenwärtigen Meliorationszeitalters, schon ohne weiteres eine Verdoppelung der Volkszahl möglich machen würde.

Ist es klar, was das bedeutet? Der Fortschritt des Landbaus mag in Rußland mit allen übrigen Verhältnissen durch Krisen dieser oder jener Art aufgehalten werden, aber er wird sich so sicher vollziehen, wie jeder andere natürliche Wirtschaftsvorgang. Schon in diesem Kriege erleben wir es, wie weit die qualitative Minderwertigkeit des heutigen Rußland durch das Gewicht seiner gewaltigen Zahlen wettgemacht werden kann. Solange Rußland in seinem heutigen staatlichen Bestande dauernd erhalten bleibt, könnte selbst die entschiedenste Niederlage seine Entwicklung zum immer stärker lastenden Druck auf Europa nur vorübergehend aufhalten. Die Volksvermehrungsgeschwindigkeit in Rußland betrug, wie wir sahen, im Durchschnitt des letzten halben Menschenalters zweieinhalb Millionen jährlich. Sie ist aber in den letzten Jahren auf drei (!) Millionen gestiegen, also fast auf das Vierfache der deutschen Rate, und sie würde, selbst wenn sie sich nicht noch weiter heben sollte, in 25 bis 30 Jahren das Russentum um mehr als den vollen Betrag der ganzen heutigen Einwohnerschaft Deutschlands vergrößern und einen Staat von 250 Millionen Menschen schaffen!

Möglich, daß die russische Revolution auch durch einen baldigen Frieden nicht verhindert werden würde, denn die rückkehrende Armee fände Grund genug zur Abrechnung mit den gegenwärtigen Machthabern. Selbst aber wenn bei dieser Gelegenheit Rußland eine ähnliche Erschütterung durchmachen sollte, wie Frankreich nach 1789, so brauchte das noch nichts für die Zukunft Rußlands als Gesamtstaat im heutigen Sinne zu bedeuten. Früher oder später würde dieser Staat doch mit Notwendigkeit auf seine alten Tendenzen zurückverwiesen werden. Er

müßte aufhören, Rußland zu sein, wenn sein politisches Ausdehnungstreiben zur Ruhe gelangen sollte, bevor das Marmarameer und seine Engen russische Territorialgewässer sind und die Küste des Atlantischen Ozeans zwischen den Lofoten und dem Nordkap eine russische Küste. Damit allein aber ist es nicht getan; auch die Beherrschung der Balkanhalbinsel, Armeniens und Kleinasiens, das Streben nach der anerkannten Vormacht über die slawische Welt und der dauernde politische Druck auf ganz Scandinavien verständen sich dann von selbst.

Alle diese Dinge machen Rußland, ob es will oder nicht, zu einer Gefahr für das übrige kontinentale Europa und besonders für seine unmittelbaren Grenznachbarn im Westen. Für das zukünftige 250 oder 300 Millionen-Rußland wird das noch viel nachdrücklicher gelten, als für das Rußland von heute und morgen. Wir kennen den Meisterschlüssel der Politik Bismarcks: seine Fähigkeit, klar allein mit den Realitäten des staatlichen und öffentlichen Lebens zu rechnen. Trotzdem sehen wir, daß es verborgene, erst werdende Realitäten gegeben hat, auf die selbst Bismarcks Scharfblick nicht achtete. Wollen wir ihm folgen, so müssen wir jede Erscheinung daraufhin ansehen, was sie ist und was sie demnächst sein wird. Tatsachen entscheiden, und alles Ausweichen vor Folgerungen, zu denen die nüchterne Betrachtung von Tatsachen nötigt, sei es aus Mangel an Kenntnissen, sei es aus Vorurteilen, aus Langsamkeit des Denkens oder wegen welcher Hindernisse auch immer, ist gleich bedeutend mit dem Verzicht auf politischen Vorausblick.

Auf Rußland angewendet, kann diese Betrachtungsweise nur zu der Folgerung führen, daß Rußland eben aufhören muß, Rußland zu sein; praktisch gesprochen also, daß es in seine natürlichen, durch Eroberung an einander gebundenen Bestandteile zerlegt werden muß.

Wie bei der Besprechung der ägyptischen Frage, so wollen wir auch an dieser Stelle vorerst konstatieren, daß wir von der Notwendigkeit einer Auflösung Rußlands ohne Rücksicht auf die augenblickliche Kriegslage und das mögliche oder unmögliche Ziel

dieses Krieges sprechen wollen. Niemand weiß, was alles vielleicht noch zu geschehen haben wird, bis das, was uns notwendig scheint, Wirklichkeit werden kann. Die Einsicht aber, daß es anders für Deutschland und für die Zukunft der europäischen Kultur keine wirkliche Sicherheit gibt, die ist uns auch für den Fall, daß Rußland diesmal noch nicht niedergedrungen werden sollte, ebenso notwendig, ja noch notwendiger, als sie es wäre, wenn wir den vollkommenen Sieg erreichten. Wir müssen begreifen, daß jede innere Stellungnahme zum russischen Problem und jede Art, es so zu behandeln, als ob Rußland eine mit der übrigen Kulturwelt gleich geartete Macht sei, uns in das politische und moralische Verderben führt; wenn anders, so können wir nur früher oder später auf verhängnisvolle Wege geraten. Die Umstände mögen uns nötigen, mit der Verwirklichung unserer nationalen Lebenssicherheit zu warten, bis ein geeigneter Zeitpunkt gekommen ist, aber unsere Politik dürfte darum nie aufhören, zielstrebig im Sinne der höchsten sittlichen Selbsterhaltungspflicht zu sein.

Indem wir den Satz aufstellen, daß es notwendig ist, Rußland in eine Anzahl selbständiger politischer Einheiten zu zerlegen, sind wir uns natürlich darüber klar, daß die geschichtlichen und praktischen Voraussetzungen dafür vorhanden sein müssen. Wären sie es nicht, bildete die Bevölkerung Rußlands nach ihrem Staatsgefühl, ihrem geschichtlichen Bewußtsein und ihrer ethnographischen Zugehörigkeit auf ähnliche Weise eine Einheit, wie die Deutschen, Franzosen oder selbst nur die Amerikaner, so wären vermutlich alle Schutzmaßregeln gegen die russische Macht auf die Dauer eitel, und der Koloß Rußland das Schicksal Europas.

Daß Rußland in den letzten zwei Jahrhunderten eine Menge fremdstämmiger, fremdsprachiger und fremdgeschichtlicher Gebiete sich angegliedert hat, Livland, Polen, Bessarabien, Finnland, den Kaukasus, Turkestan, ist bekannt. Alle diese Randländer zusammengenommen bedeuten aber noch nicht soviel, wie die durch das vermeintlich geschlossene russische Kernland hindurchgehende ethnographische, sprachliche und kulturelle Spalte, die Moskowien und die Ukraine ge-

schichtlich trennt. Das ist nicht so zu verstehen, als ob heute nur ein Schnitt zwischen den sogenannten Groß- und sogenannten Kleinrussen getan zu werden brauchte, um einen ukrainischen Staat fertig hinzustellen. Dazu fehlt noch vieles! Die entscheidenden Vorbedingungen dafür, um ihn eines Tages möglich zu machen, sind aber vorhanden: ein gesondertes Volkstum, dessen nationales Selbstbewußtsein, soweit es noch schlummert, entwickelt werden kann, ein geographisch ausreichend geschlossenes Wohngebiet und günstige Verhältnisse für die wirtschaftlich selbständige Existenz.

Was wir heute unter Ukrainern oder — mit einem besser zu vermeidenden Wort — Kleinrussen verstehen, ist nichts anderes, als die Fortsetzung des eigentlichen und ursprünglichen Russentums, von dem seit dem 11. Jahrhundert die Kolonisierung des heidnisch-finnischen Gebiets im Norden und Nordosten, eben des späteren Moskowiens, ausging. Das Verhältnis ist zum Teil ähnlich, wie in Deutschland zwischen dem Lande und der Bevölkerung östlich und westlich der Elb-Saale-Linie. Wie Berlin, so steht auch Moskau auf Kolonialboden. Wie die politische Einigung Deutschlands von der Macht ausging, die im kolonisierten Gebiet entstand, so die Rußlands von den Moskauer Großfürsten; wie sich bei uns als abbröckelnde letzte Überbleibsel aus der Slawenzeit Ostdeutschlands noch Wenden und Kassuben bis zur Gegenwart erhalten haben, so in Rußland die Mordwinen, Tscheremissen und andere Wolgafinnen.

Das alte Rußland ist eine nordgermanische Staatengründung gleich der Normandie, England und dem sizilischen Reich. Im 9. Jahrhundert n. Chr. setzten sich die schwedischen Warjäger an den beiden wichtigsten Punkten des „großen Wasserweges“ fest, der das skandinavische mit dem byzantinischen Meer verband: Großnowgorod und Rjewe. Dort bildeten sich aus der Verschmelzung der normannischen Fürsten und Gefolgsleute mit dem slawischen Volkstum die Anfänge des russischen Staats, in dem das Großfürstentum Rjewe unter der Menge der sogenannten Teilsfürstentümer zunächst eine gewisse Vormacht behauptete. Von Rjurik kennt man die ursprüngliche skandinavische Namens-

form Hrorekr wohl, und noch anderthalb Jahrhunderte später war das germanische Element in Rußland erkennbar.

Von der Mongolenherrschaft an, im 13. Jahrhundert, trennen sich die Geschieße Alt-Rußlands oder der Ukraine und Neu-Rußlands oder Moskwowiens, und diese Trennung, die etwa ein halbes Jahrtausend andauerte, ist die Ursache dafür geworden, daß es heute in Rußland, von den genannten Fremdvölkern abgesehen, zwei große Nationalitäten gibt, die moskwowitische und die ukrainische. Moskwowiter und Ukrainer sind sprachlich so von einander geschieden, daß sogar die St. Petersburgsburger Akademie der Wissenschaften das Ukrainische als eine dem Russischen zwar nahe verwandte, aber selbständige slawische Sprache erklärt hat. Auch handelt es sich nicht um eine Volkssprache ohne Literatur, sondern von den alten Kijewer Chroniken über die theologischen und politischen Traktate des 17. Jahrhunderts ist bis zur Gegenwart Ukrainisch eine ausgebildete Schriftsprache geblieben, mit einer Fülle poetischer, belletristischer und neuerdings auch wissenschaftlicher Erzeugnisse. Lebendig ist auch die Anhänglichkeit des Volks an seine Sprache, und der Unterschied vom Russischen ist so bedeutend, daß, wo die großrussische Schriftsprache auf dem Wege über Schule, Militärdienst und Verwaltung noch keinen Einfluß geübt hat, Moskwowiter und Ukrainer sich nur mit Mühe verständigen.

Entscheidend ist aber noch weniger die Sprache, als die verschiedenartige Charakterveranlagung der beiden Völker. Die Ukrainer gehörten innerlich weit mehr als die Moskwowiter nach Europa. Sie sind geistig lebendiger, innerlicher veranlagt und vor allen Dingen in ihrer Sinnesart einheitlicher, als das zwischen den Extremen hin und her schwankende moskwowitische Russentum. Als Rasse sind die Ukrainer nicht Slawomongolen, wie die Moskwowiter, sondern die wesentlich unvermischten Nachkommen der Slawenstämme, bei denen sich, zwischen Karpathen und Don, im 9. und 10. Jahrhundert der ursprüngliche russische Staat bildete. Sie haben sich durch die Jahrhunderte unverändert ein stärkeres freiheitliches Empfinden und ein ausgesprochenes Streben nach politischer Dezentralisation erhalten. Die politische Autonomie der Ukraine erhielt sich unter verschiedenen

Formen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Bis zur Mitte des 17. war das Land erst mit dem litauischen, dann mit dem polnischen Reich verbunden, dazwischen auch so gut wie selbständig gewesen. Dann erfolgte die Teilung zwischen Polen und Moskau, wobei aber auch unter der Oberhoheit des Zaren dem Ukrainertum, den „Ländern des Hetmanischen Regiments“ eine starke politische Selbständigkeit gewahrt blieb. Masepa versuchte die Losreißung von Moskau, aber die Schlacht bei Poltawa entschied gegen ihn. Vollständig hat erst Katharina II. die ukrainischen Privilegien aufgehoben, und seitdem hat die Unterdrückungspolitik des moskowitzischen gegen das ukrainische Rußland sich immer mehr verschärft.

Wer die russische Geschichte kennt, begreift ohne weiteres, daß erst durch den Anschluß der linksufrigen (links vom Dnjepr) Ukraine für den moskowitzischen Staat die Vorbedingungen zu einer Politik im Sinne Peters des Großen geschaffen wurden. Bis dahin war Moskau zu schwach und zu entlegen, um in die europäischen Verhältnisse eingreifen zu können. Fast von dem Augenblick an, wo es über einen großen Teil der ukrainischen Kräfte mitverfügt, ändert sich das Machtverhältnis zwischen dem Zaren, Polen und Schweden. Ebenso beruht die wirtschaftliche Kraft Rußlands auf dem Besitz der Ukraine, und gerade heute ist das deutlicher als je. Die Ukraine ist das Land der Schwarzen Erde, wo eine rationelle Landwirtschaft ein Vielfaches an Ertrag gegenüber dem jetzigen Stande schaffen könnte. Trotz ihres heutigen schlechten Zustandes tragen die Felder der Ukraine ein Drittel der gesamten russischen Weizenernte und bestreiten nicht nur den größeren Teil des russischen Kornexports, sondern liefern auch noch Verpflegung an die mittleren und nördlichen Gouvernements, die nicht genug Getreide erzeugen. Die Eisen- und Steinkohlenproduktion Rußlands beruht ganz und gar auf den ukrainischen Lagern. Von 29 Millionen Tonnen russischer Kohle wurden 1912 in Polen 8 Millionen und in der Ukraine 20 Millionen gewonnen; von zirka $3\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Eisen und Stahl zirka 0,4 Millionen in Polen und 2 Millionen in der Ukraine. Der Tabak- und Zuckerrübenbau sind fast ausschließlich auf die Ukraine beschränkt. Schon diese kurze Zusam-

menstellung zeigt, daß die Ukraine das Schwergewicht des russischen Wirtschaftslebens trägt. Sieht man von den vielleicht etwas zu weit greifenden Berechnungen der eifrigsten Ukrainophilien ab, so bleiben als Gebiet, in dem die Ukrainer gegenüber den Moskowitern das absolute Übergewicht besitzen, über 800 000 Quadratkilometer mit einigen dreißig Millionen Bewohnern übrig: der anderthalbfache Flächenraum, aber nur die Hälfte der Einwohnerzahl Deutschlands.

Solch eine Land- und Volksmasse, solche wirtschaftlichen Reichtümer genügen als Grundlagen für eine politische Eigenexistenz, zumal auch die russische Kolonisation nördlich vom Kaukasus überwiegend von Ukrainern geleistet worden ist. Die Karpathen, die rumänische Sprachscheide in Bessarabien, die Rokitnosümpfe, das Schwarze Meer, der Kaspi und der Kaukasus würden die natürlichen Grenzen eines Staatswesens sein, in dem die Ukrainer ein entscheidendes zahlenmäßiges Übergewicht besäßen, und nur zwischen den großen Sumpfwäldern von Weißrußland und der unteren Wolga würde die Grenze gegen Moskowien offen sein.

Wir betonen, daß bei keinem nüchternen Politiker die Vorstellung besteht, daß in diesem oder in ähnlichem Umfange heute schon alle notwendigen Voraussetzungen für den selbständigen ukrainischen Staat da sind, so daß nur die Trennung von Moskowien ausgesprochen zu werden brauchte. Vorhanden ist, wir wiederholen es nochmals, das selbständige Volkstum, in dem das Bewußtsein des Gegensatzes zu dem Moskowiter teils nie verschwunden war, teils nur angestoßen zu werden braucht, um wieder ganz zu erwachen, und vorhanden ist die günstige geographisch-wirtschaftliche Basis. Es heißt, die gegenwärtige ukrainische Bewegung habe nur Führer, aber keine Gefolgschaft in der Masse. Das ist, wenn man will, richtig, aber es ist nur halb richtig, denn die Gefolgschaft kann alle Tage da sein, sobald die äußeren Verhältnisse sich darnach gestalten. Selbst polnische Stimmen, die an sich gegen die ganze ukrainische Bewegung sind, geben zu, daß sie seit 1905 große Fortschritte in der russischen Ukraine gemacht hat. Andererseits ist die Besorgnis, daß vom ukrainischen Galizien aus die russischen Ukrainer immer stärker

in die nationale Bewegung hineingebracht werden könnten, einer der stärksten Antriebe für den Krieg Rußlands gegen Osterreich und für den Wunsch nach Eroberung Galiziens gewesen.

In Rußland hat die Einführung des Scheinverfassunaslebens von 1905, die vorübergehende Revolution und die großen Bauernunruhen, die 1902 Südrußland bewegten, deutliche Züge einer besonderen ukrainischen Regsamkeit erkennen lassen. Will man die ukrainische Frage richtig beurteilen, so muß man sich das starke politische Gewicht der sicheren Tatsache vorstellen, das falls durch äußere Gewalt eine Losstrennung der Ukraine von Moskau herbeigeführt würde, vom Dnjestr und Pripet bis zum Kuban keine inneren Widerstände und kein Streben nach Rückkehr zu Moskau in der Masse sich regen würden. Demgegenüber ist nicht von entscheidender Bedeutung, daß es in einem zukünftigen ukrainischen Staat zunächst an einer national gebildeten regierungsfähigen Oberschicht großenteils fehlen würde. Die starke wirtschaftliche Entwicklung, die sicher dem Lande bevorsteht, sobald seine Fesselung an das rückständige Moskowien aufhört, und der lebendige Kontakt mit der westlichen Kulturwelt, der vom selben Moment an eintreten würde, wären zusammen eine sichere Garantie dafür, daß in Kürze auch sozial führende Kreise in die Höhe gelangen. Von innen heraus könnte der ukrainische Staat nur durch das Zurückstreben der Ukrainer nach Moskau in Frage gestellt werden, und gerade das wäre am allersichersten nicht zu erwarten.

Dreimal hat das ukrainische Problem bisher seine Ausläufer bis in die Sphäre preußisch-deutscher politischer Erwägungen entsandt. Das erstemal war es, als 1791, bald nach der Aufhebung der ukrainischen Selbständigkeit durch Katharina II, der Adelsmarschall Graf Kapnist als geheimer Abgesandter der Ukrainer nach Berlin kam, um im Namen seiner Landsleute den Minister Herzberg zu fragen, ob im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Rußland die Ukraine auf die Protektion König Friedrich Wilhelms II. und auf Hilfe zur Befreiung von der moskowitischen Tyrannei rechnen könne. Die Antwort lautete: vorläufig ist der König im Frieden mit Rußland, aber wenn es

zum Kriege kommt, ist es Sache der Ukraine, das Notwendige zu tun, um die preußische Hilfe zu erlangen.

Das zweitemal war von der Ukraine zur Zeit des Krimkrieges die Rede. Jene Gruppe hoher preußischer Beamten und Diplomaten, die sich um Moritz August von Bethmann Hollweg, den Großvater des jetzigen Reichskanzlers, und um das preußische Wochenblatt sammelten (hiernach die Wochenblattpartei genannt), war im Gegensatz zu Bismarck und dem eigentlichen Hof antirussisch gesinnt, so sehr, daß sie die Beteiligung Preußens am Krimkriege betrieb. Dabei tauchte in einer Denkschrift des preußischen Gesandten in London, Bunsen, der zu demselben Kreise gehörte, die an sich durchaus richtige Erkenntnis auf, Rußland müsse, wenn man seine Übermacht dauernd beseitigen wolle, vor allen Dingen vom Schwarzen Meer abgedrängt werden. Bismarck lehnt das in den „Gedanken und Erinnerungen“ ohne weiteres ab und spricht von dem Plan, die Ostseeprovinzen abzutrennen, Polen wieder herzustellen und das Reststück „zwischen Groß- und Kleinrussen“ zu teilen, als von einer „kindischen Utopie“. Die Urteil war praktisch berechtigt, weil die Politik Bunsens Preußen an England binden wollte; sobald aber ein derartiges falsches Verhältnis nicht mehr in Frage kommt, haben die Dinge ein anderes Gesicht.

Das sehen wir, als die Ukraine zum drittenmal politisch diskutiert wurde; diesmal öffentlich. Den Anlaß gab die Verschärfung des Verhältnisses zu Rußland 1887/88. Am 6. Februar 1888, in der berühmten Rede „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt“, sagte Bismarck: Selbst ein vollständiges Indienstellen unserer Politik in die Interessen Rußlands schütze uns nicht davor, „gegen unsern Willen und gegen unser Streben mit Rußland in Streit zu geraten.“ Unmittelbar vorher erschienen in der „Gegenwart“ verschiedene Artikel aus der Feder Eduards v. Hartmann, in denen die Errichtung eines ukrainischen Staats, eines Königreichs Kijews, im Stromgebiet des Dnjepr und Pruth vorgeschlagen wurde. Hartmann schreibt an einer Stelle: „Sobald aber Rußland durch einen Angriffskrieg um chimärischer Zwecke willen als ein gefährlicher und mutwilliger Friedensstörer erscheinen sollte, würde

die Selbsterhaltungspflicht Deutschlands und Oesterreichs zu dem Bestreben nötigen, die etwaigen Siege und die zeitweilige Zerrüttung des Angreifers zu einer dauernden Verminderung seiner Offensivkraft durch bedeutende Gebietsabtrennungen zu benutzen." Der Stil dieser Sätze ist mit der Ausdrucksweise Bismarcks verwandt, so daß man unwillkürlich vermutet, zwischen den scharfen Wendungen, die Bismarck selber gegen Rußland brauchte, und den Hartmannschen Artikeln bestehe ein mehr als zufälliger Zusammenhang. Das wird noch wahrscheinlicher, wenn man an einer andern Stelle bei Hartmann, wo ausdrücklich von der Möglichkeit des Krieges mit Rußland die Rede ist, die wiederum stark Bismarckisch gefärbten Worte liest: „Es wird gewiß nicht an Stimmen fehlen, welche den siegreichen deutsch-österreichischen Heeren die undankbare Aufgabe zuschreiben möchten, das zusammengebrochene Zarentum neu aufzurichten, um der Anarchie zu steuern. Solange aber noch ein Rest von den Traditionen Bismarckischer Staatskunst lebendig bleibt, werden solche Stimmen nicht durchdringen.“

Un dieser Stelle der Dinge, und nicht nur an ihr, sondern sogar bei der unmittelbaren Gefahr für die politische und kulturelle Selbständigkeit von ganz Mitteleuropa, sind wir jetzt durch die Eroberungspolitik Rußlands angelangt, und nur durch die Wiederherstellung der staatlichen Trennung zwischen den beiden konstituierenden Bestandteilen des heutigen Rußland, Moskowien und der Ukraine, könnte das Unheil von Grund auf und für alle absehbare Zukunft beschworen werden. Was der Freiherr v. Harthausen, einer der klügsten Beobachter Rußlands, schon vor 70 Jahren als eine Folge der Vereinigung von Groß- und Kleinrußland zu einem Reiche bezeichnet hat und was dem Kreise um Bethmann Hollweg und Bunsen eine Hauptarundlage für ihre antirussischen Gedanken gab, ist heute wirklich geworden: die Bedrohung Europas durch das räumlich über alles Maß hinausgewachsene Rußland. Alles, was Rußland während des Jahrhunderts vom Nordischen Kriege bis zum Wiener Kongreß an Erfolge erreicht hat, die Ungliederungen der Ostseeprovinzen, der Küsten des Schwarzen Meeres, Polens und Finnlands, wurde erst möglich durch die vorhergegangene Vereinigung des

größten Theils der Ukraine mit Moskau — und ebenso könnte das alles wieder rückgängig gemacht werden, sobald die Ukraine aufhört, unter der moskowitzischen Herrschaft zu stehen. Ob man daran schon als Ergebnis d i e s e s Krieges wird denken dürfen, hängt von Bewegungen, Möglichkeiten und Entschlüssen innerhalb wie außerhalb Rußlands ab, die im Augenblick nicht erörtert werden können, aber ob jetzt oder später — Sicherheit vor Rußland kann und wird Europa nicht eher haben, als bis das lawinenhafte Anschwellen der russischen Masse zum Stillstand gebracht und die Teilung des Riesenkörpers vollzogen ist.

Sieht man von den einstmals fast menschenleeren pontischen Steppen ab, wo Potemkin der Kaiserin Katharina seine Scheindörfer aufbaute, so haben die eroberten Gebiete, einschließlich der Ukraine, auf einem viel höheren Kulturniveau, als dem moskowitzischen gestanden: hatten sie doch ihrer politischen und kulturellen Entwicklungsgeschichte nach bis zur Vereinigung mit Rußland Bestandteile der abendländischen Welt gebildet. Ihr Schicksal vom Eismeer bis zum Pontus ist es gewesen, nach einander der Barbarisierung durch das Moskowitertum preisgeben zu werden. Noch aber hat der russische Stampfkolben zur Zerschmetterung der kleinen Völker und selbständigen Kulturen nicht durchweg sein Werk getan. Alt-Livland ist moralisch und kulturell auf das furchtbarste verwüstet, aber seine besondere germanisch-protestantische Wesensart, an der auch die Letten und Esthen unbewußt und widerwillig ihren vollen Anteil haben, ist noch nicht tot. Finnland wehrt sich erbittert, und Polen, wenn auch die ersten starken Spuren nationaler Zersetzung in diesem Kriege bei ihm offenbar geworden sind, bildet im ganzen genommen immer noch einen schwer und unverdaut daliegenden Fremdkörper im russischen Staat.

Wollte und könnte man einmal diese drei Gebiete: Polen, Livland und Finnland, als Frucht eines Sieges über Rußland vom russischen Staatskörper abtrennen, so würde man Rußland damit auf seinen Stand in der Zeit unmittelbar vor Katharina und Peter zurückwerfen. Mit andern Worten: man würde es zwingen, vom Tage des Friedensschlusses an den Krieg zur Wiedergewinnung des Verlorenen vorzubereiten. Soll aber Europa in

Zukunft Ruhe und Frieden vor dem halbasiatischen Moskowitertum haben, so muß Rußland bis hinter den Frieden von Andrußow zurückgebracht werden, in dem sich 1667 Zar Alexei Michailowitsch, der Vater Peters des Großen, mit Polen in die Ukraine teilte, und zwar so, daß ihm das größere und bessere Stück verblieb. Dieser Vertrag bezeichnet die wahre Geburtsstunde des unersättlichen und erfolgreichen russischen Eroberungsdranges gegen Europa hin. Ein Jahrhundert vorher mußte Ivan der Schreckliche von dem Versuch, in Livland an die Ostsee durchzustößen und Schweden und Polen zu bekriegen, absteigen, weil er die Ukraine noch nicht besaß. Es ist aber ein Unglück für uns, daß wir in Deutschland die Geschichte von Osteuropa und dem germanischen Ostseebecken so wenig kennen!

Unsere Aufgabe auf diesen Blättern ist es, von der Persönlichkeit Bismarcks und von den politischen Grundsätzen aus, die er seinem Zeitalter eingepägt hat, die Verbindungslinien dahin zu suchen, was die Gegenwart erfordert, die auf dem Fundament Bismarcks sich erhebt. Da mag es im ersten Augenblick wunderbar erscheinen, wenn jemand eine Klage über die schlechte historische und die noch schlechtere geographische Bildung unseres Volkes, einschließlich der Gebildeten, ausspricht. Wenn diese Bildung aber nicht besser wird, so ist es unmöglich, unter uns ein durchgreifendes Verständnis des gegenwärtigen politischen Zeitalters und der Ziele, die wir uns setzen müssen, hervorzurufen. Abseits von den Kreisen der eigentlichen Fachwissenschaft ist der Mangel an Kenntnissen gerade in Bezug auf die meisten welt- und nationalpolitisch wichtigen Gebiete so groß, daß man überhaupt nicht weiß, wo man anfangen soll, um den Anschluß an die vorhandenen Vorstellungen herzustellen. Das erklärt sich auf der einen Seite durch die unbeschreibliche Vernachlässigung des erdkundlichen Schulunterrichts auf den niederen und noch mehr auf den höheren Schulen, die ein halbes Jahrhundert lang bei uns geherrscht hat. In geradezu verhängnisvoller Weise hat sie dazu beigetragen, daß in Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, die nationalpolitische Diskussion über Gegenwart und Zukunft so sehr der allerwichtigsten Grundlage entbehrt: der klaren

geographischen Vorstellung und der wissenschaftlichen Beherrschung eines nicht gar zu ärmlichen geographischen Tatsachenmaterials. Auf der anderen Seite hat die einseitige Konzentrierung des Geschichtsunterrichts — abgesehen von der Behandlung des Altertums — auf die Entwicklung Preußen-Deutschlands bis 1870 die höchst schädliche Folge gehabt, daß unsere Gebildeten, ja selbst unsere Staatsmänner und Politiker, nur zu häufig die historischen Zusammenhänge nicht kennen, die zur Bildung der außerdeutschen Großstaaten und Weltreiche geführt haben und in deren heutiger Politik unmittelbar fortwirken. Auch hierin spricht sich die von uns schon mehrfach beklagte Tatsache aus, daß die Vorstellungswelt einer Generation, die das Zeitalter der Weltpolitik nicht als Epoche ihrer ursprünglichen politischen Bewußtseinsbildung erlebt hat, in der Behandlung unserer heutigen Lebensfragen und erst recht in der Aufstellung der Lehrpläne die Herrschaft behauptet, wo es doch hoch an der Zeit wäre, hier wie dort durchgreifenden Wandel zu schaffen.

Ein lebendiges Beispiel hierfür, sicher nicht das wichtigste, aber eins, das uns vom Standpunkt eines lebendigen nationalen Ehrgefühls besonders nahe angehen sollte, ist unser einstiges deutsches Kolonisationsgebiet an der mittleren und nördlichen Ostsee, mit seinem alten geschichtlichen Gesamtnamen *Livland*, heute die drei Ostsee-Gouvernements oder die sogenannten baltischen Provinzen Rußlands. Auch sie müssen wir hineinziehen in den Kreis der Erörterungen über die Politik, die Rußland gegenüber grundsätzlich durchdacht werden muß.

Als ein Jugendfreund Bismarcks, der kurländische Graf Alexander v. Keyserling, den Alten von Friedrichsruh einige Jahre vor seinem Tode aufsuchte, wurde er, wie berichtet wird, mit den Worten begrüßt: Wollt Ihr Kerls denn ewig leben! Unter den Kerls verstand Bismarck die baltischen Deutschen. Für das politische Verhältnis, das ihm zwischen Deutschland und Rußland als das am meisten erstrebenswerte erschien, bildeten die Balten eine Art von moralischer Unbequemlichkeit. Sie erlagen zusehends einer wüsten, mit allen Mitteln barbarischer Demoralisation vorgehenden Russifizierung, und wenn sich auch nie eine maß-

gebende baltische Stimme in der Öffentlichkeit geregt hat, um auf Grund der Blutszugehörigkeit zum deutschen Stamme ein politisches Einschreiten des Reichs gegen die russische Henkerarbeit an der deutschen Kultur in Altlivland zu fordern, so konnte doch für eine Natur von der geschichtlichen Anschauungsfülle Bismarcks der Anblick eines solchen Vorganges nur als unbequeme, weil politisch nicht zu erfüllende, Gewissensmahnung wirken.

Bismarck sah nicht die Zeit voraus, da sich Rußland, nahe der zweiten Hundertmillion Menschen, auf Deutschland und Osterreich-Ungarn stürzen und gleichzeitig die Franzosen und Engländer als Bundesgenossen hinter sich herziehen würde. Darum betrachtete er Teilnahme für die baltischen Deutschen als eine Art von Sentimentalität, die kaum in der Stille geübt werden durfte, wenn sie nicht politisch gefährliche Folgen haben sollte. Den Balten war eben nicht zu helfen, und wenn sie im russischen Schlamm ertrunken oder möglichst in die regierende russische Schicht übergegangen waren, so war die baltische Frage zur allseitigen Beruhigung erledigt, sei es auch mit einem objektiven Verlust für den deutschen Gedanken. Mit dem Deutschtum außerhalb der Grenzen des Reichs und im gewissen Sinne etwa noch der cisleithanischen Hälfte Osterreich-Ungarns hat Bismarck realpolitisch überhaupt nicht viel gerechnet. Er hat bei Gelegenheit freundliche Worte für Persönlichkeiten und Abordnungen aus der deutschen Welt im übrigen Europa und jenseits des Meeres gefunden, aber seine schaffende Gedankenarbeit war mit so gewaltiger Konzentration auf das engere Deutschland eingestellt, das sein und seines Königs Werk von 1862 bis 1870 bildete, daß er mit praktischer Gleichgültigkeit selbst ein so ungeheuerliches Gesetz zum Schaden des Deutschtums im Ganzen zustande kommen ließ, wie das über den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, sobald der Name eines Deutschen zehn Jahre lang sich nicht in den Akten irgend eines Konsulats fand. So sehr wir das heute beklagen, so sind wir doch imstande, es gerade bei einer Natur wie Bismarck zu begreifen, der Deutschland im Großen, einem Giganten gleich mit feindlichen Gewalten kämpfend, aus mächtigen Werkstücken zusammengebaut hat.

Traurig aber, weil aus Unwissenheit und gedankenlosem Mangel an großen nationalgeschichtlichen Interessen stammend, ist es, wenn bei weitem die Mehrzahl unserer Gebildeten den Stammesgenossen von der baltischen Erde, die mehr als drei Jahrhunderte lang eines der Außengebiete des römischen Reichs deutscher Nation gewesen ist, nicht mehr vom gewöhnlichen Moskowiter zu unterscheiden weiß, und ihn in kränkendem Halbwissen als sogenannten Deutsch-Russen bezeichnet. Er ist kein Deutsch-Russe, sondern ein Deutscher, den geschichtliches Unheil vom deutschen Mutterlande trennte, der eine lange Folge von Geschlechtern hindurch zwar nicht der moskowitischen Barbarei, wohl aber in altgeschichtlicher deutscher Sinnesart dem russischen Herrscher, dem das Land sich hatte ergeben müssen, ehrliche und aufopferungsvolle Treue hielt, und dessen Inneres jetzt von dem Konflikt der moralischen Gewalten zerrissen wird: der russischen Staatszugehörigkeit und dem Bewußtsein des mit Mühe gewährten Zusammenhanges mit der deutschen Geisteskultur und Lebensanschauung. Daran ändert es nichts, wenn sich auch ehemalige Balten finden, die dem Russentum innerlich anheimfielen und nach der Art Abtrünniger jetzt dem Deutschtum fluchen. Ist denn diese Spezies Deutscher allein auf das baltische Land beschränkt? Finden wir sie nicht auch sonst nur zu reichlich in der Welt.

Wer kennt in Deutschland die Schlacht aus dem Jahre 1242 auf dem Eise des Peipus-Sees, zwischen Livland und Pskow, in der Alexander Jaroslawitsch Newski, Großfürst von Nowgorod, ein Nachkomme Rjuriks, die livländischen Schwertbrüder schlug und damit das Vordringen der deutschen Kolonisation gegen die slawisch-finnische Welt zum Stehen brachte? Sie ist trotz ihrer Entlegenheit in Zeit und Raum einer der bedeutenden Marksteine in der Geschichte der Ausbreitung des Deutschtums, denn sie entschied darüber, daß nur das baltische Randgebiet, nicht auch ein Stück vom eigentlichen Rußland, dessen südliche und mittlere Teile damals eben unter die Mongolenherrschaft fielen, germanisches Macht- und Einflußgebiet werden sollte. Die Konsequenz dieser Entscheidung war es, daß im 16. Jahrhundert Ivan der Grausame, im 17. Zar Alexei Michailowitsch Ruß-

land bis an die Ostsee vorzuschieben suchten, und Peter der Große im Nordischen Kriege dies Ziel endlich erreichte. Noch Luther aber richtete seine Sendschreiben, wie an den christlichen Adel deutscher Nation im eigentlichen Deutschland, so auch „an die Christen in Rige, Revel und Therbten (Dorpat) in Livland.“

Der Unterschied in der Kolonisierung der preußischen und der livländischen Hälfte des Deutschritter-Staates war der, daß in Preußen auch der Bauernstand allmählich germanisiert wurde; übers Meer aber nach Livland ging der deutsche Bauer nicht. Nur Adel, Städte und Geistlichkeit waren in dem überseeischen Koloniallande deutsch. Später unter russischer Herrschaft, etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts, schien vorübergehend die Möglichkeit vorhanden, auch die Letten und Esthen, die im wesentlichen den Bauernstand bildeten, auf dem Wege über die Schulen und die höhere Bildung germanisierend zu beeinflussen. Kurzsichtigerweise lehnten die Führer des baltischen Deutschtums das damals ab, aber selbst wenn sie sich verständiger gezeigt hätten, so hätten die wenigen Jahrzehnte, die noch bis zum Beginn der Russifizierung vergingen, lange nicht für die Eindeutschung der „Undeutschen“ genügt.

Wer die geschichtliche und politische Bedeutung des Deutschtums in Livland richtig verstehen will, der muß vor allen Dingen einen sehr naheliegenden, aber die Richtigkeit des Urteils von vornherein aufhebenden Fehler vermeiden: er darf nicht als das Entscheidende betrachten, daß das Land nicht durchweg deutsch geworden ist, sondern viel mehr, daß es nicht in n e r - l i s c h r u s s i s c h g e w o r d e n i s t. Damit ist die Möglichkeit gegeben, es, sobald die äußeren Umstände günstig sind, von Rußland loszulösen, ohne daß in ihm selber Bestrebungen zur Wiedervereinigung wirksam werden. Noch eins darf nicht vergessen werden. Die Letten und Esthen sprechen zwar nicht deutsch, ja sie sind, namentlich die Letten, durch die russische Aufbeziehung sogar höchst deutschfeindlich geworden, aber die Jahrhunderte unter der Ordensherrschaft, unter Polen und Schweden, wo das deutsche Regiment im Innern meist erhalten blieb, haben sie trotzdem zu einem Bestandteil der abendländischen Kulturwelt gemacht, ebenso wie Finnland es durch seine lange Zugehörigkeit

zu Schweden geworden ist. Die seelische Denkweise, das geistige Streben, die Formen des ökonomischen Lebens und des nationalen Selbstbewußtseins weisen auch der nichtdeutschen Bevölkerung der Ostseeprovinzen ihren Platz innerhalb der germanisch-protestantischen Gesamtheit des europäischen Nordens an.

Hätte das mittelalterliche Rußland die Kraft bemessen, nicht nur die deutschen Ritter in der Eisschlacht zu besiegen, sondern selbst seine schon vor der deutschen Kolonisation in Livland angefangene Bewegung gegen die Ostsee fortzusetzen, so würde an dieser Stelle nicht nur die politische Herrschaft des Russentums, sondern auch sein wirklicher Volkskörper bis ans Baltische Meer reichen. Dann natürlich wäre es eine höchst schwierige Aufgabe, den Moskowiter an dieser Stelle zu amputieren. Mag es sich aber um Livland handeln, um Finnland, um Polen, um die Ukraine, um das rumänische Bessarabien, um Transkaukasien und schließlich um Turkestan — überall ist es ein charakteristisches Kennzeichen dieser Gebiete, daß sie sozusagen ohne empfindliche nationale Blutung von dem Körper des ursprünglichen zarischen Moskowien, so wie er zur Zeit Iwans des Schrecklichen und des ersten Romanow aussah, losgetrennt werden können. Diese Tatsache ist in geschichtlicher wie in politischer Beziehung für das Verständnis Rußlands selber und für das zukünftig notwendige Verhältnis zwischen Rußland und Europa so grundlegend wichtig, daß jede Erörterung der kommenden Dinge von ihr ausgehen muß. Umso verhängnisvoller kann es wirken, falls sich zeigen sollte, daß unsere öffentliche Meinung im Ganzen, oder einzelne maßgebende Stellen, nach dieser Richtung hin des tiefer gegründeten Wissens und der deutlichen Vorstellungen entbehren.

Soll Rußland aufhören, ein für die Sicherheit Deutschlands und für die Erhaltung der abendländischen Kultur höchst gefährdender Faktor zu sein, so muß es aus denjenigen Teilen der abendländischen Welt, deren auf Eroberung gegründeter Besitz es unwiderstehlich immer von Neuem zum Angriff auf den Westen zieht, wieder vertrieben werden. Man mag ihm an der Newamündung, die geschichtlich zum alten Rußland gehört, eine Meerespforte belassen, ohne deren Besitz der moskowitzische Staat wirtschaftlich sich vielleicht nicht als lebensfähiges Gebilde

behaupten könnte; Livland aber, das vor unseren Toren liegt, das ein lebendiges Denkmal deutschen Kulturarbeit durch sieben Jahrhunderte hindurch darstellt, das noch eine starke deutsche Einwanderung aufnehmen und äußerlich wie innerlich auf das kräftigste im deutschen Sinne erneuert werden kann, darf nicht auf immer dem Moskowitertum überlassen bleiben. Auch indem wir diese Forderung im Namen des deutschen Weltgedankens aufstellen, sind wir uns wohl bewußt, daß die Frage, womit der gegenwärtige Krieg in Bezug auf Rußland enden wird, noch keine Voraussage verträgt. Müßten wir uns aber diesmal noch begnügen, so wissen wir, daß dann eben die Entscheidung über unsere nationale Zukunft gegen Rußland im Ganzen noch aussteht.

Von Bismarck sollen wir den politischen Tatsachensinn lernen. Die Tatsachen aber, die es heute zu erkennen gilt, sind äußerlich wie innerlich von anderer Art, als die, die Bismarck zu meistern hatte. Für Bismarck war Rußland eine in der politischen Rechnung als Ganzes gegebene Größe. Für uns ist es eine Grundvoraussetzung politischer Einsicht, daß wenn Rußland in seinem heutigen Umfange und Wesen bestehen bleibt, der Daseinskampf um unsere Erhaltung als Nationalstaat und um unsere Kulturarbeit in der übrigen Welt sich immer und immer wieder erneuern wird. Von dieser Erkenntnis kann die baltische Frage so wenig getrennt werden, wie die ukrainische, die polnische und die finnländische. Ob Alt-Livland zukünftig ein Glied unmittelbar am Körper des Deutschen Reiches werden soll, oder ob es zweckmäßiger sein wird, andere politische Formen für seine Wiedergewinnung als deutsches Kulturgebiet zu suchen, ist eine Nebenfrage. Die baltischen Deutschen selbst haben ihre geschichtliche Aufgabe dadurch erfüllt, daß sie auf ihrem Heimatboden für sich und für die Undeutschen der Barbarisierung eines geschichtlichen deutschen Kulturgebiets zwei Jahrhunderte lang, bis zu der Stunde, da unser nationaler Weltgedanke wieder über das alte Land der Deutsch-Ritter hinrauschen kann, mit beispielloser, echt germanischer Zähigkeit widerstanden haben. Auf ein solches Erbe, wo das deutsche Wesen so Großes geleistet hat, gleichgültig verzichten zu wollen, ist des Geschlechtes unwürdig, das Bismarcks Hinterlassenschaft zu verwalten hat.

Vom Standpunkt des deutschen Gefühls aus lag uns in der Besprechung der russischen Außengebiete Livland am nächsten, und ganz ebenso ist im Verhältnis zu der kulturpolitischen Gemeinschaft der skandinavischen Länder die zukünftige Selbständigkeit Finnlands zu beurteilen. Anders dagegen und nach allen Seiten hin schwieriger ist die p o l n i s c h e F r a g e geartet. In den meisten Erörterungen über die Zukunft Polens wird der Fehler gemacht, daß man die Wiederherstellung eines polnischen Nationalstaats getrennt von dem russischen Gesamtproblem bespricht. Wiederum erinnern wir uns daran, daß es sich hier für uns nicht um die Paragraphen des Friedensschlusses von 1915 oder 1916 handelt, sondern um die grundsätzliche Klärung unserer Vorstellungen gegenüber Rußland.

Den Ausgangspunkt für uns müssen unsere eigenen polnischen Angelegenheiten bilden, und zwar in dem Sinne, daß die Hergabe von preussisch-polnischem Gebiet für ein zukünftiges Polen auf keine Weise in Frage kommt. Eher wäre sogar zu erwägen, ob nicht gewisse Änderungen der gegenwärtigen Grenzlinie zu Gunsten Deutschlands, nicht wegen Gewinnes an Land und Leuten, wohl aber aus strategischen Rücksichten, notwendig sein könnten. Auf keinen Fall aber, auch nicht wenn anderwärts Kompensationen geboten werden, darf die Sicherheit Deutschlands in Zukunft noch größere Gefahr leiden, als schon heute durch die schmale, weit nach Osten ausladende Gestalt Ostpreußens geschieht. Die Polen müssen sich unter allen Umständen damit abfinden, daß derjenige Teil ihres Volksgebiets, der innerhalb der preussischen Grenzen liegt, für sie unwiederbringlich ist. Die Kolonisation Preußens durch den deutschen Orden ist keine rückgängig zu machende Tatsache. Auch Westpreußen war Ordensland und wurde bei der polnischen Teilung nur wieder an den Mutterstaat des Deutschen Reichs zurückgebracht. Der polnische Teil Polens endlich ist für uns als militärisches Sicherungsgebiet nicht zu entbehren. Alle Ideen innerhalb des Polentums, die hiermit nicht als mit einer eisernen, unabänderlichen Notwendigkeit rechnen, haben nur zur Folge, daß die Wiedererweckung Polens im ganzen auf den Einspruch Deutschlands stoßen muß. Dagegen liegt für uns kein Grund vor, den Polen

die Schadloshaltung an anderen Stellen für das, worauf sie im Westen verzichten müssen, zu mißgönnen. Im Gegenteil, wir werden sehen, daß nicht ein kleines und beschränktes, sondern ein in möglichst weiträumige Grenzen gespanntes Polen den wirklichen Interessen Deutschlands entspricht.

Da wir Polen in unseren Grenzen haben, so hat die polnische Frage für uns ein doppeltes Gesicht, ein innerpolitisches und ein auswärtiges. Der Freiherr vom Stein, der vorübergehend daran dachte, Polen mit Preußen auf ähnliche Weise zu vereinigen, wie Ungarn mit Österreich vereinigt ist, hat gemeint, die Teilung Polens sei ein politisches Verbrechen gewesen, denn sie zeige „das traurige Bild einer durch fremde Gewalt unterjochten Nation“. Dies Urteil desjenigen deutschen Staatsmannes, der an sittlich-persönlicher Größe allen anderen voranstand, sollte unsern übereifrigen Scharfmachern in der Polenfrage etwas zu denken geben, denn gerade wer selbst das Höchste in nationaler Beziehung für sich verlangt, muß imstande sein, in seinem Herzen Gerechtigkeit zu üben. Sehen wir von den früheren, öfters durch unklare Gedanken und Gefühle bestimmten Stadien des Verhaltens gegen die Polen in Deutschland ab, so beginnt der entschiedenste, bis heute fortgesetzte Kurs in der Polenpolitik während der zweiten Hälfte der Bismarckschen Periode. Bismarcks Verhalten gegen die Polen erscheint durch zwei Faktoren bestimmt: die Rücksicht auf Rußland und gewisse innerpolitische Bedürfnisse. Nichts wäre in der That geeigneter gewesen, die politische Freundschaft mit Rußland zu stören, als eine solche Behandlung der Polen in Deutschland, die den russischen Polen die Lage ihrer Volksangehörigen innerhalb der deutschen Grenzen als beneidenswert hätten erscheinen lassen.

Läßt man den Grundsatz gelten, daß ein gewisses Mindestmaß an Schärfe gegenüber den preußischen Polen notwendige Voraussetzung für gute deutsch-russische Beziehungen war, so konnte dieser Grundsatz folgerichtigerweise nur so lange gelten, wie keine Zweifel daran bestanden, daß Rußland im Prinzip zu einer Politik des Einverständnisses mit Deutschland bereit war. Das aber wurde aus den uns bekannten inneren und äußeren Entwicklungstendenzen der russischen Macht heraus von dem Zeitpunkt

ab immer unwahrscheinlicher, wo Deutschland sich genötigt sah, selbständige Orientpolitik im Sinne der Konservierung der Türkei und der Fernhaltung Rußlands von Konstantinopel zu machen. Wäre die russische Politik in Ostasien dauernd im großen Stile erfolgreich gewesen, so hätte vielleicht eine Verringerung des Drucks ihrer Interessen gegenüber dem türkischen Orient eintreten können, zeitweilig wenigstens. Aus diesem Grunde unterstützten wir 1895 die russischen Bemühungen, Japan nach seinem Siege über China wieder von dem asiatischen Festlande zu entfernen. Das war grundsätzlich richtig gedacht, England aber tat einen erfolgreichen Gegenzug, indem es Rußland durch die Japaner aus dem fernen Osten hinaus und damit wieder auf den Balkan und die Meerengen zurückwerfen ließ. Von da an hätten keine Zweifel mehr daran bestehen sollen, daß ein deutsch-russischer Konflikt schwer vermeidlich wurde, und was die Rücksicht auf Rußland betraf, so war es fortan zwecklos, den Russen den Gefallen einer schroffen preußisch-deutschen Polenpolitik zu tun. Im Gegenteil, es wäre klug gewesen, das polnische Instrument rechtzeitig in antirussischem Sinne zu stimmen, und wenn man es getan hätte, so wären die günstigen Folgen für diesen Krieg wohl bemerkbar geworden.

Die geringe Befähigung eines großen Teils unserer innerpolitischen Extremen, die organischen Zusammenhänge zu erkennen, die auf gewissen Gebieten zwischen auswärtiger und heimischer Politik nicht außer acht gelassen werden dürfen, und ebenso die mechanische, dem wirklichen politischen Tatsachensinn widersprechende Weiterführung bloß überkommener Richtlinien ohne Rücksicht auf die Änderung der Umstände, die früher einmal zu ihrer Anlage führten, waren der Grund dafür, daß die mit dem Ansiedelungsprinzip begonnene Polenpolitik auch noch fortgesetzt wurde, nachdem Bismarck selber, als er aus seinem Amte bereits ausgeschieden war, die Ansiedelung als auf die Dauer unzweckmäßig bezeichnet hatte. Je fragwürdiger die Grundlagen des Verhältnisses zu Rußland wurden, desto verkehrter wurde mit Rücksicht auf die auswärtige Lage die Unterdrückungspolitik gegenüber den Polen in Deutschland. Wer politisch tiefer blickte, mußte sich sagen, daß die englisch-russischen Abmachungen von

1907 über den mittleren Osten und, was bald genug deutlich wurde, auch über die Türkei, einen vorläufigen Schlußstrich unter die ostasiatische Episode Rußlands setzten und die Einleitung zur Wiederaufnahme der russischen Aktion im vorderen Orient bildeten. Dort aber mußte Rußland auf den Einspruch der deutschen Politik stoßen. Selbst wenn jemand im Jahre 1907 wirklich noch ahnungslos darüber gewesen wäre, daß zwischen England und Rußland außer dem eingestandenen persischen auch noch das uneingestandene türkische Verständigungsobjekt existierte, so konnten doch die im Jahre darauf stattfindenden Dreiverbands-Entrevuen im Finnischen Meerbusen und die Behandlung der bosnischen Krisis durch Rußland schlechterdings keine Zweifel mehr daran lassen, daß die russische Politik mit Macht wieder auf die Zertrümmerung der Türkei ausging und daß die Tage eines deutsch-russischen Einverständnisses unwiderbringlich in die Vergangenheit gehörten.

Immer von neuem stoßen wir in Deutschland auf die Tatsache, daß trotz der raschen, ja zuletzt reißend schnellen Zunahme der objektiven weltpolitischen Interessen das praktisch politische Verständnis für den Zusammenhang der auswärtigen Dinge unter sich und mit der allgemeinen Lage Deutschlands selbst innerhalb der breiteren, bei uns maßgebenden politischen Schichten allzu langsam sich vermehrt. Diesem Fehler entsprach es, wenn trotz der deutlich herannahenden russischen Gefahr keine Änderung unserer Polenpolitik erfolgte. Daß man es nicht gesehen hat, wie Rußland dadurch auf dem zu erwartenden Kriegsschauplatz von vornherein geschwächt worden wäre, erscheint um so weniger begreiflich, als ja selbst Rußland, sobald es sich innerlich fest zum Kriege entschlossen hatte, in seiner Polenpolitik eine deutliche Schwenkung vornahm. Daß der Geltungsbereich der polnischen Sprache in der inneren Verwaltung Konareß-Polens erweitert wurde, war ein so deutliches Kriegssignal, daß es für sich allein hätte genügen sollen, um die stärksten Vorsichtsmaßregeln unsererseits zu begründen. Statt dessen hat sich in Deutschland kaum ein Mensch um die Sache als solche gekümmert, und darum, was sie für unsere Polenpolitik bedeutete, erst recht nicht. So war es, wenn auch höchst beklagenswert, doch

kaum verwunderlich, daß nicht einmal der Ausbruch des Krieges selbst eine neue und entschlossen festgehaltene Linie in unsere polnische Politik hineinbrachte.

Diese Fehler sind nun einmal begangen, aber wenn sie es auch erschwert haben, auf den richtigen Weg zur Lösung des polnischen Problems zu gelangen, so ist diese Lösung selbst ihrem Wesen nach nicht weniger deutlich gegeben. Anfang und Ende der polnischen Sache heißt für uns wie für das Interesse der europäischen Kultur: Polen darf nicht bei Rußland bleiben, weil sein Besitz Rußland naturnotwendig als eine Gefahr für Deutschland und ganz Europa erhält. Der Anfang aller polnischen Vernunft ist, daß Posen und Westpreußen mit oder ohne polnische Bevölkerung zum Deutschen Reiche gehören müssen, weil ihr Besitz lebensnotwendig für Deutschland ist. Was Polen selbst angeht, so ist seine Wiederherstellung erstens, um mit dem Freiherrn vom Stein zu reden, die Wiedergutmachung eines geschichtlichen Unrechts, und zweitens, was für Deutschland wichtiger ist, eine nicht zu umgehende politische Notwendigkeit. So schwierig die Frage der Zukunft Polens auch sein mag, so falsch ist es daher, die Betrachtungen über diesen Gegenstand bei den Schwierigkeiten anzufangen, anstatt bei dem Unumgänglichen, und unumgänglich ist der Schnitt zwischen Polen und Rußland.

Wie ist dieser Schnitt zu legen? Offenbar so, daß erstens ein Gemeinwesen entsteht, das nach Umfang, Lage, Bevoölkerung und Volkszahl Moskowien gegenüber lebens- und widerstandsfähig ist, und zweitens so, daß dabei nach Möglichkeit die Gesichtspunkte der physikalischen, ethnographischen und konfessionellen Geschlossenheit oder Verwandtschaft berücksichtigt werden. Damit ist gesaet, daß Litauen sowie ein Teil von Weißrußland, bis an die Pripeßsümpfe und den Landrücken, der von dort ostwärts zur oberen Düna zieht, mit Polen zusammengehören. Die angedeutete Linie ist zugleich die natürliche Ostgrenze des moskowitzischen, von Natur zu Moskau gehörigen Rußland. Die heutigen russischen Gouvernements Rowno, Wilna und Grodno bleiben westlich des Striches. Rowno ist ganz litauisch, und Wilna ist es zum Teil; ebenso ist auch die Bekenntniszuge-

hörigkeit der Bevölkerung in Rowno durchweg und in Wilna größtenteils katholisch. Alle drei Gebiete haben unter dem Großgrundbesitz und den Städtern einen starken polnischen Prozentsatz. Soweit Russen im Lande wohnen, handelt es sich, abgesehen von Beamten und dergleichen, nicht um Moskowiter, sondern um Weißruthenen, die den Ukrainern näher stehen. In Wilna und Grodno herrscht dem Namen nach die moskowitzische Orthodogie, in Wirklichkeit sind diese Gebiete ebenso wie die weiter südlich gelegenen ukrainischen Landschaften nach der Vereinigung mit Moskau gewaltsam von dem griechisch-unierten Bekenntnis, das sie mit Rom verband, auch zum kirchlichen Moskowitismus hinübergebracht worden. Die Wiederherstellung der Bekenntnisfreiheit würde die innere Trennung von Moskau sehr bald besiegeln. Die Wünsche der Polen gehen natürlich weiter, auf Wiederherstellung der alten Ostgrenze gegen Moskau, die weit jenseits der Rokitnosümpfe verlief. Davon kann heute nicht mehr die Rede sein. Der nördliche Teil von Minsk und Mohilew und das Gebiet von Witebsk sind heute durchaus moskowitzisches Land und gehören von Natur zu Moskowien.

Der hier vorgetragene Gedanke eines zukünftigen polnischen Staats hält ungefähr die Mitte zwischen den gewöhnlichen Vorstellungen über die Neugründung Polens, die sich auf nicht-polnischer Seite meist doch nur auf Kongreß-Polen beziehen, und den an der alten polnischen Geschichte orientierten Wünschen der Polen selbst. Diese kann man eifrigen polnischen Patrioten als Traum zugute halten; praktisch zu verwirklichen sind sie nicht. Unser Grundsatz ist, auf der einen Seite von Moskau den Besitz abzutrennen, der den Moskowiter naturnotwendig von neuem nach Westen ziehen müßte, alles was durch Natur und Geschichte deutlich nicht moskowitzisches Land ist, auf der andern Seite das zueinander zu bringen, was ebenso durch Natur und Geschichte zueinander gehört. Nach diesem Grundsatz gehören Polen und Litauen erstens von Moskau fort und zweitens zueinander. Man kann Litauen nicht als ein vollkommen un-russisches, katholisches Grenzgebiet mit einer starken polnischen Bevölkerung und starken polnischen Sympathien in unmittel-

barer Nachbarschaft des wiederhergestellten Polen bei Moskau lassen. Wenn man den Polen einen Staat gibt, so muß es auch einer sein, der sie befriedigen kann und der ihnen ein gewisses nationales Schwergewicht gewährt. Ein Polen, dem nicht nur nach der preussischen Seite hin, sondern so ziemlich auch nach allen anderen Seiten hin ein Teil seines geschichtlichen Kerngebietes — dazu gehört auch Litauen — fehlen würde, wäre ein zu ewiger Unzufriedenheit und Unruhe verurteiltes Gebilde, und überdies wäre es nicht einmal imstande, ein sei es auch nur schwaches Gegengewicht gegen Moskowien zu bilden.

Wir fassen nunmehr unsere Meinung über die Veränderungen, die mit dem heutigen Rußland vorgenommen werden müssen, um dem Deutschen Reiche eine sichere Existenz zu gewähren und die Kultur Europas vor der Erdrückung durch den wachsenden russischen Kolos zu sichern, dahin zusammen, daß wir zunächst mit allem Nachdruck auf unsern Ausgangspunkt hinweisen: daß ein Staat, der allein an reinem Ackerland über die sechs- bis siebenfache Fläche des Deutschen Reiches verfügt, dessen Volkszahl sich in den letzten 45 Jahren von zirka 80 auf über 170 Millionen vermehrt hat und dessen in unverkennbarer Zunahme begriffene nationale Vermehrungsgeschwindigkeit gegenwärtig viermal so groß ist, als die Deutschlands, durch die Natur der Dinge mit der Zeit zu einem nicht mehr überwindbaren Gegner werden muß. Dieses Verhängnis wird noch verschärft durch seine vom Meere abgeschlossene Lage, die ihn zwingt, mit aller Gewalt nach weiteren Eroberungen zu streben, Eroberungen, die, wenn sie glücken, ihm ganz Mitteleuropa auf Gnade und Ungnade ausliefern würden.

Dieser im Gang befindlichen, zum Teil schon verwirklichten, zum Teil noch kommenden Entwicklung kann nur dadurch noch ein rechtzeitiges Ende bereitet werden, daß die frühere Trennung zwischen Moskowien und der Ukraine wieder hergestellt, die Ukraine als ein selbständiger Staat organisiert, Polen in Verbindung mit Litauen gleichfalls in seiner staatlichen Selbständigkeit erneuert, Livland und Finnland endlich wieder vom Moskowitertum befreit werden. Mit der Ukraine und mit Polen-Litauen ist gegenüber Moskau ein dauerhaftes osteuropä-

isches Staatensystem gegeben, dessen einzelne Glieder sich untereinander die Wage zu halten imstande sind, und bei denen die Möglichkeit einer spontanen Wiedervereinigung zum gemeinsamen Angriff auf das europäische Zentrum nicht befürchtet zu werden braucht. Dabei ergeben sich allerdings, auch von der eigentlichen Aufgabe der Zerlegung Rußlands abgesehen, eine Anzahl von Schwierigkeiten. Die beiden stärksten sind die, daß Polen zunächst als ein vollkommen vom Meere abgeschlossener Binnenstaat erschiene, und daß die Ukraine ebenfalls nur durch die Engen des Marmarameeres zur See mit der Außenwelt verbunden wäre. Das natürliche Heilmittel hiergegen könnte sein, daß Polen in ein bestimmtes Verhältnis zu Livland und irgendwie gemeinsam mit diesem auch zu Deutschland träte, die Ukraine dagegen zu Osterreich-Ungarn und den Ländern im untern Donaubecken wie am Balkan.

Wir fassen das Wesen der russischen Gefahr und ihrer möglichen Beschwörung noch einmal zusammen. Rußland ist an Umfang seiner wirtschaftlich nutzbaren Bodenfläche nicht nur Deutschland allein, sondern auch beiden europäischen Zentralmächten zusammengenommen so sehr überlegen, daß in absehbarer, nicht mehr ferner Zukunft seine Bevölkerungszahl so groß sein wird, daß ihre Masse einen gewissen militärischen Ausgleich auch gegen die höhere geistige und technische Qualität auf unserer Seite herstellen wird. Den höchst gefährlichen Anfang zu dieser Entwicklung haben wir bereits in diesem Kriege erlebt. Das weitere Anschwellen der russischen Zahl ist aber mit Notwendigkeit zu erwarten, da es nur einer fortgesetzten, verhältnismäßig geringen Verbesserung der russischen Landwirtschaft bedarf, um die Verdoppelung der Volkszahl innerhalb der heutigen Grenzen Rußlands zu ermöglichen. Innere Krisen können die Volksvermehrung, wenn überhaupt, so nur vorübergehend aufhalten. Die letzte Verdoppelung von einigen 80 bis auf 170 Millionen Menschen, die dem erobernden Zarismus und Panlawismus dienstbar sind, hat noch kein halbes Jahrhundert erfordert. Ein Menschenalter weiter, und wir müssen mit einem Rußland von mindestens 250 Millionen rechnen. Das gäbe für uns eine Lage, in der wir überhaupt nicht mehr

mit einiger Sicherheit an unserer Zukunft arbeiten könnten, denn der Hinzutritt einer beliebigen anderen gegnerischen Großmacht im Westen würde uns sofort in die äußerste Daseinsgefahr versetzen. Wie schwierig der Zweifrontenkrieg schon jetzt ist, haben wir zur Genüge erlebt; in Zukunft aber würde er eine garnicht mehr zu bewältigende Aufgabe darstellen. Je stärker Rußland wird, desto gewaltsamer wird es dahin streben, die Ausgänge ans offene Meer in seine Hände zu bekommen. Hat es erst den Norden der skandinavischen Halbinsel okkupiert, so ist es imstande, von dort mit übermächtiger Gewalt auf die Eingänge zur Ostsee zu drücken und sich unter allen Umständen freie Verbindung mit dem Weltmeer zu sichern. Beherrscht es die türkischen Meerengen, so gehört ihm damit auch Kleinasien; die Mittelstaaten auf der Balkanhalbinsel sind ihm untertänig, und Osterreich-Ungarn kann sich nicht mehr als selbständige Großmacht halten. Dann kommt der letzte Kampf auf Leben und Tod zwischen dem Zarismus und dem deutschen Nationalstaat als der Vormacht der geistigen Kultur unseres Erdteils. Erliegen wir, so wird Europa kosakisch.

Diese Zusammenhänge zu verkennen, sollte niemand imstande sein, der im Geist zu den Füßen Bismarcks gesessen und von dem Meister, der uns den Staat gezimmert und uns auf den Weg zum Weltvolk gebracht hat, gelernt hat, Tatsachensinn als den wirklichen Schlüssel zum Verständnis aller politischen Daseinsfragen zu brauchen. Auf die russische Gefahr angewendet besagt das: es gibt nur ein Mittel, sie zu bändigen, nämlich den Zarismus zu zerbrechen und den einzelnen, durch Natur und Geschichte innerlich geschiedenen Bestandteilen des heutigen Rußland die Möglichkeit einer getrennten und selbständigen staatlichen Entwicklung wiederzugeben. Es ist die Gnade der Weltgeschichte, ja mehr, es ist die Offenbarung der in der Geschichte der Menschheit waltenden sittlichen Vernunft, daß die Masse des russischen Kolosses im Innern nicht organisch in Eins zusammengewachsen ist, sondern aus einer Anzahl für sich lebensfähiger, hier und da schon lebensbegieriger Teile besteht. Es wird die gewaltigste politische Tat in der Geschichte des Fortschritts der europäischen Kultur seit zwölf Jahrhunderten

sein, wenn eines Tages allen vom moskowitzischen Zarismus unter sein Zepter geknechteten, innerlich aber zum Anschlusse an die abendländische Kulturwelt befähigten Elementen hier für die Freiheit dazu geschenkt wird. Wieviel durch den gegenwärtigen Krieg geschafft wird, liegt heute noch im Dunkeln. Um so viel Schritte aber das letzte notwendige Ziel näher gerückt wird, um so viel verringern wir die Last der kommenden Jahre. Zur Klarheit hierüber sich durchbringen, heißt Bismardgeist, nicht Bismardbuchstaben, verehren und bewahren.

Viertes Kapitel

Deutschland als Befreier



Wir haben gesehen, daß, um für Deutschland die über alles erstrebenswerte Zukunft einer politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit zu sichern, zwei sehr große Aufgaben bewältigt werden müssen: die Beseitigung der englischen Herrschaft in Ägypten und die Auflösung des gegenwärtigen Rußland in eine Anzahl selbständiger Nationalstaaten. Über die militärischen Dinge, sowohl was Ägypten als auch was Rußland angeht, Geschehenes wie Zukünftiges, ist jetzt nicht die Zeit zu reden. Wir betonen nochmals, daß alles Wann und Wie im Dunkel liegt. Angenommen aber, das doppelte Ziel werde einmal im Verlaufe der Weltkrisis, die durch den Ausbruch des großen Krieges 1914 eingeleitet worden ist, erreicht, so würde es sich vor allen Dingen darum handeln, daß Deutschland die, wie es scheint, ihm vom Schicksal bewahrte Aufgabe richtig erfäßt. Fragen wir wie sie lautet, so ist die Antwort: nicht Weltherrschaft, von der unsere Feinde behaupten, daß sie unser Ziel sei, sondern Weltbefreiung: Befreiung von der russischen Knute und von der englischen Ausbeutung. Wir wollen zunächst von der letzteren reden.

Über den Geist der englischen Politik gibt es eine ganze Anzahl von englischen Stimmen selbst, die ihn richtig kennzeichnen. So sagte einmal Lord Derby, ein hervorragender englischer konservativer Staatsmann um die Mitte des XIX. Jahrhunderts, offen heraus: „Wir verfahren gegen fremde Nationen höchst schamlos. Wir bestehen auf den Vollzug des Völkerrechts, wenn es uns nützlich ist; im anderen Falle setzen wir uns über seine Regeln schrankenlos hinweg. Die Geschichte des Seerechts, das ich Seeunrecht nennen möchte, ist ein unauslöschliches Zeugnis des ungezügeltten Egoismus und der Hab-

gier des englischen Volkes und seiner Regierung.“ Zu diesem klassischen Selbstzeugnis kann man, um zu erklären, warum eine derartige Einsicht unter den Engländern nur als seltene und rasch wieder unterdrückte Erkenntnis aufleuchtet, die bekannten Worte Carlyles zitieren: „Kein Engländer wagt mehr die Wahrheit zu glauben. Seit zweihundert Jahren ist er eingehüllt in Lügen jeder Art. Er hält die Wahrheit für gefährlich, und man sieht ihn überall bemüht, dieselbe dadurch zu mildern, daß er eine Lüge mitgehen heißt und beide zusammenspannt. Das nennt er den sicheren Mittelweg.“

Zu den „Wahrheiten“, mit denen fünfzig und in manchen Fällen auch neunundneunzig Prozent „Lüge“ vermischt zu sein pflegen, gehört die von der Freiheit, die England angeblich über die Welt verbreitet. England hat viel weniger die Freiheit, als die Ausbeutung und die Unaufrichtigkeit verbreitet, genau so, wie es Lord Derby und Thomas Carlyle bezeugen. Ihr Wort wird durch so viele Beweise der Geschichte gestützt, daß die Menge des Stoffs es beinahe schwer macht, eine Auswahl zu treffen.

Beginnen wir vor Englands Toren selbst. Wo hat England ärgere Knechtschaft über ein anderes Volk gebracht, als in Irland? Irenschicksal war schlimmer als Sklavenschicksal. Noch im vorletzten halben Jahrhundert verringerte sich die Einwohnerzahl Irlands um die Hälfte, weil Hungersnöte die irischen Bettlerbauern übers Meer trieben: die englischen Grundherren aber, denen das Land gehörte, das England den Iren fortgenommen hatte, verzehrten außerhalb Irlands ihre Renten. Gibt es einen Menschen in England oder sonst in der Welt, der da glaubte, das Schicksal Irlands und des irischen Volkes hätte sich auch nur einen Zoll breit zum Besseren gewandt, wenn nicht die revolutionärische irische Bewegung England mit Dolch und Dynamit bedroht und wenn nicht die parlamentarischen Verhältnisse es öfters den irischen Vertretern ermöglicht hätten, einen scharfen Druck auf die englische Regierungsmaschine auszuüben? Wäre das nicht gewesen — Irland wäre noch heute die klassische Heimat des Hungertyphus. Angst, nicht Gerechtigkeit hat ursprünglich England den Iren gegenüber aufgeweckt,

und nichts ist so lächerlich und zugleich so heuchlerisch, wie die heutige englische Behauptung, ein Irländer treibe Vaterlandsverrat, wenn er nach Deutschland geht, um für seine Heimat zu sorgen. Wer hat denn den Iren ihr Vaterland vergewaltigt, wenn nicht England?

Obersflächliche Beurteiler sehen in Ägypten ein Beispiel dafür, wie England ein von ihm beherrschtes Untertanenland wenn nicht zur Freiheit, so doch zur wirtschaftlichen Blüte und sozialen Zufriedenheit zu führen versteht. Da kommt ein Engländer, der dreißig Jahre in Ägypten gelebt hat, und schreibt mit einem anderen Autor zusammen ein höchst schlagendes Buch, in dem er den Nachweis führt, daß England in Ägypten eine finanzielle und administrative Mißwirtschaft ohnegleichen getrieben hat. (Wilfrid Scaven Blunt und Th. Rothstein: *Egypt's Ruin a financial and administrative record!*) England hat zu seinem eigenen größeren Profit ganz Ägypten in eine einzige Baumwollplantage verwandelt. Die Fellachen können die Baumwolle nicht essen; sie müssen sie verkaufen und von dem Gelde ihr Brot und die Steuern an England bezahlen. Das Land muß Getreide, sonstige Lebensmittel und viele Waren, die es selber hervorbringen könnte, einführen, um Zolleinkünfte, Eisenbahnerträge und Handelsgewinne für England zu schaffen. Das einstige Weizenland Ägypten hat kein eigenes Brot zu essen; auch Vieh, Fleisch, Fische, Butter, Käse muß es einführen und verzollen, alles zum Heil der Engländer. Die ständige Ausdehnung des Baumwollbaues erschöpft den Boden, und die Bauern werden in Zukunft den Schaden haben. „Die Stunde muß früher oder später schlagen“, sagen die Verfasser des oben genannten Buches, „wo es nicht mehr möglich sein wird, neue Ländereien zu gewinnen, wo auf dem älteren Boden der Ertrag gleich Null sein wird, wo vielleicht noch andere neue Baumwollländer, wie etwa der Sudan und Mesopotamien auf der Bildfläche erscheinen und den Preis herabdrücken — dann ist es mit der anscheinenden Prosperität Ägyptens vorbei!“ Und wie sieht die ägyptische Freiheit aus? 1882 versprach England den Ägyptern, es werde ihnen Gelegenheit geben, „ihr eigenes Leben zu leben und ihre Regierungsgeschäfte zu verwalten.“ In Wirk-

lichkeit gibt es keinen stärkeren Hohn auf diese Zusage, als die vollkommene politische Rechtlosigkeit des einheimisch-ägyptischen Elements. Statt der versprochenen Freiheit und der versprochenen Wohlfahrt herrschen Knechtschaft und ein gewissenloses Ausraubungssystem, das in wahrhaft frivoler Weise das produktive wirtschaftliche Gleichgewicht des annektierten Landes zerstört, damit Baumwolle und nur Baumwolle verkauft und englische Fabrikate eingeführt werden können. England hat in Ägypten gehandelt wie ein Vormund, der sein Mündel bewuchert, und wenn es Deutschland glücken sollte, den Türken zu helfen, daß sie England aus Ägypten hinauswerfen, so wird es sich durch nichts mehr den Dank der Ägypter verdienen, als dadurch, daß es ihnen hilft, wieder wirtschaftliche Vernunft und Wohlfahrt in das gewissenlos dem Baumwollgöhen allein dienstbar gemachte Land zu bringen.

Auch Indien genießt die „Segnungen“ der englischen Herrschaft. Es ist wahr, seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts hat die Volkszahl Indiens sich ungefähr verdoppelt, und wenn man von dem Aufstand der fünfziger Jahre absieht, so hat das Land äußerlich lange Ruhe und Frieden genossen. England hat aber weder die Pest noch die Hungersnot aus Indien vertreiben können. Fragt man, warum das nicht geschehen ist, so heißt es: Pest und Hungersnöte seien elementare Geißeln! Das Klima, die Indolenz der Massen, die ungeheure Größe des Landes machten den wirksamen Kampf mit den beiden Würgern unmöglich. Selten ist etwas so Heuchlerisches, in sich Unwahres gesagt worden. Nicht das Klima oder sonstige unüberwindbare Dinge verhindern es, daß die Hungersnot bekämpft und die Pest ausgerottet wird, sondern die Last des Tributes von beinahe einer halben Milliarde Mark, die England Jahr für Jahr aus Indien herausraubt, ist schuld daran. Indien muß nicht nur die Kosten seiner ganzen Verwaltung, seiner Armee, der Expeditionen nach Tibet, Arabien, Afghanistan, Ostafrika aufbringen, die England mit englischen Truppen unternimmt, es muß nicht nur die zweihunderttausend englische Offiziere, Beamte und Kaufleute wohlhabend machen, die in Indien tätig sind, sondern es muß auch über dreihundert Millionen Mark

jährlich an Pensionen aufbringen, die in Indien erdient, aber in England verzehrt und kapitalisiert werden. Natürlich ist es nicht möglich, ein Land gleichzeitig auszuplündern und es von seinen Nöten zu befreien. Die Inder wissen das und verlangen Teilnahme an der Verwaltung. Sie finden, daß mit weniger englischen und mehr einheimischen Kräften regiert werden könnte. England aber ist der Meinung, daß Freiheit und Selbstverwaltung zwar gut sind, aber nur für Angelsachsen, nicht für Inder. England ist das Herrenland, Indien das Unterland — Brutus war ein ehrenwerter Mann und England ist die Mutter der Freiheit.

England sagt: die Suprematie auf den Meeren ist mein! England bestimmt darum das Seekriegsrecht, aber dies Recht ist im Vergleich mit dem Landkriegsrecht nichts anderes, als die organisierte Seeräuberei. Die anderen Völker haben ja auch nur das Landkriegsrecht gemacht; England aber das Seekriegsrecht. Nur mit dem Ende der englischen Seeherrschaft kann ein humanes Seerecht, ein Recht, dessen Name kein Hohn auf sich selber ist, zur Einführung gelangen.

England knechtet Portugal, es zwingt Spanien seinen Einfluß auf und es bindet Italien an Händen und Füßen. Wo liegt die wahre Zukunft Italiens? Welchen Weg haben die Italiener vor sich, wenn sie zu einer wirklichen Großmacht, zum Weltvolke werden wollen? Ihre enge und schmale Halbinsel ist überbevölkert. Die paar Landseken am Fuße der Alpen, die das sogenannte unerlöste Italien ausmachen, sind bedeutungslos für den Aufschwung des italienischen Volkes. Ganz anders steht es mit Nordafrika. Tunis, das alte Land der Karthager, ist von der Natur bestimmt, das zweite Italien zu werden. Werden Tunis und womöglich Algier italienisch, so wird das Mittelmeer die italienische See, die es schon einmal gewesen ist. Zwei Jahrzehnte würden ausreichen, um ein neues italienisches Volk von vielen Millionen Menschen jenseits des Mittelmeers entstehen zu lassen. Wer hat Italien an die Kette gelegt und es daran verhindert, jetzt in Wahrheit ein größeres Italien zu werden? Niemand anders als England. England droht Italien mit Entziehung der Kohlenzufuhr und der Lebensmittel, mit dem Bom-

bardement seiner Küsten, mit der Zerstörung der Eisenbahnen. England verbietet Italien, Großmacht zu werden. Italien hat ein Menschenalter zu einem Bunde gehört, in den es freiwillig eingetreten ist. Es hätte nur dabei zu bleiben gebraucht, und das höchste Ziel hätte ihm gewinkt. England aber will allein Herr des Mittelmeers bleiben. Von Gibraltar bis Suez liegen die Glieder der Kette, mit denen es dies lateinische Meer fesselt. In Gibraltar wird spanisch gesprochen, in Malta italienisch, in Ägypten arabisch — das heißt, so sprechen die Untertanen, die Herren sprechen englisch.

England beherrscht die Seekabel und hält damit die ganze Welt unter Vormundschaft. In dem Augenblick, wo England es so will, gibt es auf dem ganzen Erdball nur noch Nachrichten englischer Herkunft oder überhaupt keine mehr. England schreibt durch seine Kabel den Zeitungen in aller Welt vor, was sie veröffentlichen sollen. Es fragt nicht nach den Interessen der Südamerikaner oder Chinesen im Kabeldienst, sondern nur nach seinen eigenen. Es filtriert jede wirtschaftliche und politische Kunde durch den Schwamm seines Vorteils. Die Völker wissen überhaupt nicht, wie sehr sie in dieser Beziehung alle miteinander die Hörigen Englands sind.

Selbst eine so große Nation wie die Nordamerikaner lebt in einer unbegreiflichen, für sie schädlichen Abhängigkeit von England. In Amerika gibt es nur eine verschwindende Anzahl von Menschen, die davon eine Vorstellung haben, daß das amerikanische Volk die Ereignisse in der übrigen Welt viel weniger unter dem Gesichtspunkte seiner eigenen Interessen sieht, als unter englischen. Der ganze Nachrichtendienst über die europäischen Angelegenheiten, der durch Kabel und Korrespondenzen nach Amerika hinüber gelangt, ist englisch gefärbt. Die Berichterstatter der großen amerikanischen Zeitungen in Europa sind vielfach Engländer, und selbst wenn sie Amerikaner sind, bleiben sie häufig schon aus sprachlichen Gründen auf englische Vermittlung und englische Quellen angewiesen. Das meiste an Berichterstattung stammt aber nicht einmal vom europäischen Kontinent, sondern wird in London zurecht gemacht — nicht zum amerikanischen, sondern zum englischen Besten. Während der ersten

zwei oder drei Wochen dieses Krieges war die ganze amerikanische Presse von Nachrichten erfüllt, die nur Abneigung oder Feindschaft gegen Deutschland atmeten. Die Rückwirkung auf die Masse des amerikanischen Publikums verstand sich von selbst. Amerika war nicht nur davon überzeugt, daß die Deutschen Unrecht hatten, sondern auch davon, daß sie von allen ihren Gegnern ununterbrochen Schläge erlitten, vom ersten Tage des Krieges an. Erst nach Wochen, als deutsche Zeitungen über den Ozean gelangten, und eine große Anzahl von Amerikanern aus Deutschland in die Heimat zurückkehrte, wurde eine Änderung bemerklich.

Recht betrachtet, ist es doch unglaublich, daß ein Volk von hundert Millionen Menschen, eine der führenden Mächte in der Welt, einfach einer fremden Berichterstattung über ein so gewaltiges Ereignis wie den Weltkrieg, ausgeliefert war. Besäßen die Amerikaner eine eigene Kabelverbindung nach Europa, besäßen sie einen der englischen Interessenbrille gegenüber unabhängigen Nachrichtendienst, wären sie nicht seit Jahrzehnten, ohne es zu wissen, daran gewöhnt, daß die Hauptmasse der Informationen, die sie über Deutschland und andere europäische Länder erhalten, weniger zum Nutzen Amerikas, als zum Nutzen Englands ausgewählt und bearbeitet ist, so wären sie auch imstande gewesen, sich von Anfang an ein Bild der Wirklichkeit zu machen. So aber sind sie wie Katzen im Sack im Dunkeln geblieben. Es gibt gar keine zweite so große Unverschämtheit auf der Welt, wie die, daß die Engländer, angefangen von den offiziellen Regierungsberichten bis hinunter zu den wildesten Pressebüros, ganz Amerika über die Entstehung und den Verlauf des Krieges angelogen haben wie die Pferdehändler einen Dummen. An dieser Erfahrung könnten sich die Amerikaner für die Zukunft ein Beispiel nehmen, wie unwürdig und wie schädlich für sie selbst ihre hilflose Abhängigkeit von dem englischen Nachrichtenmonopol in der überseeischen Welt ist. Das in die Lügenwolke gesteckte und prompt den Schwindelmachern ins Varn gegangene Amerika ist beinahe ein groteskes Bild, und wenn die Amerikaner ihr Selbstgefühl in solchen Angelegenheiten noch rechtzeitig entdecken und dafür

sorgen, daß sie keine zurechtgemachten und ins Gegentheil verkehrten, sondern wahrhaftige Berichte erhalten, so wird das für sie selber noch nützlicher sein, als für Deutschland.

Siegen wir in diesem Kriege über England, so wird davon eine wahrhaft befreiende Rückwirkung auf alle genannten Länder und noch auf andere große Gebiete der Welt ausgehen. In Indien z. B. wird sich die englische Politik genötigt sehen, um das Land beim Reiche zu halten, sowohl den Indern selbst bedeutend größere Rechte in der Verwaltung zuzugestehen, als auch der furchtbaren Ausfaugung des Landes einigermaßen ein Ende zu machen. Diese beiden Punkte sind es, die auch der gemäßigste Flügel der indischen Bewegung von England verlangt. Will England Indien halten, so wird es nachgeben müssen, und es wird weder in Indien noch sonst in der Welt verborgen bleiben, von woher diese Nachgiebigkeit stammt. Auch der große indische Aufstand von 1857 war die Nachwirkung eines europäischen Krieges, in den England verwickelt war: des Feldzuges in der Krim. Selbst wenn es jetzt nicht zu einem Aufstande in Indien kommt, so werden die ganzen Grundlagen der indischen Verwaltung von England nach dem Frieden doch neu gelegt werden müssen, und das Wort: Deutschland auch der Befreier Indiens — es wird auf jeden Fall eine Wahrheit sein.

Italien, so wenig klar sich auch seine öffentliche Meinung zurzeit über die wahren Interessen des Landes ist und so unrichtig im objektiven Interesse der italienischen Nation die gegenwärtige italienische Politik auch ist, wird stärker als alle übrigen Staaten die Erlösung von der englischen Gewaltherrschaft zu spüren bekommen. Nichts ist sicherer, als eine vollkommene Umkehrung in der Stimmung der Italiener irgendwann nach dem Kriege. Mag er mit einem stärkeren oder geringeren Mißerfolge Englands endigen, eine größere Bewegungsfreiheit für Italien wird auf jeden Fall die Folge sein, und die Zeit wird kommen, wo Italien einsehen wird, wem es das zu verdanken hat.

Ganz besonders groß ist die Sünde Englands in Ostasien. Sie fing an mit dem schimpflichen Opiumkriege von 1840 gegen China. Eine solche moralische Schandtath, die Aufzwingung eines der verderblichsten Volksgifte um des nackten Handels-

profits willen hat kaum je ein Kulturvolk gegen ein anderes — denn auch China ist ein altes Kulturland — begangen.

Wollen wir die Natur des ostasiatischen Problems richtig verstehen, so müssen wir vor allen Dingen über China richtig urteilen, und dazu gehört die Einsicht, daß das chinesische Wesen auch heute noch eine gewaltige Widerstandskraft gegen alle fremden Einflüsse besitzt, die mit der Absicht auftreten, China zu vergewaltigen. Das gilt auch gegenüber der jetzigen chinesischen Politik Japans. Japan mag in China augenblickliche Vorteile erringen, so viel es will — China ganz oder auch nur teilweise zu verdauen, wird es nie imstande sein. Die ungeheure Masse der chinesischen Menschheit besitzt seit Jahrtausenden eine so unvergleichliche passive Zähigkeit und positive Aufsaugungskraft gegenüber allen fremden Eindringlingen, daß es unmöglich ist, sie durch bloße militärische und technische Überlegenheit über den Haufen zu werfen. An China mag sich machen wer da will, er wird immer die Erfahrung machen, daß nach kürzerer oder längerer Zeit das chinesische Wesen sich als der stärkere Teil erweist. China kann warten, weil es der schließlichen Selbstbehauptung sicher ist, und weil China warten kann, so können auch wir warten, bis es offenbar wird, daß wir von Natur dazu bestimmt sind, der wahre und fast könnte man auch sagen der einzige aufrichtige Freund und Befreier Chinas zu sein. Auch China gegenüber wird es offenbar werden, daß Deutschlands Sieg und Stärke mehr als jeder andere Vorgang geeignet ist, der chinesischen Nation zu ungehinderter Entwicklung, zu staatlicher und ökonomischer Kraft zu verhelfen.

Zwischen Deutschland und China stehen die Dinge ähnlich, wie zwischen Deutschland und der Türkei. England und Rußland arbeiten daran, die Türkei zu zerstückeln und Frankreich hat gleichfalls seit lange Ansprüche auf türkisches Gebiet angemeldet. Hiergegen findet die Türkei ihren naturgemäßen Rückhalt an Deutschland, das selbst, wenn es wollte, gar nicht in der Lage wäre, sich für türkische Teilungspläne aktiv mit zu interessieren. Wir grenzen nicht an die Türkei und könnten daher ein uns dort etwa zufallendes Teilstück nicht verteidigen. Entweder müßten wir es mit so starken Land- und Seekräften decken, daß

uns diese Kräfte im entscheidenden Augenblick zu Hause fehlen würden, oder wir müßten es im Kriegsfall von vornherein kampflos preisgeben. Das ist der zwingende natürliche Grund dafür, daß die Türkei eine politische Lebensversicherung allein bei Deutschland finden kann und daß Deutschland allein daran interessiert ist, auf das energischste an der Kräftigung des türkischen Staatswesens zu arbeiten. Je stärker die Türkei ist, desto besser ist sie imstande, sich ihre gierigen Nachbarn in Gemeinschaft mit uns vom Halse zu halten, und desto wertvoller ist sie für uns als Bundesgenosse. Umgekehrt würden wir durch nichts unser Verhältnis mit ihr so gefährden, als wenn wir selbst Anschläge auf ihre Unabhängigkeit offenbarten. Gerade so steht es mit uns und China.

Alle europäischen Grenznachbarn Chinas, und ebenso Japans, sind in neuerer Zeit darauf aus gewesen, sich Stücke vom chinesischen Gebiet anzueignen und besondere politische Einflussszonen zu erwerben. Rußland machte in neuerer Zeit den Anfang mit einer Veraubung Chinas in großem Stil, indem es 1858 das Amurgebiet für sich nahm. Ein halbes Jahrhundert später folgte die gewaltsame Umwandlung der Mandschurei in ein russisches Protektorat. Gleichzeitig planten die St. Petersburger Politiker ein ganzes System von Eisenbahnen, die vom asiatischen Rußland auf verschiedenen Linien in das Herz Chinas führen sollten. Die russische Parole hieß: Rußlands Hand über ganz Asien, und China sollte den Anfang machen. England hatte Hongkong genommen und schien sich fünfzig Jahre lang damit begnügen zu wollen. Dann aber begann die Periode des Imperialismus, und einer der Führer der Bewegung für das großbritannische Weltreich, Lord Charles Veresford, bereiste China und schrieb 1899 sein bekanntes Buch über den bevorstehenden chinesischen Zerfall. Veresfords Programm war die Erklärung des ganzen Jangtsebasins zum englischen Interessengebiet, und er verstand darunter ausdrücklich alles Land, aus dem Wasser in den großen Strom rinnt. Der Flächenausdehnung nach war das mehr als die Hälfte und der Bevölkerungsmengen nach waren es drei Viertel vom eigentlichen China. Dazu kam und kommt der englische Anspruch auf Tibet.

Frankreich hat gleichfalls, seit es sich ausgiebiger in Hinterindien festgesetzt hatte, danach gestrebt, die benachbarten Provinzen Chinas als besondere Domäne für seine politischen und wirtschaftlichen Ausdehnungswünsche zu erhalten. Gerade die französischen Ansprüche, die sich gemäß dem von Gambetta formulierten Grundsatz, der Antiklerikalismus sei kein Exportartikel, in einer für China besonders drückenden Weise mit dem sogenannten „Schutz“ der katholischen Missionen vermengten, gingen zeitweilig ins Maßlose und traten in der brutalsten Form auf. Von dem, was Japan in China will, braucht nicht erst besonders geredet zu werden. Japan verfolgt das Programm, die Führung der gelben Rasse, das heißt das politische Protektorat und die ökonomische Ausnutzung in ganz Ostasien, zu erwerben. Verwirklichten sich die japanischen Hoffnungen, so würden die Ansprüche Chinas als Staat und Kulturmacht mehr oder weniger aufhören, zu existieren. Daß es dahin nicht kommt, dafür wird auf die Dauer die innere Widerstandskraft Chinas sorgen, von der wir bereits gesprochen haben; in der politischen Gegenwart aber bedeuten die Ansprüche Japans darum doch das stärkste Attentat auf die staatlichen Selbstbestimmungsrechte Chinas.

Auch Deutschland hat seinerzeit sich einen Stützpunkt an der chinesischen Küste gefordert. Den tieferen Grund hierfür bildete die durch den Bau der russischen Mandschureibahn und die Anmeldung der englischen Ansprüche auf das Jangtsebecken, wie es schien, in unmittelbarer Vorbereitung genommene Aufteilung Chinas unter seine europäischen Nachbarn. Demgegenüber sahen wir uns genötigt, trotz der starken Schwierigkeiten, die einer derartigen ostasiatischen Politik auf unserer Seite entgegenstanden, für alle Eventualitäten wenigstens einen Fuß in den für uns so unbequemen chinesischen Steigbügel zu stecken. Daß Deutschland berechtigt war, gleich den übrigen Mächten, eine Handels- und Marinestation in China für sich zu wünschen, wußte die chinesische Regierung wohl, denn Deutschland hatte 1895 mit Rußland und Frankreich zusammen die Japaner genötigt, das chinesische Festland zu räumen. Auf diesen wichtigen Dienst gehörte selbstverständlich eine politische Gegengefälligkeit. Glücklicherweise aber zeigte sich nach dem Boxeraufstand, daß

gerade unter dem Eindruck der zunehmenden Ansprüche der Fremden das Gefühl politischer Einheit in China stärker wurde. Noch während des Krieges mit Japan hatten die Südchinesen Freudenfeuerwerk abgebrannt, wenn die Truppen und Schiffe des Bizekönigs Lihungtschang im Norden von den Japanern geschlagen wurden. Davon war ein Jahrzehnt später nicht mehr viel zu spüren. Der Gegensatz zwischen Nord- und Süchina besteht zwar, und wie er im Laufe der ganzen chinesischen Geschichte den hauptsächlichsten inneren Grund für die häufig wiederkehrende Spaltung des Reiches gebildet hat, so könnten die Dinge unter besonderen Umständen auch heute noch eine ähnliche Wendung nehmen, aber es würden starke und feindliche äußere Einwirkungen dazu gehören.

Für die deutsche Politik bedeutet jede Verbesserung der inneren Lage Chinas eine starke Erleichterung. Wäre es dazu gekommen, daß Rußland, England, Frankreich und Japan tatsächlich nach den ihnen benachbarten Teilen des Reiches, und zwar nicht nur nach den Außengebieten, sondern nach dem chinesischen Kern selber griffen, so wäre uns wohl nichts anderes übrig geblieben, als gleichfalls den Versuch zu machen, eine gewisse Einflußzone zu behaupten. Genau so wie im entsprechenden Falle in der Türkei wären wir auch in Ostasien dabei sehr im Nachteil gegenüber den übrigen Mächten gewesen. Diese hätten sämtlich von ihrem unmittelbar an China grenzenden Besitz aus mit starken Kräften auftreten können, und jede Erwerbung auf Kosten Chinas hätte für sie eine geradewegs anschließende Verlängerung ihrer bereits in Ost- und Südasien vorhandenen Machtbereiche gebildet. Wie anders für Deutschland, das nicht in der Lage gewesen wäre, eine hinreichende Landmacht oder eine große Flotte zum Schutz eines besonderen ostasiatischen Interessengebietes zu entsenden! Wir müssen unsere Kräfte so sehr innerhalb unserer europäischen Grenzen und der sie umspülenden Meere zusammenhalten, daß es uns schlechterdings unmöglich ist, Abzweigungen vorzunehmen, die stark genug sind, entlegene Gebiete zu schützen. Das gilt für China wie für die Türkei mit gleicher Bestimmtheit, und es macht Deutschland zum

natürlichen Verfechter ihrer Unversehrtheit und ihres Selbstbestimmungsrechts!

Die wichtigste Folgerung aus unserem besonderen Verhältnis zu China ist also die, daß wir auf jeden Fall bestrebt sein müssen, die politische Unabhängigkeit, die wirtschaftliche und die militärische Eigenkraft und die Solidität der Kulturgrundlage Chinas zu stärken. Je kräftiger China ist, je kräftiger es sich wehren kann, desto leichter ist es imstande, allen fremden Nationen gegenüber den Grundsatz der Gleichberechtigung für den Handel und alle übrigen Kultureinwirkungen durchzuführen. Dabei stehen wir uns am besten, denn wir sind wirtschaftlich wie geistig allen Konkurrenten reichlich gewachsen. Vor dem Kriege besaßen die Angelsachsen einen großen Vorsprung in China, weil sie viel früher als wir angefangen hatten, mit China einen umfassenden Handel zu treiben, ihre Sprache in China zu verbreiten und auf das ganze chinesische Leben zu wirken. Menschlicher Voraussicht nach wird aber das Ergebnis des Krieges diesen Stand der Dinge wesentlich ändern — nicht durch neue deutsche Erwerbungen in China, sondern einfach durch die Tatsache, daß der Sieg Deutschlands über eine zahlenmäßig so sehr überlegene Koalition von Großmächten notwendig einen großen Eindruck machen und die Achtung der ganzen übrigen Welt vor den deutschen Leistungen stark vergrößern wird. Es ist psychologisch und praktisch unmöglich, daß für das chinesische Empfinden Deutschland nach dem Kriege noch dasselbe bleibt, wie vor dem Kriege. Vor allen Dingen hat das Ansehen Englands schon heute stark gelitten, und es wird noch stärker leiden, wenn der Abschluß des Krieges erreicht ist. Im deutschen Interesse ist es das Naturgemäße, wenn China am Schluß der ganzen durch den Ausbruch des Weltkrieges eingeleiteten Krisis in seiner Unabhängigkeit und in allen seinen nationalen Kräften gestärkt dasteht.

Ein starkes China ist für uns dasselbe, wie eine starke Türkei, und ebenso wie diese ist es unser natürlicher Bundesgenosse, sei es mit, sei es ohne Vertrag. Das ist die grundlegende Tatsache, mit der wir unsere ostasiatische Politik einrichten müssen, wenn wir im Sinne und im Geiste Bismarcks verfahren wollen. Ge-

rade deshalb, weil China mit einer weitgehenden Umwandlung seiner inneren und äußeren Fundamente beschäftigt ist: seines Bildungswesens, seiner Staatsverwaltung, seiner militärischen Organisation, seiner Finanzen, seiner gesamten geistigen und materiellen Kultur, ist es für uns von größter Wichtigkeit, zu ihm einen ungehinderten Zugang zu haben.

All das läßt sich in den einen Satz zusammenfassen, daß von allen europäischen Mächten einzig die Interessen Deutschlands mit einer freien, staatlich und in jeder anderen Beziehung kraftvollen Entwicklung des chinesischen wie des türkischen Reiches zusammenlaufen. Es gab gar keinen größeren politischen Irrtum — und er schwand ja auch schnell genug aus den Köpfen der Beteiligten — als daß England, die angebliche „Mutter der Freiheit“, zu einer natürlichen Freundschaft mit der jungtürkischen liberalen Bewegung bestimmt sei. Freundschaft, ja — aber die Freundschaft des Fressers, der seine Beute erst umgarnt und dann verzehrt. Dasselbe gilt für den alten englischen Plan, das Jangtsebecken als Interessengebiet zu besitzen. Was darnach von China übrig bliebe, wäre nicht allzu viel. Viel eher kann zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika eine Politik der aufrichtigen Stärkung und Erhaltung Chinas bei uneingeschränkter staatlich-ökonomischer Entwicklungsfreiheit vereinbart werden.

Der zwingende innere Grund dafür, daß dem politischen Interesse des Deutschen Reichs am allermeisten mit der Festigung und vollkommenen Unabhängigkeit der großen überseeischen Staaten und Völker gedient wird, ist Deutschlands zentrale Lage in Europa, in Verbindung mit der außerordentlichen Stärke seiner kontinentalen Eigenwirtschaft, die nicht entfernt in dem Maße wie England von dem Bestand eines überseeischen Weltreichs und der machtpolitischen Beeinflussung großer Überseemächte abhängig ist. Wir fahren am besten, wenn wir überall freien Markt und offene Tür finden, denn wir sind geistig und technisch zu dem Wettbewerb auf beste gerüstet und innerlich stark; England dagegen fängt an, technisch zurückzubleiben, ist

völlig abhängig vom überseeischen Kauf und Verkauf und bemüht sich daher, möglichst viele Länder und Völker in einen politischen Druckzustand zu versetzen, der sie nötigt, auf englische Wünsche Rücksicht zu nehmen. Aus Angst um die Aufrechterhaltung seiner Suprematie zur See, die ihm allein eine derartige Politik ermöglicht, hat es dem Zarismus Gefolgschaft beim Überfall auf Deutschland geleistet.

So liegen die Dinge — und trotzdem fürchten die Völker der Welt Unterdrückung von Deutschland und glauben, daß ihre Freiheit beim Siege Englands und seiner Verbündeten besser fahren würde. Kann es einen stärkeren Beweis dafür geben, was durch politische Geschicklichkeit erreicht, durch Gleichgültigkeit und Unkenntnis aber versäumt werden kann? Bismarck sagt einmal in den „Gedanken und Erinnerungen“, sein Hauptziel sei in der entscheidenden Zeit die Selbständigkeit und Sicherheit nach außen hin gewesen; daher habe aller innerer Zwiespalt nicht nur tatsächlich beseitigt, sondern auch jeder Schein davon vermieden werden müssen. Er zweifelte nicht an der Möglichkeit, die innerpolitische Uhr richtigzustellen, sobald wir erst nach außen uns Freiheit geschafft hätten, „als große Nation selbständig zu leben“.

Wer ist imstande, das heute zu lesen, ohne an unsere Lage im Weltkrieg und an den siegreichen Verleumdungsfeldzug unserer Gegner gegen Deutschland, als das nicht nur reaktionäre, sondern barbarische und kulturfeindliche Staatswesen zu denken! Der große Realpolitiker Bismarck schätzte die Bedeutung der sogenannten moralischen Faktoren für den Krieg so hoch ein, daß er damals, als die innern Verfassungsfragen auch in der äußern Politik eine so starke Rolle spielten und Preußen mit Österreich und Rußland als mit zwei tatsächlich reaktionären Mächten rechnen mußte, mit der größten Entschiedenheit dafür sorgte, daß in dem Wettrennen um den Ruf freiheitlicher Einrichtungen im Urteiler Welt sein Staat auf jeden Fall den anderen um eine Pferdelänge voraus war.

In dieser Einschätzung des Gewichts der öffentlichen politischen Meinung zeigt sich uns wieder der überwältigende Sinn für alle

Realitäten des staatlichen Lebens. Ein Politiker wie Bismarck wußte genau, daß die großen politischen Entscheidungen auf die Dauer der öffentlichen Meinung Rechnung tragen müssen, zumal im Auslande. Es gab keinen zweiten Staat auf der Welt, wo die Dynastie sich ein ebenso großes moralisches Kapital aufgesammelt hatte, wie in Preußen, derart, daß der Konflikt mit den Abgeordneten um des siegreichen Austrags der deutschen Frage willen gewagt werden konnte. Wenn es anders gekommen wäre, sagte Bismarck nach dem Siege zu Moltke, so hätten die alten Weiber in Berlin sie mit Besenstielen totgeschlagen. So sehr war er sich die Gefahr der Lage bewußt. Und trotz dieser bis zum Verwegenen gesteigerten Entschlossenheit, trotz der unvergleichlichen innern Stärke des Königtums suchte Bismarck um die Indemnität nach, weil er wußte, daß er nicht nur die Entscheidung der Waffen, sondern auch den Frieden mit der öffentlichen Meinung brauchte, um sein Werk zu sichern. Dabei galt ihm die öffentliche Meinung des Auslandes sicher nicht weniger als die innere.

Dies Erbe Bismarckscher Weisheit ist bei uns während der Zeit, wo es deutlich wurde, daß ein neuer Daseinskampf für Deutschland sich vorbereitete, ein viel schwererer, als der vor einem halben Jahrhundert, nicht so verwaltet worden, wie es hätte geschehen sollen. Wir haben uns in unseren innerpolitischen Angelegenheiten der Sache und noch mehr der Tonart nach verhalten, als ob es keinen Zusammenhang gäbe zwischen dem Eindruck unserer inneren Verhältnisse und der öffentlichen Meinung im Auslande, zwischen dem Urtheil der fremden Nationen über uns und ihrer politischen Haltung uns gegenüber. Obwohl oft gewarnt, sind wir doch wie blind daran vorbeigegangen, daß die weit größere und moralisch um so viel skrupelloosere politische Erfahrung unserer Gegner unsere ganz und gar nicht Bismarcksche Regungslosigkeit und Unaufmerksamkeit schon im voraus ausnutzte, um uns für den entscheidenden Augenblick im Urtheil der Nationen ins Unrecht zu setzen.

Was jetzt noch während des Krieges geschehen kann, um diese Versäumnisse gut zu machen, bleibt auf alle Fälle, wenn auch nicht ganz bedeutungslos, so doch ohne entscheidenden Einfluß.

Sobald aber der Krieg vorbei ist, muß unsere ganze Politik sich entschlossen auf das klare und notwendige Ziel hinrichten, die Völker davon zu überzeugen, daß Deutschland, nicht England, diejenige Macht ist, die durch die Natur ihrer eigenen Interessen dazu bestimmt erscheint, die Entwicklungsfreiheit der anderen Nationen, vor allen Dingen die der natürlichen Anlieger des Mittelmeerbeckens, der orientalischen Völker und der chinesischen Welt, zu fördern. Soweit für diesen Zweck gewisse Rückwirkungen auf den Inhalt und noch mehr auf die Formen unserer innerdeutschen Politik notwendig sind, müssen sie entschlossen ins Auge gefaßt werden. Allerdings gehört dazu an den maßgebenden Stellen ein politischer Tatsachensinn, der imstande ist, sich nach Bismarckschen geistigen Prinzipien zu orientieren, und der frei ist von Hemmungen, wie sie durch die Inkongruenz unserer geistigen Aufnahmebereitschaft und der Ansprüche des sich vermehrenden Tatsachen-Materials an unseren Tatsachen-Sinn entstehen.

Damit sind wir am Ende — nicht etwa dessen, was überhaupt zu dem Thema „Bismarck und wir“ zu sagen wäre, wohl aber dessen, was unter den heutigen Umständen zu sagen gut ist. Mit Absicht haben wir es vermieden, in die grundsätzlichen Darlegungen unserer vier Kapitel „Friedensbedingungen“ und „Kriegsziele“ im einzelnen zu menden. Wir respektieren die von maßgebender Stelle geforderten Rücksichten und sprechen überhaupt nicht davon, was die Summe des Friedensschlusses von 1915 oder 1916 sein soll. Uns geht hier allein das an, was nach den Lehren der Entstehungsgeschichte dieses Krieges und nach den Lehren dieses Krieges selbst zukünftig zu den direkten Voraussetzungen unserer nationalen Entwicklungsfreiheit gehört.

Wir haben nicht von Dingen gesprochen, wie Belgien, dem deutschen Kolonialreich, dem Siedelungsboden für das nächste deutsche Auswanderungszeitalter, den Kriegsschädigungen und anderem mehr. Der Leser wird empfinden, daß er hieraus



3 0112 061905649

keine besonderen Folgerungen ziehen soll. Sind wir nur darüber klar, zu welchem Ende wir einmal gelangen müssen, so werden wir, wenn es an der Zeit ist, auch über die Zwischenziele und über die vorhergehenden und nachfolgenden Konsequenzen des Endziels richtig zu urteilen imstande sein.
